universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

"Die Deportationen der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren 1943/44"

Verfasserin

Johanna Julia Atzmannstorfer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 312
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Geschichte
Matrikelnummer:	0205947
Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Andreas Kappeler

Der Tod eines Menschen ist eine Tragödie. Der Tod von Millionen ist eine Statistik.
(Josef Stalin)

Inhalt

1. Einleitung 7

2. Voraussetzungen 12

3. Die zwanziger Jahre im Nordkaukasus (Korenisazia, NEP) 16

4. Zwangskollektivierung und Widerstand im Nordkaukasus in den dreißiger Jahren 21

5. Die Situation im Nordkaukasus während des 2.Weltkrieges bis 1943 29

   5.1 Die Kaukasusoffensive der Deutschen Wehrmacht 29
   5.2 Unter Besatzung: Karatschaier und Balkaren 35
   5.3 Hinter der Front: Tschetschenen und Inguschen 39

6. Die Deportationen 49

   6.1 Karatschaier 49
   6.2 Tschetschenen und Inguschen 55
   6.3 Balkaren 75

7. Ausblick 88

   7.1 Im Exil 88
   7.2 Rehabilitation 95

8. Resümee 99

9. Abkürzungsverzeichnis 103

10. Bibliographie 105

11. Anhang 107

1. Einleitung

Unter dem Titel "*Remembering a crime the world has chosen to forget*"[1] erschien am 23. Februar 2009 auf der Homepage "Kavkazcenter" ein Artikel über die stalinistischen Zwangsumsiedelungen der Tschetschenen und Inguschen während des "Großen Vaterländischen Krieges". Von anderen Medien und der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen jährte sich am Erscheinungstag des genannten Artikels zum 65. mal der traurige Höhepunkt einer Reihe von Ereignissen, die Thema dieser Arbeit sein werden: die Deportationen der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren 1943/44.

Ausgehend von der Entwicklung einer "sowjetischen Nationalitätenpolitik" und der verhältnismäßig liberalen Periode während der „Neuen Ökonomische Politik“, über die Jahre der Zwangskollektivierung und des "Großen Terrors", bis hin zum Beginn des Krieges gegen Hitlerdeutschland 1941 und dem Vormarsch der deutschen Wehrmacht in die Region, soll das wechselhafte Verhältnis zwischen den vier Völkern der Region Nordkaukasus und der sowjetischen Zentralmacht geschildert werden. Im Zentrum der Betrachtungen dieses ersten Teils werden verschiedene Aufstands- und Widerstandsbewegungen stehen, die neben anderen Faktoren als Rechtfertigung der Sowjetregierung für die späteren Deportationen herangezogen wurden. Daraus ergibt sich einerseits die Frage, in welchem Ausmaß sich über die Jahre bei Karatschaiern, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren Widerstand bildete, und andererseits welche Ereignisse damit möglicherweise in Zusammenhang stehen. Weiters soll der Frage nachgegangen werden, wie sich das Verhältnis während der kurzen Zeit der Okkupation zwischen den Besatzern und der lokalen Bevölkerung gestaltete, und in wie weit es zur Kollaboration von Karatschaiern, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren mit den deutschen Besatzern kam.

Die Vertreibung der deutschen Wehrmacht aus dem Nordkaukasus und die Wiederherstellung der Sowjetmacht in den kurzzeitig besetzten Gebieten, bilden den zeitlichen Ausgangspunkt für den Hauptteil der vorliegenden Arbeit. Anhand von behördlichen Dokumenten, persönlichen Zeugnissen und einschlägiger Sekundärliteratur werde ich versuchen, die Planung, Vorbereitung und Durchführung der in drei Etappen stattgefundenen Zwangsumsiedelungen der Karatschaier, der Tschetschenen und Inguschen sowie der Balkaren nachzuzeichnen.

[1] http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2009/02/23/10566.shtml, 16.4.2009, 19:32

Bei der Beschreibung der Vorbereitungs- und Planungsphasen in den einzelnen Etappen werde ich mich hauptsächlich auf die Berichterstattungen, Weisungen und Beschlüsse der für die Deportationen zuständigen Stellen stützen. Die Durchführung der Zwangsumsiedelungen hingegen werde ich sowohl anhand von staatlichen Dokumenten als auch basierend auf persönlichen Berichten zu schildern versuchen. Es soll dabei exemplarisch gezeigt werden, was sich hinter dem ausgesprochen bürokratischen Ton und den technischen Angaben in den offiziellen Dokumenten verbirgt. Die Dokumente der staatlichen Behörden machen das „*Wie es war*“[2] schwer zugänglich und können die Geschichten menschlicher Individuen, die sich hinter den Daten und Statistiken verbergen, nur beschränkt illustrieren. Die persönlichen Berichte und Erinnerungen von Betroffenen oder Beteiligten sollen deshalb veranschaulichen, wie die Deportationen aus unterschiedlichen Perspektiven erlebt wurden.
Im Zusammenhang mit den einzelnen Phasen der Deportationen ergeben sich einerseits die Fragen, wann und in welchem Zusammenhang die Entscheidungen zur Zwangsaussiedelung der vier nordkaukasischen Völker getroffen wurden, und in welcher Weise diese Entscheidungen umgesetzt wurden. Andererseits drängt sich die Frage auf, welche Gründe für die Deportation der vier genannten Völker ausschlaggebend waren.

Neben dem Versuch die Lebensbedingungen der zwangsausgesiedelten Völker in den Spezialsiedlungen zu schildern und den Rehabilitationsprozesses, der durch die Geheimrede Chruschtschows am 20. Parteitag der KPdSU eingeleitet wurde, zu beschreiben, soll abschließend versucht werden, jene Ereignisse zusammenzufassen, die zur Deportation der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren führten. In diesem Zusammenhang werde ich außerdem versuchen, die Deportationen der vier Völker aus dem Nordkaukasus mit den Zwangsaussiedelungen anderer Völker, wie den Koreanern, Deutschen, Krimtataren, exemplarisch zu Vergleichen.

Die Tschetschenen, Inguschen, Karatschaiern und Balkaren waren nicht die einzigen Völker, die während des 2. Weltkrieges in andere Regionen der Sowjetunion deportiert wurden. Auch Krimtataren, Kalmücken, Mescheten und andere Völker wurden in den Kriegsjahren auf ähnlich unmenschliche Weise zwangsumgesiedelt. Eine gewissenhafte Bearbeitung aller Deportationen, die während des 2. Weltkrieges in der Sowjetunion stattfanden, würde aber über den Rahmen einer Diplomarbeit hinausgehen. Aus diesem Grund habe ich mich auf die Deportationen der Völker aus dem Zentralgebiet des Nordkaukasus beschränkt.

[2] Dies bezieht sich auf den Titel "tak ėto bylo" eines Artikels, der im Kapitel 6.1 zitiert wird.

Literatur

Zu der verwendeten Literatur ist grundsätzlich anzumerken, dass die Arbeiten zum Großteil die Teilbereiche des Themas „von außen“ beleuchten. Das bedeutet, dass es sich bei der verwendeten Literatur und den Dokumenten um Darstellungen aus der Sowjetunion bzw. Russland und aus dem westlichen Ausland handelt. Die wenigen Berichte von Betroffenen, die ich in diese Arbeit eingebunden habe, stammen fast ausschließlich von Tschetschenen, deren Erinnerungen, in Form von Interviews oder kurzen Artikeln in verschiedenen Periodika veröffentlicht wurden.

Die erste Arbeit, die sich ausführlich mit der Thematik der stalinistischen Zwangsaussiedlungen beschäftigt, wurde von Robert Conquest verfasst und 1960 publiziert. Die Arbeit des russischen Historikers Aleksandr Nekrich, 1978 veröffentlicht, stellt bis heute eine der wichtigsten Publikationen zu dem Thema dar. Sowohl Conquest als auch Nekrich hatten noch keinen Zugriff auf Archivmaterialien und stützten ihre Ausführungen deshalb fast ausschließlich auf damals zugängliche Publikationen. In der Arbeit von Nektrich finden sich aber bereits Berichte von Zeitzeugen, mit denen er seine Erkenntnisse untermauert. Nach seinem Ausschluss aus der Partei 1967 wurde Nekrich die Arbeit als Historiker in der Sowjetunion zunehmend erschwert. 1976 verließ er deshalb die UdSSR und emigrierte in den Westen.

Ende der neunziger Jahre erschienen in der westlichen Literatur verschiedene Arbeiten, die den großen Themenkomplex der stalinistischen Zwangsumsiedelungen ganzer Völker behandeln und ebenfalls auf die Deportationen der nordkaukasischen Völker eingehen. Im Gegensatz zu den Arbeiten von Conquest und Nekrich, stützen sich die Arbeiten jüngeren Datums, wie zum Beispiel jene von Otto Pohl oder Norman Naimark, auf die, seit dem Zerfall der Sowjetunion zugänglichen und zum Teil publizierten Archivmaterialien. Das Thema der Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren bildet in diesen Arbeiten jeweils einen Teilbereich eines größeren Fragenkomplexes und wird deshalb nicht in der Ausführlichkeit bearbeitet, wie es in der vorliegenden Arbeit geschehen soll.

Ebenfalls Ende der neunziger Jahre erschienen einige Arbeiten, die sich mit dem Verhältnis zwischen Völkern des Nordkaukasus, allen voran den Tschetschenen, und Russland bzw. der Sowjetunion beschäftigen. Darunter beispielsweise eine Aufsatzsammlung von Ben Fowkes, erscheinen 1998, in der, die über Jahrhunderte bestehenden Spannungen thematisiert werden. Alexander Statiev, der in seinem Aufsatz „The nature of anti-soviet armed resistance 1942 – 1944“, erschienen 2005 in der Zeitschrift „Kritika“, ebenfalls die wachsenden Spannungen zwischen Zentralmacht und Peripherie behandelt, setzt einen zeitlichen Schwerpunkt auf die Vorkriegs- und Kriegszeit. Er beschreibt verschiedene Widerstandsbewegungen und ihre möglichen

Ursachen in den dreißiger und vierziger Jahren, wobei er im Besonderen den Aspekt von Widerstand, im Zusammenhang mit Kollaboration während der teilweisen Besatzung des Nordkaukasus aufgreift.

Im Zusammenhang mit der Besatzung des Nordkaukasus durch die Deutschen ist zu erwähnen, dass in den westlichen Arbeiten zum 2. Weltkrieg, wie beispielsweise in der Reihe „Das deutsche Reich und der zweite Weltkrieg“, nicht im Detail auf den Feldzug im Nordkaukasus eingegangen wird, weshalb ich diesbezüglich die Arbeit von Aleksandr Nekrich herangezogen habe. Die Arbeit von Albert Joleschk, Friedrich Richter, Ehrenfried Schütte und Johannes Semler thematisiert die, im Zusammenhang mit der Eroberung von Teilen des Nordkaukasus, gebildeten „Freiwilligenverbände“, wie beispielsweise den „Sonderverband Bergmann“. Obwohl in dem Buch mit der Thematik der „Kollaboration“ ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit den Deportationen der vier Völker angesprochen wird, habe ich darauf verzichtet, es in die vorliegende Arbeit einzubinden, da sich die Darstellungen auf eine durchwegs einseitige und wenig aufschlussreiche Sicht der Thematik beschränken.

Außer den hier erwähnten, für diese Arbeit wichtigen, Werken erschienen Ende der neunziger Jahre verhältnismäßig viele Publikationen, die sich mit der Thematik Tschetschenien auseinandersetzen und in denen die Deportationen mitunter erwähnt werden. Dies steht zweifellos in engem Zusammenhang mit dem damaligen Zeitgeschehen, als durch die Tschetschenienkriege die Region Nordkaukasus zunehmend ins Bild der Öffentlichkeit rückte.

Der russische Historiker Nikolaj F. Bugaj ist wohl einer der versiertesten Historiker zum Thema der Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren. Bereits Ende der 1980er Jahre veröffentlichte er einen Aufsatz in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Voprosy Istorii“ mit dem Titel „Die Wahrheit über die Deportation des Tschetscheno-Inguschischen Volkes“. Anfang der 1990er Jahre erschienen von ihm zwei Quelleneditionen, in denen erstmals die gesammelten geheimen Akten zu den Operationen im Nordkaukasus 1943/44 abgedruckt wurden. Das 1992 herausgegebenen Werk mit dem Titel „Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentraii.“ bietet eine ausführliche Dokumentation über die Aufzeichnungen der staatlichen Behörden zu den Ereignissen vor, während und nach den Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren. Die zweite Quellenedition erschien zwei Jahre später unter dem Titel „Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii“ und beschäftigt sich speziell mit der Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen. In der westlichen Fachwelt wird darauf hingewiesen, dass Nikolaj F. Bugaj in seinen Werken zu einer eher russisch-nationalen

Bewertung der Zwangsumsiedelungen der nordkaukasischen Völker tendiert, die in wesentlichen Punkten von der westlichen Forschungsmeinung abweicht.
Im Gegensatz zu Bugaj neigt der tschetschenische Historiker Abdurachman Avtorchanov in seinem Buch „Ubijstvo čečenskogo-ingušskogo naroda“, das in weiten Teilen auch in dem Sammelband „The North Caucasus Barrier“ erschienen ist, dazu, die Ereignisse aus einem Blickwinkel zu schildern, der sich zu sehr auf die Opferrolle der Tschetschenen beschränkt. A. Avtorchanov 1937 wurde während der „Großen Säuberungen“ verhaftet und war, bis zu seiner Emigration 1942, viele Jahre den Repressionen durch die Sowjetmacht ausgesetzt.
Sowohl in der englisch- und deutschsprachigen als auch in der russischen Literatur zum Thema dominieren ganz klar die Arbeiten über Tschetschenen und Inguschen. Dadurch ergibt sich auch in dieser Arbeit ein "Schwerpunkt" auf jene Ereignisse, die Tschetschenen und Inguschen betreffen. So gut es mir möglich war, habe ich versucht, dies durch Querverweise zu ähnlichen Sachverhalten in Bezug auf Balkaren und Karatschaier auszugleichen.

Der besseren Lesbarkeit halber habe ich mich dazu entschieden, die kyrillischen Eigennamen nach der gängigen Duden-Umschrift zu transliterieren bzw. die im Deutschen gebräuchliche Form zu verwenden. Ausgenommen davon sind die Angaben zu russischsprachigen Arbeiten und Literatur. Diese werden nach der deutschen wissenschaftlichen Umschrift transliteriert.
Um die Verwirrung bezüglich der vielen Abkürzungen von Institutionen, Behörden, etc. in Grenzen zu halten, ist im Anhang ein Abkürzungsverzeichnis, in alphabetischer Reihe, angeführt. Darin sind alle, in dieser Arbeit vorkommenden Abkürzungen und ihre Bedeutungen aufgelistet.

2. Voraussetzungen

Die Tschetschenen und Inguschen werden zu den autochthonen Völkern des Kaukasus gezählt und bildeten noch bis ins 19. Jahrhundert eine gemeinsame Volksgruppe (*vajnachi*). Zeugnisse über ihre Existenz, wie archäologische Funde und Erwähnungen in armenischen und georgischen Chroniken, reichen bis in die Antike zurück und zeigen, dass die Tschetschenen und Inguschen bereits in den ersten Jahrhunderten nach Christus unter georgischem Einfluss standen und zumindest teilweise christianisiert worden waren. Ursprünglich lag das Hauptsiedlungsgebiet der *vajnachi* in den Bergen des nördlichen Kaukasus. Im ausgehenden 14. Jahrhundert setzte eine Siedlungsbewegung ein, in deren Verlauf die Tschetschenen und Inguschen die Hochgebirgsregion verließen und sich bis ins 16. Jahrhundert am Fluss Sunscha und ihren Nebenarmen ansiedelten.[3]

Der im Deutschen, wie auch international gebräuchliche Name „Tschetschenen" leitet sich von der russischen Bezeichnung „*čečen*" für das Volk am „*bol'šoj čečen*" nahe des Flusses Argun ab. Sie selbst dagegen bezeichnen sich als „*nochčo*". Die Sprache der Tschetschenen und Inguschen wird der weinachischen Gruppe der ostkaukasischen Sprachen zugerechnet und zeichnet sich, unter anderem auf Grund der geographischen Gegebenheiten, durch eine Vielzahl regionaler Dialekte aus. Tschetschenisch wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts zur Literatursprache, wohingegen die inguschische Sprache diesen Status erst 1923 erhielt. Für beide Sprachen wird seit 1938 das kyrillische Alphabet verwendet.[4]

Die tschetschenische und die inguschische Gesellschaft basierten auf patriarchalischen-patrimonialen Klan (Taip) und Familienstrukturen, welche sich durch enge Verbundenheit und große Solidarität auszeichneten. Die Angehörigen eines Taips betrachten sich als blutsverwandt und führen ihre Abstammung auf einen gemeinsamen Ahnen zurück, der gleichzeitig als Gründer und Namensgeber fungiert.[5]

Angehörige eines Taips lebten nicht zwingenderweise in einer geschlossenen Region. Je nach Größe konnte ein Taip in einem Aul (= Dorf, Siedlungspunkt) angesiedelt sein; die Familien konnten aber auch aufgeteilt in mehreren Auls leben, wobei sich die Auls eines Taips wiederum nicht in unmittelbarer Nachbarschaft befinden mussten. Trotz dieser möglichen territorialen Distanz zwischen den Angehörigen eines Taips, herrscht innerhalb der Gemeinschaft großer Zusammenhalt. Generell agierten die verschiedenen Taips unabhängig von einander und bildeten relativ autonome Gesellschafts- und

[3] Shirin Akiner, Islamic people of the soviet union, London 1983, S. 175f

[4] Ebd., 181f und 200f

[5] Alexandre Bennigsen, S. Enders Wimbush, Muslims of the soviet Empire. A guide, Indiana University Press 1986, S. 181ff

Wirtschaftseinheiten, die von einem Ältesten Rat geleitet wurden. Lediglich in Ausnahmesituationen schlossen sich Taips zu solidarischen Interessengemeinschaften zusammen. Nach der Revolution 1917 verloren die Taips hinsichtlich ihrer Funktion als wirtschaftliche Interessengemeinschaften zunehmend an Bedeutung. Als identitätsstiftender, psychologischer und politischer Faktor der tschetschenischen und inguschischen Gesellschaft blieben die Taips aber weiterhin tonangebend.[6]

Die Karatschaier, so wird vermutet, stammen sowohl von lokalen Bergstämmen des Nordkaukasus als auch von anderen Völkern, wie den Alanen, Bulgaren und Kiptschaken ab, die sich im Laufe des 13. Jahrhunderts vermischten.[7] Die Ursprünge der Balkaren sind ebenfalls nicht vollständig geklärt. Es wird allerdings vermutet, dass auch sie von verschiedenen turk- und iranischsprachigen Bergstämmen, wie den Chasaren, Kiptschaken, Bulgaren und Alanen abstammen.[8] Die Anwesenheit der Balkaren und Karatschaier im Nordkaukasus ist seit dem 15. Jahrhundert, durch eine georgische Kreuzinschrift aus dieser Zeit belegt.

Karatschaier und Balkaren gehören zu den turksprachigen Völkern des Nordkaukasus und sind, wie ihre ähnlichen Wurzeln zeigen, eng miteinander verwandt.[9] In ihrer eigenen Sprache bezeichnen sich die Karatschaier als *„karačaily“*[10], die Balkaren als *„taulu“* oder *„mallqarli“*[11]. Die karatschai-balkarische Sprache unterscheidet zwei Hauptdialekte, die auch die Grundlage für die moderne Literatursprache bilden. Nach mehren Änderungen des Alphabets – vor 1924 wurde das arabische und zwischen 1924 bis 1936 das lateinische Alphabet verwendet – wird seit 1936 für die karatschai-balkarische Sprache das kyrillische Alphabet verwendet.

Auch bei Balkaren und Karatschaier bildeten Klangemeinschaften die Grundstruktur der Gesellschaft, die aber im Wesentlichen auf Dorfgemeinschaften basierten und keine Ähnlichkeit mit den Taips der Tschetschenen und Inguschen hatten.[12]

---

[6] Alexandre Bennigsen, S. Enders Wimbush, Muslims of the soviet Empire. A guide, Indiana University Press 1986, S. 181ff

[7] Joseph L. Wieczynski (HG), The modern Encyclopedia of Russia and Soviet History, Bd. 15, Academic International Press 1980, S. 242f

[8] Joseph L. Wieczynski (HG), The modern Encyclopedia of Russia and Soviet History, Bd. 3, Academic International Press 1977, S. 53

[9] Shirin Akiner, Islamic people of the soviet union, London 1983, S. 226

[10] Joseph L. Wieczynski (HG), The modern Encyclopedia of Russia and Soviet History, Bd. 15, Academic International Press 1980, S. 242f

[11] Joseph L. Wieczynski (HG), The modern Encyclopedia of Russia and Soviet History, Bd. 3, Academic International Press 1977, S. 53

[12] Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich, München 2001, S. 150

Innerhalb der Gesellschaft der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren spielten archaische Gewohnheitsrechte (*Adat*) lange Zeit eine bemerkenswerte Rolle. Diese bestanden aus so gegensätzlichen Rechten und Pflichten wie beispielsweise Blutrache und Gastfreundschaft. Letztere erschwerte den staatlichen Behörden, besonders in unruhigen Zeiten, die Verfolgung von Straftätern. Zur Aufnahme von Asylsuchenden war jeder zu jeder Zeit verpflichtet, auch wenn sich der „Gastgeber" dadurch möglicherweise selbst in Schwierigkeiten mit den staatlichen Autoritäten brachte.[13]

Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren stellt die Religion dar. Alle vier Völker bekennen sich zum sunnitischen Islam, wobei die Islamisierung unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Hervorgehoben werden müssen die, seit dem 14. Jahrhundert im Kaukasus verbreiteten Sufi-Bruderschaften, denen traditionell eine hohe Bedeutung zukam.[14] In seiner ursprünglichen Form stellte der Sufismus die „mystische Dimension des Islam" dar, und sollte – darauf können die vielen Strömungen und Lehren im Sufismus knapp reduziert werden – den Sufis den Weg hin zur vollkommenen Selbstauflösung, zur Einswerdung der menschlichen Seele mit Gott weisen.[15] Die Schüler (Muriden) wurden dabei von einem Lehrer (Scheich, Murschid) angeleitet, dem sie zu absolutem Gehorsam und Loyalität verpflichtet waren. Diese „Meister-Schüler-Beziehung" konnte leicht auf eine politische Ebene übertragen werden und hatte so für die Organisation von Widerstand gegen äußeren Druck eine hohe Bedeutung. Einerseits deshalb, weil das Verhältnis zwischen Murschid und Murid auf Grundlage eines totalitären Führerprinzips basierte; andererseits konnten die durch die Sufibruderschaften entstandenen Netzwerke in einer Auseinandersetzung entscheidende Vorteile bringen. [16]
Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Sufi-Orden Naqshbandia und Quadiri, die ab dem 19. Jahrhundert in verschiedenen Widerstandsbewegungen im Nordkaukasus eine wichtige Rolle spielten.[17]

[13] Alexandre Bennigsen, S. Enders Wimbush, Muslims of the soviet Empire. A guide, Indiana University Press 1986, S. 181ff

[14] Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich, München 2001, S. 152

[15] Uwe Halbach, "Heiliger Krieg" gegen den Zarismus S. 213 – S. 234 in Kappeler/Simon/Brunner, Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Köln 1989, S. 217f

[16] Ebd., S. 216f

[17] Vgl. Dazu Alexandre Bennigsen, Chantal Lemercier-Quelquejay, Le Soufi et le Commissaire, Les confrèries musulmanes en URSS, Paris 1986, S. 64 – S. 69

Imam Gazi Muhammed war der erste bekannte Führer, der es fertigbrachte Tschetschenen und Stämme Dagestans mit Hilfe des Muridismus unter dem Banner des „Heiligen Krieges“ gegen Russland zu vereinigen. Nach seinem Tod 1832 folgte ihm sein Schüler Schamil nach. Imam Schamil sollte der bedeutendste Führer des islamischen Widerstands gegen Russland im 19. Jahrhundert werden. Sein Imamat umfasste große Teile der Ethnien Dagestans und die Tschetschenen. Andere Völker des Nordkaukasus konnten nicht dauerhaft eingegliedert werden. Dennoch gelang es unter seiner Führung einen Guerillakrieg gegen das russische Militär zu führen, der 25 Jahre andauerte. Erst nach dem Ende des Krimkrieges 1856 konnte der Widerstand langsam gebrochen werden. 1859 wurde Schamil gefangen genommen und nach einem Empfang beim Zaren ins ehrenvolle Exil geschickt. 1870 erhielt er die Erlaubnis auszureisen und verstarb ein Jahr später in Medina.

Obwohl der Kaukasus nach dem Kaukasuskrieg als unterworfen galt, keimten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder Widerstandsbewegungen auf, wie beispielsweise während des Russisch-Türkischen Krieges 1877/1878.[18]

Während der Revolution schlugen sich viele Ethnien des Nordkaukasus auf die Seite der Bolschewiki, doch bereits in den Jahren des Bürgerkrieges entstanden Aufstandsbewegungen, die sich nunmehr gegen die Bolschewiki richteten. Der Aufstand unter der Führung Said Beks konnte 1921 nach einem Jahr Guerillakrieg mit massivem Militäreinsatz niedergeschlagen werden.[19]

[18] Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich, München 2001, S. 152f

[19] Marie Bennigsen Broxup, The Last *Ghazawat*: The 1920 – 1921 Uprising, S. 112 – S. 145 in Marie Bennigsen Broxup (HG), The north caucasus barrier, London 1992

3. Die zwanziger Jahre im Nordkaukasus (Korenisazia, NEP)

Während im Nordkaukasus der Aufstand unter der Führung von Said Bek noch in vollem Gange war, wurde am 20. Jänner 1921 ein Kongress der Bergvölker in Wladikawkas abgehalten. Stalin, der in seiner Funktion als Volkskommissar für Nationalitäten von der Moskauer Sowjetregierung dorthin entsandt wurde, hatte die Aufgabe, dem Kongress die zukünftige sowjetische Nationalitätenpolitik zu präsentieren. In Bezug auf Said Beks Widerstandsbewegung garantierte Stalin eine Amnestie für alle, die sich am Aufstand beteiligt hatten, unter der Bedingung, dass die Kampfhandlungen eingestellt und die Autorität der Sowjetregierung anerkannt werden würde. Darüber hinaus erklärte er, dass die sowjetische Führung bereit sei, die innere Souveränität und die Unabhängigkeit der Bergvölker in vollem Umfang zu respektieren. Stalin plädierte im Namen seiner Regierung für die Bildung einer, mit großzügigen Autonomierechten ausgestatteten "sowjetischen Bergrepublik".

Die konstituierende Versammlung der neuen Republik knüpfte ihrerseits die Anerkennung der Sowjetmacht an die Bedingungen, dass Scharia (religiöses Gesetz im Islam) und Adat die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bergrepublik bilden sollten. Ferner sollte die sowjetische Zentralregierung in Moskau garantieren, nicht in die Regelung Republik-interner Angelegenheiten einzugreifen. Als letzte Bedingung sollte sich die Sowjetregierung verpflichten, den Bergvölkern das Land, von dem sie zu Zeiten der Zaren vertrieben worden waren, zurückzuerstatten.

Beide Seiten zeigten sich mit den jeweiligen Bedingungen einverstanden. Das Resultat dieser Übereinkunft war die Bildung der etwas ungewöhnlichen Bergrepublik (*gorskaja respublika*): zwar entsprach sie der Form nach einer sowjetischen Republik innerhalb der RSFSR, ihre Verfassung basierte jedoch auf dem islamischen Rechtskodex Scharia. Neben Tschetschenien, Inguschetien und Ossetien umfasste die Bergrepublik die Gebiete Kabarda, Balkarien und Karatschai. Dagestan wurde hingegen nicht eingegliedert, sondern erhielt den Status einer eigenständigen Sowjetrepublik.[20]

Innerhalb der Bergrepublik erhielt jedes der sechs Völker sowohl einen eigenen Verwaltungsbezirk als auch einen eigenen nationalen Sowjet:

„Jedes Volk - die Tschetschenen, die Inguschen, die Osseten, die Kabardiner, die Balkaren, die Karatschaier sowie auch die in dem autonomen Bergterritorium verbliebenen Kosaken - muss seinen nationalen Sowjet haben, der die Angelegenheiten

[20] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 154

der betreffenden Völker gemäß der Lebensweise und den Besonderheiten der letzteren verwaltet.“[21]

Die Führung der neuen Bergrepublik wurde von Persönlichkeiten der lokalen radikalen kommunistischen Intelligenz gebildet, die bereits zur Zeit der Revolution die Bolschewiki mit dem Internationalisten Lenin an der Spitze unterstützt hatten. Ihre Motivation nahmen sie aus dem Versprechen der Bolschewiki, dass jedem Volk das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung zuerkannt werden würde. Die Führung der Bergrepublik strebte also, gemäß diesen Zusicherungen, die uneingeschränkte, innere Eigenständigkeit des Nordkaukasus, ausgeübt in Form der sowjetischen Bergrepublik innerhalb der RSFSR an.[22]

Während des Bestehens der Bergrepublik unter der Führung einheimischer Kommunisten, kam es zu keinen politischen oder inter-ethnischen Auseinandersetzungen. Darüber hinaus genoss die sowjetische Zentralregierung in dieser kurzen Zeit eine ungemein hohe, nie wieder erreichte Popularität unter den Bergvölkern. Der Hauptgrund für diese nicht nur im Nordkaukasus ungewöhnlich konfliktfreie Periode war die Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ 1921, kurz NÖP (*NĖP*), die nach den Jahren von Revolution, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus die für die Bevölkerung nötige Atempause schaffte.[23]

In der kurzen Zeit, in der die sowjetische Bergrepublik existierte, erhielt ihre Führung von Moskau weitreichende Unterstützung. Die Bolschewiki gaben sich zudem große Mühe, ihre Politik gegenüber den Bergvölkern vernünftig und flexibel zu gestalten. So schrieb Lenin einen Brief an die kommunistische Führung der Bergrepublik, mit der Aufforderung *„unsere Taktiken nicht zu kopieren, sondern sie analog den kaukasischen Gegebenheiten anzupassen.“*[24]

Noch im September des Gründungsjahres wurde Kabarda von der Autonomen Sowjetischen Bergrepublik abgespalten und erhielt den Status eines Autonomen Gebiets. Im Jänner 1922 folgte Karatschai, das daraufhin gemeinsam mit Tscherkessien ebenfalls ein Autonomes Gebiet bildete. Gleichzeitig wurde das Autonome Gebiet Kabarda mit Balkarien zum Kabardino-Balkarischen Autonomen Gebiet zusammengeschlossen. Die Tschetschenen erhielten im Dezember 1922 ihr eigenes Autonomes Gebiet, womit nur noch Ossetien und Inguschetien in der Bergrepublik verblieben waren.

---

[21] http://www.stalinwerke.de/band04/b04-088.html; 6.5.2009; 02:44

[22] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 155

[23] Ebd, S. 155

[24] Ebd, S. 155

Im Juli 1924 erhielten auch Inguschen und Osseten ihre separaten Autonomen Gebiete, womit die Bergrepublik de facto aufhörte zu existieren. Weitere Umverteilungen folgten im April 1926, als das Karatschai-Tscherkessische Autonome Gebiet geteilt wurde, und im Jänner 1934, als Tschetschenen und Inguschen wieder ein gemeinsames Autonomes Gebiet erhielten. Die Autonomen Gebiete Kabardino-Balkarien, Tschetscheno-Inguschetien und Nord Ossetien wurden im Dezember 1936 in Autonome Republiken umgewandelt.[25]

Vor und während der Revolution war die Devise vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Lostrennung" ein fester Bestandteil der politischen Agitation der Bolschewiki. Sie waren der Auffassung, dass sich die nichtrussischen Völker des Zarenreiches, bei denen sich bis auf wenige Ausnahmen noch keine Arbeiterklasse gebildet hatte, nur mit der Aussicht auf nationale Selbstbestimmung der Revolution anschließen würden. Diese Konzession an die unterdrückten Völker entsprach im Grunde nicht den Vorstellungen der Bolschewiki von einem zentralistischen Staat und war deshalb mit dem Vorbehalt verbunden, dass man von Fall zu Fall gesondert entscheiden wolle, denn so Lenin:„*Im Allgemeinen sind wir gegen die Lostrennung. Aber wir sind für das Recht auf Lostrennung…*".[26]
Dass die Bolschewiki einem großen Irrtum erlegen waren, als sie annahmen, dass sich die Völker nach der Revolution freiwillig einer sozialistischen Republik anschließen und keine Separationstendenzen zeigen würden, wurde bald offensichtlich. Nach der Revolution beschleunigte sich die Auflösung des ehemaligen Vielvölkerimperiums, so dass die Bolschewiki während des Bürgerkrieges nicht nur gegen die zarentreuen Weißen und ausländische Armeen zu kämpfen hatten, sondern sich auch mit den Unabhängigkeitsbestrebungen nationaler Bewegungen auseinandersetzen mussten.
Ernest Gellner parodierte sehr treffend die Fehleinschätzung der Bolschewiki hinsichtlich des Nationalismus der nicht-russischen Völker in seiner „*wrong-address theory*":
„Just as extreme Shi'ite Muslims hold that the Archangel Gabriel made a mistake, delivering the Message to Mohammed when it was intended for Ali, so Marxists basically like to think that the spirit of history or human consciousness made a terrible boob. The wakening message was intended for classes, but by some terrible postal error was delivered to nations."[27]

[25] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 24

[26] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986, S. 34f

[27] Terry Martin, An affirmative action empire S. 67 – S. 90 in Ronald Grigor Suny/Terry Martin (Ed.), A state of nations. Empire and Nation-Making in the age of Lenin and Stalin, Oxford 2001, S. 69

Die abtrünnigen Völker wurden zwar mit Waffengewalt wieder zur Vernunft gebracht, doch die Bolschewiki waren auf Grund der Ereignisse auch davon überzeugt, dass dies allein kein Garant für eine Stabilisierung ihrer Herrschaft war. Die Zugeständnisse, die man daraufhin bereit war einzugehen, waren weitreichend, wie das Beispiel der Bergrepublik deutlich zeigte.[28]

Bis nach der Revolution verfügten die Bolschewiki, abgesehen von ihrer Losung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" über kein ausgereiftes Konzept für eine zukünftige Nationalitätenpolitik. Erst als sie mit dieser Problematik in Form der nationalen Bewegungen während des Bürgerkrieges konfrontiert wurden, entwickelten sie ein, an der Realität orientiertes Programm. Dabei sollte allerdings das Ziel der marxistischen Doktrin, „*die Verschmelzung der Völker zu einer kommunistischen Weltgesellschaft*"[29] erhalten bleiben.
Anfang der zwanziger Jahre wurde also die vorrevolutionäre Devise vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" situationsgemäß modifiziert. Den Kern der zukünftigen sowjetischen Nationalitätenpolitik bildete ein Konzept zur Förderung der Nationsbildung, die Korenisazia (*korenizacija*). Darunter verstanden die Bolschewiki aber keineswegs die Förderung einer Nation als Staat, sondern die Stärkung des Ethnos. Dem entsprachen auch die Teilung der Bergrepublik und die administrative Reorganisation des Nordkaukasus in Form von ethno-territorialen Einheiten.[30]

Die Sowjetregierung unterstützte die Völker bei der Bildung und bei der Entfaltung ihrer „nationalen Identität". Dies war gleichbedeutend sowohl mit der Förderung von nationaler Sprache, Literatur, Presse, als auch mit dem Aufbau von Schulen und der Heranbildung nationaler Eliten.[31] Außerdem versuchte man gezielt den Anteil der Nicht-Russen in der Partei zu erhöhen. Noch zu Beginn der zwanziger Jahre lag der Anteil der Nicht-Russen in der Partei bei etwa 28 %, wobei sich diese hauptsächlich aus Georgiern, Armeniern, Juden und Letten zusammensetzten. 1922 gab es beispielsweise nur 15.000 muslimische Parteimitglieder, auch Ukrainer und Belorussen waren kaum in der Partei vertreten. Die Lage wandelte sich im Laufe der zwanziger Jahre bis in die Mitte der dreißiger Jahre grundlegend: gab es 1927 schon einen Anteil von 46,6 % von

[28] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 35

[29] Ebd., S. 37

[30] Ebd., S. 38

[31] Terry Martin, An affirmative action empire S. 67 – S. 90 in Ronald Grigor Suny/Terry Martin (Ed.), A state of nations. Empire and Nation-Making in the age of Lenin and Stalin, Oxford 2001, S. 73

Einheimischen in der lokalen Parteiorganisation, so wuchs ihr Anteil bis 1932 noch auf 53,8 % an. [32]

Die Nationalisierung der Partei wurde auch nach der Abkehr von der NÖP 1929 hin zur Kollektivierung und forcierten Industrialisierung nicht sofort abgebrochen, sodass bis 1932 noch beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten. Am größten war der Erfolg der Korenisazia bei der Nationalisierung der Sowjetorgane und der Dorfsowjets, die in ihrer nationalen Zusammensetzung, zumindest auf unterster administrativer Ebene, jener der Bevölkerung entsprach.

Nach dem Abschluss des ersten Fünfjahrplans wandte man sich von der Konzeption der Korenisazia ab, obwohl man das damit angestrebte Ziel, nämlich die Gleichberechtigung aller Völker in den Bereichen des öffentlichen Lebens, die Ausgleichung wirtschaftlicher Unterschiede und die Angleichung sozialer Strukturen, nicht erreicht hatte. [33]

Das Konzept der Korenisazia wurde 1933 gegen eine hinsichtlich der Nationalitätenfrage restriktivere politische Linie getauscht. Galt in den zwanziger Jahren noch der „*großrussische Chauvinismus als Hauptgefahr in der Partei auf dem Gebiet der nationalen Frage*“, und musste den Völkern noch genügend Raum zur Entwicklung ihrer „nationalen Identität“ gegeben werden, so wurde die Wertigkeit in den dreißiger Jahren nahezu umgekehrt. Der geänderte Tenor der Parteilinie nach 1933 machte sich besonders in der Presse bemerkbar, in der immer häufiger vor „lokalem Nationalismus“ bzw. „bürgerlichem Nationalismus“ gewarnt wurde anstatt vor der Gefahr des „großrussischen Nationalismus“.[34]

Die positive Haltung zur Entwicklung des nationalen Bewusstseins und der nationalen Identität nicht-russischer Völker wurde vom Schlagwort des „Sowjetpatriotismus“ abgelöst. Im Vordergrund standen nicht mehr Interessen und Werte individueller Völker, sondern gesamtsowjetische Werte, die nach und nach durch russische Inhalte ergänzt wurden.[35]

[32] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 46f

[33] Ebd., S. 50

[34] Ebd., S. 101

[35] Ebd., S. 106

4. Zwangskollektivierung und Widerstand im Nordkaukasus in den dreißiger Jahren

Während der Durchführung des ersten Fünfjahrplanes gab es, wie bereits angemerkt, keine großen Veränderungen hinsichtlich der Nationalitätenpolitik. Es drängt sich dabei der Eindruck auf, dass die Zentralregierung nicht auch in diesem Bereich Zündstoff für Konflikte liefern wollte. Dennoch lösten die Kollektivierungskampagne und die Revolutionierung des Dorfes in der Bevölkerung großen Widerstand aus, ganz besonders unter den nicht-russischen Völkern. Die Opfer, die die Kollektivierungskampagne forderte, waren enorm. In den Regionen, wo die Kollektivierung am schnellsten durchgeführt wurde, waren auch die Opferzahlen am höchsten. Dazu zählen auch die Opfer der Kulakenverfolgung und die großen menschlichen Verluste während der Hungersnot zwischen 1932 und 1934.
Die Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft begann mit der Enteignung der Kulaken, also der "wohlhabenden Bauern und Großgrundbesitzer". Die zu diesem Zweck aufs Land geschickten Arbeiter sollten die weniger wohlhabenden Bauern und Landarbeiter zum Klassenkampf gegen das „Kulakentum“ motivieren. Einige erhofften sich anfangs wohl durch die versprochene Umverteilung des Besitzes eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, und schlossen sich deshalb der Bewegung zur Verfolgung der „Kulaken“ an. Allerdings wäre es übertrieben, wie in der Propaganda, von einem gegeneinander ausgetragenen bäuerlichen Klassenkampf oder von einer massiven Bewegung der weniger wohlhabenden Bauern gegen die „Kulaken“ zu sprechen. In Wahrheit war es oftmals reine Willkür der Organe, wer zu den „Kulaken“, wer zu den „mittleren Bauern“ und wer zur „Dorfarmut“ gezählt wurde. Der Begriff "Kulak" wandelte sich das Verständnis in kurzer Zeit von einem sozialen zu einem politischen Begriff und bezeichnete bald jeden, der sich in irgendeiner Form gegen die Kollektivierung aktiv oder passiv zur Wehr setzte.[36]

Überall im Land regte sich Widerstand gegen die Kollektivierung, besonders jedoch bei den nicht-russischen Völkern und unter ihnen speziell bei den Völkern im Nordkaukasus. Bei Tschetschenen und Inguschen, aber auch bei Balkaren und Karatschaiern waren die Klan-Systeme immer noch ein fester, wichtiger Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Ordnung. Die Klanzugehörigkeit hatte dabei einen höheren Stellenwert als die

[36] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 107ff

Zugehörigkeit zu einer „Nation“. Die versuchte Auflösung dieser Strukturen musste zu heftigen Reaktionen von Seiten der betroffen Völker führen.[37]
Das Taip-System der Tschetschenen und Inguschen war außerdem dahingehend geregelt, dass das Land und die Wälder gemeinschaftlich bewirtschaftet wurden. Lediglich in den Gebirgsregionen besaßen die Familien für ihr Auskommen ein kleines Stück Land für sich. Die Kulakenverfolgung, im Sinne der Verfolgung und Bestrafung von "Großbauern" und "Großgrundbesitzern", war im Zusammenhang mit der tschetschenischen und inguschischen Gesellschaftsordnung also vollkommen absurd.[38]

Die schlechte wirtschaftliche Lage im Autonomen Gebiet Tschetschenien und im Autonomen Gebiet Inguschetien konnte während der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik nicht wesentlich verbessert werden. Ende der zwanziger Jahre lag sie im Vergleich zu anderen Regionen in der UdSSR nach wie vor weit unter dem Durchschnitt. Aus diesem Grund wurde im Herbst 1928 von Kraikom und Zentralkomitee die Einberufung einer „regionalen Konferenz der Armen“ in Grosny beschlossen. Das Ergebnis dieser Konferenz war eine Resolution, in der verschiedene Hilfsmaßnahmen beschlossen wurden, um der tschetschenischen Wirtschaft die nötigen Impulse zu geben und den Wohlstand der Bauern zu steigern. Vorgesehen waren neben günstigen Krediten die Bereitstellung von Werkzeug und Saatgut, sowie die Zuteilung zusätzlicher Grundstücke. Fast genau ein Jahr später, im Herbst 1929, erreichte das tschetschenischen Gebietskomitee ein Schreiben, unterzeichnet von dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des Kraikom der KPdSU A. A. Andrejew, mit der Information, dass der Nordkaukasus das erste Gebiet sein würde, in dem man die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft durchführen werde, beginnend mit der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“. Zur Durchführung der Kollektivierung deutete Andrejew die Ergreifung von praktischen Maßnahmen an und fügte hinzu, dass die Kollektivierung ausnahmslos in jedem Gebiet des Nordkaukasus durchgesetzt werden würde. Kurze Zeit später trafen Delegierte des Kraikom und des Zentralkomitees in den tschetschenischen Auls ein und begannen mit der Beschlagnahmung von persönlichem Besitz und bewirtschaftetem Land jener Bauern, die als „Kulaken“ verhaftet und mit ihren Familien

[37] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 113

[38] Aleksandr Nekrich, The punished peoples. The deportation and fate of Soviet minorities at the end of the second world war, New York 1978, S. 44

nach Sibirien deportiert wurden. Das übrige Land und das Vieh gingen in den Besitz der Kolchosen über.[39]

Die Reaktion auf dieses Vorgehen erfolgte prompt, und in ganz Tschetschenien kam es im Spätherbst und Winter 1929 zu massiven, tumultartigen Ausschreitungen. Die größten und am besten organisierten Aufstände fanden in Goiti, in Shali und in Benoi statt. Die Aufständischen besetzten Institutionen der Verwaltung, brannten Archive nieder, arretierten die Beamten der regionalen Regierung und mit ihnen, Führungskräfte der GPU.

Die Rebellen in Benoi besetzten die Petroleumraffinerien, installierten eine provisorische Regierung und stellten an die Zentralregierung in Moskau folgende Forderungen:"

(1) Die illegale Beschlagnahmung von bäuerlichem Besitz bzw. die „Kollektivierung" muss augenblicklich gestoppt werden.

(2) Die willkürlichen Verhaftungen von Bauern unter dem Vorwand, dass sie Kulaken seien, müssen aufhören.

(3) Die GPU Führung muss aus Tschetschenien abberufen werden und soll durch gewählte tschetschenische zivile Beamte ersetzt werden, die wiederum das Recht erhalten sollen, gegen kriminelle Elemente vorzugehen.

(4) Die „Volksgerichte", die von oben diktiert worden sind, müssen aufgelöst werden und Scharia Gerichte sollen, […], wieder eingesetzt werden.

(5) *Die Intervention von regionalen und zentralen Institutionen in interne Angelegenheiten des autonomen Gebiets Tschetschenien muss aufhören, und alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sollen von den gewählten Vertretern des Kongresses der Tschetschenen getroffen werden, wie dies der Autonomie-Status vorsieht.*"[40]

Die Anführer der Rebellion machten unmissverständlich klar, dass der Aufstand gegen die Sowjetmacht erst mit der uneingeschränkten Annahme dieser Bedingungen beendet werden würde.

Moskau reagierte auf diese Forderung mit der Entsendung einer „Friedensdelegation" nach Grosny, die aus dem Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU N. Nikolajew, dem Vizevorsitzenden des SOWNARKOM der RSFSR Ryskulow und anderen hochrangigen Vertretern bestand. Man setzte eine lokale Friedenskommission ein, der unter anderem drei religiöse Führer angehörten, und die die Befugnis erhielt, in direkte Verhandlungen mit den Rebellenführern zu treten. Um die Wogen in Shali zu glätten, erklärte die Friedenskommission, dass die lokalen ausführenden Organe nicht im Sinne des Befehls der Zentralregierung gehandelt hätten und dass sie für den verursachten Schaden zur

[39] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 157

[40] Ebd., S. 158

Verantwortung gezogen werden würden. Außerdem verabschiedete die Friedenskommission eine „Deklaration an das Tschetschenische Volk“, in der man auf die Forderung nach der Wiedereinsetzung des autonomen Status der tschetschenischen Provinz einging. Die Umsetzung dieser Zusicherungen war an die Bedingung geknüpft, dass die Aufständischen den Kampf gegen die Behörden einstellen und wieder in ihre Dörfer zurückkehren.

Die Aufständischen akzeptierten das Friedensangebot und kehrten mit der Erwartung in ihre Auls zurück, dass nun die Sowjets ihrerseits ihren Versprechen Taten folgen lassen würden.

Die Regierungskommission publizierte daraufhin ein Schreiben, in dem bekannt gemacht wurde, dass eine Sonderabteilung der GPU nach Shali geschickt werden würde, um die verantwortlichen regionalen Beamten zu verhaften. Innerhalb von nur drei Tagen erfüllte die Sonderabteilung der GPU ihre Aufgabe. Am vierten Tag nach ihrer Ankunft kreisten sie um ein Uhr nachts das Haus des ehemaligen Anführers des Aufstandes in Shali, Shita Istamulow und seines Bruders Hassan ein. Anstatt sich kampflos zu ergeben, eröffneten die beiden das Feuer. Im Morgengrauen wurde ihr Haus in Brand gesetzt, wobei Shita’s Bruder schwer verletzt wurde. Die Beamten der GPU fanden sich fast zeitgleich von mehreren hundert tschetschenischen Reitern umzingelt, die Shita zu Hilfe geeilt waren. Nach einer Stunde heftiger Kämpfe gelang es den Tschetschenen, die 150 Mann starke Truppe der GPU zu zerschlagen.

Nach diesem Ereignis rief Istamulow alle Tschetschenen auf, am „heiligen Krieg“ zur Wiederherstellung des Imamat Schamil’s teilzunehmen, und die Ungläubigen aus dem Kaukasus zu vertreiben. Seinem Aufruf wurde Folge geleistet, und in Shali, Goiti und Benoi bildeten sich wieder bewaffnete Widerstandsgruppen. Auch in Dagestan, Ossetien, Kabarda, Balkarien und in Karatschai begannen sich aufständische Gruppen zu formieren, allesamt unter dem Banner des Ghazawat. Inwieweit die Gruppen miteinander vernetzt waren bleibt fraglich, allerdings handelten sie alle aus der gleichen nationalen und religiösen Motivation heraus.[41]

Die Sowjets hatten bereits während des Bürgerkrieges die schmerzhafte Erfahrung machen müssen, dass solchen großangelegten und ideologisch motivierten Bewegungen im Nordkaukasus nur schwer Herr zu werden war. Mitte Dezember 1929 verlagerten sie deshalb ein militärisches Großaufgebot an die tschetschenische Grenze. Below, der Kommandeur des Wehrbereichs Nordkaukasus schickte Ende Dezember 1929 die folgenden militärischen Einheiten in den Kampf gegen die Aufständischen: vier Infanteriedivisionen, die 28. Kampfdivision aus Wladikawkas, die Infanterieschule

[41] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 158f

Wladikawkas, drei Artillerie-Divisionen sowie zwei Regimenter der türkischen und iranischen Grenz-Garden. Außerdem wurden noch drei Schwadronen der GPU-Truppen hinzugezogen. Angesichts dieser Truppenstärke, die sogar die Bevölkerungskonzentration in Shali-Goiti mit 150.000 Einwohnern übertraf, und der schlechten Voraussetzungen für eine Verteidigung in dem Gebiet, gelang es den Sowjets bereits Mitte Jänner 1930 die Zentren der Rebellion einzunehmen. Während die komplette Anführerschaft der Aufständischen in Goiti getötet wurde, gelang es Istamulow's Kämpfern sich in die Berge zu retten.
Nicht nur auf Seiten der Rebellen waren die Verluste groß. Die sowjetischen Verbände verloren in den Kämpfen in Goiti fast das gesamte 82. Infanterieregiment, in Below nahe Shali fielen während der Kämpfe mehrere tausend Soldaten. [42]

Angesichts des blutigen Widerstands, den die Kollektivierungskampagne hervorgerufen hatte, revidierten Stalin und die Zentralregierung ihren eingeschlagenen Weg der zwangsweisen Eingliederung in die Kollektive. Ein spezielles Dekret, erlassen vom Zentralkomitee erklärte die Umwandlung von Kolchosen zu freiwilligen Bündnissen. Im Falle von Tschetschenien und Inguschetien wurde die Einrichtung von Kolchosen als zu vorschnell eingestuft und deshalb wieder zurückgenommen.[43] An die Stelle der Kolchosen traten vorerst sogenannte „Genossenschaften zur gemeinschaftlichen Bearbeitung des Bodens", die schrittweise im Laufe der dreißiger Jahre in Volkskolchosen umgewandelt wurden.[44]
Als direkte Folge der Aufstandsbewegungen in Tschetschenien wurden die tschetschenischen Parteiführer ihrer Posten enthoben. Mittels wirtschaftlicher Unterstützung und einer Amnestie für die Anführer und Teilnehmer der Aufstände versuchte die Zentralregierung den Normalzustand wiederherzustellen. Shita Istamulow konnte nach Shali zurückkehren; man bot ihm den Posten eines Präsidenten der ländlichen Konsumentenkooperative an.
Avtorkhanov schreibt, dass der Regionalchef der GPU Baklakow den Rebellenführer Istamulow im Herbst 1931 einlud, um ihm persönlich den Straferlass zu überreichen. Während er ihm das Dokument mit der einen Hand reichte, schoss Baklakow mit der anderen Hand aus nächster Nähe auf Istamulow. Istamulow hatte noch genug Zeit um

[42] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 159f

[43] Ebd., S. 160

[44] Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 114

seinen Dolch zu ziehen und Baklakov zu erstechen, bevor er selber von Baklakow's Garde überwältigt und getötet wurde.[45]
Mit dem Mord an Shita Istamulow begannen in Tschetschenien weitreichende Operationen der GPU zur Ausschaltung des „konterrevolutionärem Kulakentums und der nationalistischen Mullahelemente". In diesem Zusammenhang wurden 35.000 Personen verhaftet und von einer außerordentlichen Kommission der GPU verurteilt. Nur ein sehr kleiner Teil der 35.000 Verhafteten wurde irgendwann wieder in die Freiheit entlassen.[46]

Die Spannungen zwischen der Zentralregierung und den Völkern im Nordkaukasus nahmen im Laufe der dreißiger Jahre stetig zu und entluden sich in mehreren groß angelegten Aufstandsbewegungen, wie zum Beispiel in Tschetschenien und Inguschetien. Zwar gelang es immer wieder, die Aufstände mit Hilfe von Polizei und Armee niederzuschlagen, doch Guerillaaktivitäten und passiver Widerstand blieben in diesen Jahren ein konstantes Phänomen im Nordkaukasus.[47]
Die Auslöser, die bei der Bevölkerung aktiven oder passiven Protest weckten, waren sehr unterschiedlich. Meist lag die Ursache am Unverständnis, an der Unwissenheit oder der fehlenden Sensibilität der regionalen Sowjetbehörden im Umgang mit den lokalen Traditionen und Lebensweisen. Die Leitung der Verwaltung in den autonomen Republiken und Provinzen im Nordkaukasus wurde, fast einer Regel folgend, nie an Einheimische übertragen. Die von Moskau entsendeten Führungskräfte kannten die Völker, über die sie verfügen sollten, oftmals nur aus Büchern. Die Traditionen, Gebräuche und Denkweisen der lokalen Bevölkerung waren ihnen fremd.[48]
Die folgende, von Avtorkhanov geschilderte Episode soll diese spannungsgeladene Situation zwischen Behörden und Bevölkerung exemplarisch veranschaulichen:
Jegorow, der Leiter des regionalen Parteikomitees, ein gebürtiger Moskauer, entschied, in einem Aul in Tschetschenien einen Schweinezucht-Betrieb zu organisieren. Seine tschetschenischen und inguschischen Mitarbeiter rieten ihm dringend von dem Vorhaben ab, da sie wussten, wie ein solches Projekt bei einer muslimischen Bevölkerung aufgenommen werden würde.

---

[45] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 160

[46] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 160f

[47] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 290

[48] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 169

Jegorow zeigte sich von den Warnungen unbeeindruckt: “Wenn die Tschetschenen kein Schweinefleisch essen, umso besser für die Schweine.
Niemand wird versuchen sie zu stehlen.“ Der Schweinezucht-Betrieb wurde aufgebaut, lief jedoch nicht länger als 24 Stunden. Die Schweine, die man am Tag geliefert hatte, wurden noch in der Nacht von Tschetschenen getötet.[49]
Auch andere von den Behörden gesetzte Maßnahmen wie die Konfiskation von Waffen, die Einberufung zum Militär, das Verbot von Vendetta, die Schließung von Moscheen und nicht zuletzt die Bemühungen der Regierung, Scharia und Adat zugunsten des sowjetischen Rechtssystems abzuschaffen, schürten den Groll in der Bevölkerung.[50]

Für die sowjetischen Behörden stellten die Bekämpfung des passiven Widerstands der Bevölkerung und das Vorgehen gegen Guerillabanden im Nordkaukasus eine besondere Herausforderung dar. Offen ausgetragene Konflikte, wie der Aufstand in Tschetschenien 1929, konnten mit ausreichendem Militäraufgebot und Waffengewalt bewältigt werden. Die aus dem Untergrund handelnden Guerillagruppen waren jedoch schon auf Grund der Gesellschaftsstrukturen nur schwer fassbar. Durch das Klan-System verfügten die Rebellen über weitreichende und gut funktionierende Netzwerke. Dazu hatte im Gewohnheitsrecht der Tschetschenen, Inguschen und Karatschaier das „Recht auf Gastfreundschaft“ einen außergewöhnlich hohen Stellenwert.[51] Die ausgezeichnete Kenntnis der örtlichen Topographie, besonders in den Bergen, bot den Guerillagruppen außerdem genügend Möglichkeiten, sich der Verfolgung durch die sowjetischen Behörden immer wieder zu entziehen.

Die Masse der Bevölkerung war mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Linie der Regierung in den dreißiger Jahren unzufrieden. Die vermehrten Aufstände in der Region des Nordkaukasus – zum Beispiel wurden zwischen Februar und Dezember 1938 von Rebellengruppen 98 Aktionen durchgeführt, darunter auch der Mord an 49 Partei- und Ratsfunktionären[52] – fanden so auch Unterstützung in der Bevölkerung. NKWD und lokale Behörden arbeiteten bei der Bekämpfung eng zusammen und verzeichneten bisweilen gute Erfolge. Die Bilanz am Vorabend des Krieges gab dennoch

[49] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 166

[50] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 289f

[51] Ebd., S. 291

[52] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo nardov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990, S. 34f

kaum Grund zur Freude. Die Situation in Tschetscheno-Inguschetien, sowie in anderen Gebieten des Nordkaukasus war und blieb auch während des Krieges in jeder Hinsicht gespannt. Neben den angeführten Aspekten verschlechterte sich vor dem Hintergrund des Krieges zudem die Versorgungslage, sodass die Grundbedürfnisse nach Gütern und Produkten des täglichen Bedarfs nur noch schwer gedeckt werden konnten.[53]

[53] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990, S. 34f

5. Die Situation im Nordkaukasus während des 2.Weltkrieges bis 1943

5.1 Die Kaukasusoffensive der Deutschen Wehrmacht

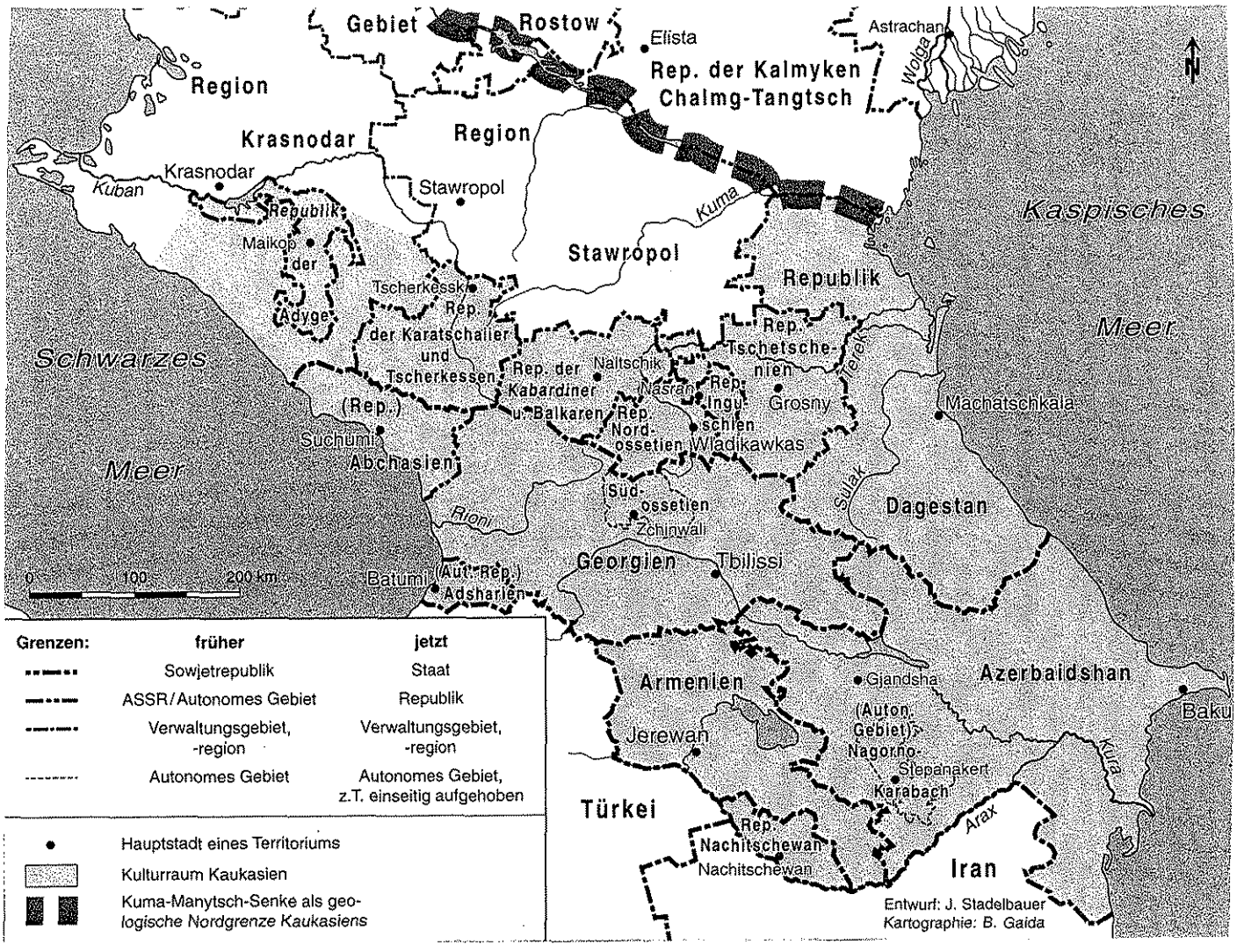

Abb. 1: Politische Karte der Kaukasusregion[54]

Am 22. Juni 1941 begannen durch den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, die Kämpfe zwischen der Deutschen Wehrmacht und der Roten Armee. Bereits wenige Wochen später konnte die sowjetische Frontlinie durchbrochen werden, und die deutschen Soldaten begannen mit ihrem Vormarsch ins Kernland der UdSSR. Im Oktober desselben Jahres stand die deutsche Armee vor den Toren Moskaus und Leningrads.

Während die Heeresgruppe Nord bereits seit September 1941 die Blockade um die Stadt Leningrad aufrecht erhielt und der Vormarsch die Heeresgruppe Mitte im Winter 1941 vor

[54] Uwe Halbach/Andreas Kappeler (HG), Krisenherd Kaukasus, Baden-Baden 1995, S. 14

Moskau zum Stillstand gebracht worden war, begann im Sommer 1942 die deutsche Offensive zur Eroberung des Kaukasus und Transkaukasiens. Die am 28. Juni im südlichen Teil des Kaukasus begonnene Offensive war von Anfang an von heftigen Gefechten gekennzeichnet. Dennoch konnte die Deutsche Wehrmacht anfangs erhebliche Gebietsgewinne erzielen. Am 15. Juli wurden die sowjetischen Verteidigungslinien zwischen Don und nördlichem Donets durchbrochen und die deutsche Frontlinie auf zwischen 500 bis 600 km ausgedehnt. Am 24. Juli konnte Rostow am Don erobert werden, am 29. Juli gelang ein weiterer Durchbruch an der Frontsektion in der Tsymliansk Region. Am 2. August erfolgte die Eroberung von Salsk, tags darauf wurde in einem anderen Teilabschnitt der Front die sowjetische Don Armee Gruppe auf das südliche Ufer des Kuban gedrängt. Am 5. August eroberten die deutschen Kräfte Stawropol, am 11. August Krasnodar und kurz darauf erreichte die Deutsche Wehrmacht die Maikop Region und eroberte Beloretschensk.[55]
Südlich von Rostow am Don marschierten die deutschen Einheiten weiter und erreichten am 8. August das Gebiet Mozdok. In diesem Frontabschnitt eroberte die Deutsche Wehrmacht die Städte Piatigorsk, Mozdok, Anapa sowie Novorossiisk. Im Zeitraum von Mitte August 1942 bis Anfang September desselben Jahres konnten die deutschen Truppen außerdem mehrere Gebirgspässe im Elbrussektor bis zum Kluchori Pass unter ihre Kontrolle bringen, und erreichten am 21. August den Gipfel des Elbrus. Nach der Eroberung der Stadt Naltschik in der Kabardino-Balkarischen ASSR im Oktober kam die deutsche Offensive langsam zum Stehen und endete in den Grenzgebieten zur Tschetscheno-Inguschischen ASSR. Weitere Erfolge blieben aus und schon nach wenigen Wochen sahen sich die Deutschen in die Defensive gezwungen.[56]

Die Hauptmotive zur Durchführung der Offensive im Kaukasus und in Transkaukasien sind wohl in den wirtschaftlichen Kriegszielen zu suchen. Abgesehen von den ideologischen und politischen Gründen für den Angriff auf die Sowjetunion, hatten die Deutschen großes Interesse daran, sich die sowjetischen Rohstoffquellen und Verarbeitungsanlagen anzueignen. Hitler äußerte sich in einem Gespräch mit Keitel und Todt am 20. Juni 1940 dazu folgendermaßen:"*Das Ziel muss also sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberung zu sichern.*"[57] In einem Memorandum zu dieser Aussage, fügte General Thomas hinzu:"*Wenn die militärische Führung in der Lage ist, die fehlenden Rohstoffvorkommen*

[55] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 36

[56] Ebd., S. 36

[57] Rolf Dieter-Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg in Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg, Bd. 4 Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 157

durch Eroberung sicherzustellen, wird dies von der Wirtschaftführung besonders begrüßt werden.“[58]

Die Eroberung der erdölreichen Region Kaukasus hatte dementsprechend für die deutsche Führung hohe Priorität. Nach Hitlers Plan sollte das Gebiet den für zukünftige Erfolge notwendigen Rohölbedarf abdecken und sollte als „Reichskommissariat Kaukasien“ von Rostov am Don im Norden bis an die Grenzen der Türkei und des Iran im Süden, dem Schwarzen Meer im Westen und dem Kaspischen Meer im Osten reichen.[59]

Die deutsche Führung bemühte sich bereits im frühen Kriegsverlauf um Kontakte mit kaukasischen Emigranten, die sich nach Ende des Bürgerkriegs in Europa niedergelassen hatten und versuchte diese für ihr Vorhaben zu gewinnen.

Said Schamil, ein Nachkomme des großen Imam Schamil, war Kopf einer Gruppe von Emigranten, die sich ursprünglich an Frankreich und England angenähert hatten. Nach dem überfallartigen Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion allerdings suchte Schamil in seinen Reihen um Unterstützung für die Nationalsozialisten. Mit ihrer Hilfe sollte sein Plan von einem unabhängigen Kaukasus umgesetzt werden. Obwohl die prominente Unterstützung von Schamil in Berlin durchwegs positiv aufgenommen wurde, hielt die Verbindung nur sehr kurz. Nachdem Schamil feststellen musste, dass sich seine Vorstellung von einem „unabhängigen Kaukasus“ nicht mit jener der Nationalsozialisten deckte, brach er im Herbst 1942 die Verhandlungen ab und emigrierte in die Türkei.

Eine weitere Gruppe mit grundsätzlich pro-deutscher Gesinnung um den Herausgeber der Zeitschrift „Kaukasus“ Ali-Khan Kantemir, bot den Deutschen ebenfalls ihre Dienste an. Gemeinsam mit dem ehemaligen Offizier der weißen Garde, General Bitscherachow und mit Hilfe des Ostministeriums gründeten Kantemir und seine Gruppe das „Nordkaukasische Nationalkomitee“ und unterstützten die Deutsche Wehrmacht unter anderem bei der Rekrutierung sowjetischer Kriegsgefangener.[60]

Die deutsche Militärführung setzte von Beginn des Krieges an in den eroberten Gebieten eigene administrative Einrichtungen mit Polizei und Bürgermeister ein. Dazu wurden aus der Bevölkerung „Freiwillige“ zur Verteidigung und später auch „Hilfswillige“ angeworben. Die Beweggründe, sich dem Feind anzuschließen waren sehr unterschiedlich, aber dass sich ein großer Teil dieser „Freiwilligen“ nicht ohne gewissen Druck den National-sozialisten anschloss, steht wohl außer Frage. Bei der Rekrutierung von Kriegs-

[58] Rolf Dieter-Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg in Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg, Bd. 4 Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 157

[59] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 37

[60] Ebd., S. 38

gefangenen für die Deutsche Wehrmacht waren die Druckmittel, derer man sich bediente jedoch enorm: unzureichende Verpflegung und Unterkünfte in den Lagern, körperliche und seelische Misshandlungen standen auf der Tagesordnung. Folgender Bericht eines sowjetischen Soldaten gibt darüber Aufschluss:

„Nahe des Manych im Winter 1943 sah ich zuerst ehemalige Sowjetsoldaten, die deutsche Uniformen trugen. Ich fragte einen nach dem anderen:„Wie konntet ihr das tun, Freunde?“. Sie taten mir leid, aber zur selben Zeit konnte ich ihnen kaum in die Augen blicken. Sie blieben still, starrten auf den Boden oder zur Seite, aber nach einer kurzen Weile sah mich einer von ihnen direkt an, mit einem Ausdruck von unverhüllter Hoffnungslosigkeit, dass sich mir das Herz zusammen krampfte. Das Folgende erzählte er mir: Im Sommer 1941 geriet er in Kriegsgefangenschaft. Sie wurden zu einem Lager bei Ovruch getrieben. Und dort begann es: Deutsche Wachen und Ukrainische Polizei (es ist schwer zu sagen, wer die Gefangenen mehr quälte); Hunger und Schläge, Schläge und Hunger; und all das während die Anwerber – nicht Deutsche sondern unsere eigenen Leute, Russen und Ukrainer – beharrlich ihre Versprechungen von einem leichten und komfortablen Leben wiederholten. „Aber wenn du hier bleibst, dann gibt es nur einen Ausweg, du wirst wie ein Hund sterben“. Für eine lange Zeit blieb er hartnäckig, aber im Sommer 1942 konnte er es nicht mehr länger aushalten. Er zog die deutsche Uniform an und hoffte bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu entkommen. Aber eine solche Gelegenheit bot sich nicht. Der deutsche Kommandeur behielt sein Bataillon von „Freiwilligen“ im Auge. Und erst während des Rückzugs wurde das Bataillon gezwungen, die Deckung für die deutschen Einheiten zu gewährleisten. Sobald die deutschen Soldaten weg waren, warfen viele der russischen „Freiwilligen“ ihre Waffen weg. Und so kam es, dass er wieder mitten unter uns war. Ich weiß nicht, was aus ihm geworden ist. Aber sein Blick, voll Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und ohne die Aussicht auf eine Zukunft, grub sich für immer in mein Gedächtnis ein.“[61]

Neben der eben zitierten, von Nekrich wiedergegebenen Episode, in dem Menschen aus einer aussichtslosen Zwangssituation heraus mit den Nationalsozialisten kollaborierten, gab es sicherlich Fälle, wo dies tatsächlich freiwillig geschah. Die Motive dafür waren stark individuell geprägt. Personen, die auf Grund ihrer politischen Orientierung oder strafrechtlicher Delikte von der Sowjetregierung verfolgt worden waren, gehörten ebenso dazu wie Männer und Frauen, die versuchten sich und ihre Familien zu schützen; gleichermaßen aber auch Opportunisten und Karrieristen, die die Gunst der Stunde für sich zu nutzen suchten.

[61] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 7

Die Freiwilligenverbände zur „Selbstverteidigung“, die von Kriegsgefangenen der eroberten Völker gestellt wurden, hatten ihre Hochkonjunktur während der für die Nationalsozialisten erfolgreichen Kriegsjahre 1941 und 1942. Im Sommer 1942 gründete der Generalstab der Bodentruppen eine eigene Spezialabteilung, verantwortlich für die Organisation dieser militärischen und paramilitärischen Formationen aus ehemaligen Sowjetbürgern. Neben russischen Einheiten, wurden auch Formationen von „Orientalischen Völkern“ gebildet, wie die Legion Turkestan oder der Sonderverband „Bergmann“[62]. In letzteren wurden unter anderem Freiwillige aus dem Kaukasus zusammengefasst. 1943 gab es 176 sowjetische Bataillone und 38 Kompanien in der deutschen Wehrmacht, mit einer Stärke von etwa 130.000 bis 150.000 Mann. Während des Kriegsverlaufs kämpften insgesamt etwa 1 Million ehemalige Sowjetbürger auf Seiten der Nationalsozialisten. Auf den ersten Blick vermittelt diese große Zahl aber einen falschen Eindruck, denn gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion kämpften nur 0,5 % der gesamten bzw. 1,75 % der wehrfähigen männlichen Population auf Seiten Hitler Deutschlands.[63]

Die Besatzungspolitik der Deutschen im Nordkaukasus unterschied sich in wesentlichen Punkten von jener in anderen besetzten Gebieten der Sowjetunion.
Bereits wenige Monate vor dem Beginn der Offensive im Kaukasus wurden in Berlin mehrere grundlegende Punkte festgehalten, die das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und den Völkern des Kaukasus darlegen:

1) *Das Deutsche Reich betrachtet die kaukasischen Völker als Freunde.*
2) *Die Deutsche Wehrmacht sieht es als ihre Pflicht an die kaukasischen Völker zu beschützen und sie vom bolschewistischen Joch zu befreien.*
3) *Ohne die Hilfe des deutschen Volkes wäre es unmöglich gewesen, die Offensive gegen die Bolschewisten, Russen und den britischen Imperialismus durchzuführen, welche die Völker des Kaukasus für so lange Zeit unterdrückt hielten.*
4) *Die nationalen, kulturellen und ökonomischen Kräfte des Kaukasus werden das Recht haben sich frei zu entwickeln. Ihre unabhängige nationale und kulturelle Entwicklung bedurfte der deutschen Protektion. Die Jahrhunderte alten Gebräuche und Traditionen werden respektiert werden. Die kaukasischen Völker werden ihre Muttersprachen sprechen und werden ihre eigenen Schulen haben. Was die Religion betrifft, wird allen kaukasischen Völkern mit all ihren religiösen*

[62] Vgl. Joleschk Albert, Freiwillige vom Kaukasus, Graz 2003

[63] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 8f

Bekenntnissen das Recht auf freie Religionsausübung eingeräumt. Kirchen und Moscheen werden wiedereröffnet.

5) *Das Recht auf Selbstregierung wir eingeräumt, gewährleistet von Deutschland.*
6) *Die Kolkhozen werden abgeschafft.*
7) *Handel und freie Geschäftstätigkeit werden ohne Einschränkung gestattet.*
8) *„Wechsle auf die Seite Deutschlands und unterstütze die deutschen Truppen, an deren Seite deine Brüder bereits kämpfen, vereinigt in den Reihen der deutschen Wehrmacht."*
9) *„Lang leben die freien Kaukasier in Allianz mit und unter Protektion des Großdeutschen Reiches und Adolf Hitlers."*[64]

Die Okkupationspolitik der Deutschen im Kaukasus wurde gegenüber den kaukasischen Völkern anhand des Freundschaftsprinzips gestaltet, dem ausgenommen waren jedoch die im Kaukasus ansässigen Russen. Nach der Maxime „Divide et Impera" erhielten die kaukasischen Ethnien in den besetzten Gebieten Privilegien, von denen die slawische Bevölkerung ausgenommen war[65]: Die indigene kaukasische Bevölkerung wurde nicht zur Zwangsarbeit gezwungen; es erfolgten keine Plünderungen oder Beschlagnahmungen von privatem Eigentum; für Waren, die man zur Verpflegung der Soldaten benötigte, wurde eine Vergütung in Form von Sachleistungen oder ein entsprechendes Entgelt geleistet; die Gebetshäuser wurden wiedereröffnet und die Ehre der kaukasischen Frauen wurde respektiert.[66]

Nikolai Mazin war zur Zeit der deutschen Besatzung Sekretär des Parteikomitees der Provinz Kabarda und beschreibt das Verhalten der Deutschen folgendermaßen:

„Die deutschen Kommandeure behandelten die Kabardiner und Russen nicht gleich. Sie verteilten das Vieh und anderen Besitz der Kolchosen und der Regierungseinrichtungen unter den Kabardinern… Die Deutschen gingen kaum gewalttätig gegen Kabardiner vor, nicht einmal gegen Kommunisten und führende Funktionäre."[67]

[64] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 39

[65] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 297

[66] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 40

[67] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 297

5.2 Unter Besatzung: Karatschaier und Balkaren

Nach der Spaltung des am 22. Jänner 1922 etablierten Karatschai-Tscherkessischen Gebiets am 25. April 1928 wurde das Autonome Gebiet Karatschai gegründet. Die Bevölkerung dieses Gebietes setzte sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, wobei den größten Teil der Population die russischen Bewohner bildeten. 1939 lebten in dem autonomen Gebiet Karatschai 119.800 Russen, rund 48,3 % der Gesamtbevölkerung, wohingegen die 70.900 Karatschaier im Gebiet nur rund 28,8 % der Gesamtbevölkerung darstellten. Insgesamt lebten 1939 den sowjetischen Statistiken zu Folge 75.736 Karatschaier in der UdSSR.[68]

Als 1941 der Krieg gegen Hitlerdeutschland begann, wurden auch aus dem Autonomen Gebiet Karatschai junge Männer in die Rote Armee berufen. Während des Krieges dienten etwa 25.000 Karatschaier und Tscherkessen in der Sowjetarmee, etwa 19.000 waren direkt an den Kampfhandlungen an der Front beteiligt. Gemessen an der Gesamtzahl der männlichen, wehrfähigen Bevölkerung der Karatschaier und Tscherkessen, kann ihr Anteil als verhältnismäßig hoch bewertet werden.

Doch auch die zivile Bevölkerung unterstützte zwischen 1941 und 1943 aktiv die Sowjetische Führung und die Armee. In den zwei Kriegsjahren vor ihrer Deportation brachten die Karatschaier und die Tscherkessen mehr als 52 Millionen Rubel für Verteidigungszwecke auf, von denen eine Million Rubel für ein Militärflugzeug verwendet wurde.[69]

Im Gegensatz zu der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR fiel das Autonome Gebiet Karatschai während des Vormarsches der Deutschen Wehrmacht tatsächlich unter die eroberten Gebiete. Einige Monate bevor die Deutschen das Gebiet erreichen konnten, begannen bereits einige Karatschaier vor Ort gegen die Sowjetherrschaft mobil zu machen. Zwischen Jänner und Februar 1942 hatten sich im Bezirk Utschkulanow bewaffnete Gruppen gebildet, die einen Guerillakrieg gegen den sowjetischen Machtapparat zu führen begannen. Diese Guerillabanden bildeten später mit den zurückkehrenden Emigranten das KNK – das Karatschaische National Komitee. Ähnlich wie das zuvor erwähnte „Nordkaukasische Nationalkomitee“ unterstützte das KNK die Deutschen in verwaltungstechnischen, administrativen und organisatorischen Belangen. Als im Jänner 1943 die Deutsche Wehrmacht von der Roten Armee immer weiter aus

[68] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 74

[69] Ebd., S. 75

dem Kaukasus zurück gedrängt und schließlich auch aus dem Karatschaisch Autonomen Gebiet vertrieben wurde, schlossen sich einige Mitglieder des KNK den westwärts zurückweichenden deutschen Truppen an. Andere versuchten die wiederhergestellte Sowjetmacht erneut aus dem Untergrund zu bekämpfen und ihren Machapparat zu destabilisieren.[70]

Obwohl wie bereits in der Einleitung erwähnt, Balkaren hinsichtlich Sprache, Traditionen und Herkunft eng mit den Karatschaiern verwandt sind, wurden sie gemeinsam mit den Kabardinern am 1. September 1921 im Kabardino-Balkarischen Autonomen Gebiet zusammengefasst. Am 5. Dezember 1936 erhielt das Gebiet den Status einer Autonomen Sozialistischen Sowjet Republik (ASSR).
Obschon die Balkaren in der Bezeichnung der ASSR als Titularnation erwähnt werden, bildeten sie nur einen kleinen Teil ihrer Gesamtbevölkerung. Den sowjetischen Statistiken[71] zu folge stellten die Balkaren lediglich 11,2 % der Gesamtpopulation. Die weitaus größeren Bevölkerungsteile bildeten die Russen und die Kabardiner, wie der folgenden Statistik zu entnehmen ist:

Ethnische Zusammensetzung der Kabardino-Balkarischen ASSR 1939[72]

	Zahl (absolut)	**Anteil in Prozent**
Russen	150.000	43,0 %
Kabardiner	127.000	36,3 %
Balkaren	39.000	11,1 %
Andere	33.700	9,6 %
Gesamt	349.700	100.0 %

[70] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 75

[71] Anm.: Die Angaben aus Bevölkerungsstatistiken der dreißiger Jahre bzw. aus den sowjetischen Statistiken generell sind mit Vorsicht zu verwenden, da die Daten in größerem Ausmaß manipuliert wurden. Problematisch ist hierbei einerseits, dass bei der Erhebung der Daten keine gleichen Ausgangsdaten (z.B. Basisjahre) verwendet wurden; andererseits, dass die erhobenen Daten in zum Teil missverständliche Zusammenhänge gestellt wurden. Außerdem fehlen häufig notwendige Hinweise über die Berechnungs- und Auswertungsmethoden und die Erhebung der Daten.
Vgl. dazu Stephan Merl, Probleme des Umgangs mit sowjetischen Statistiken der 20er und 30er Jahre in Bernd Bonwetsch (HG), Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, Berlin 1985, S. 81

[72] Aleksander Nekrich, The punished peoples, New York 1979, S. 61

Am 7. August 1942 überschritt die Deutsche Wehrmacht die Grenze zur Kabardino-Balkarischen ASSR und konnte bis zum 12. August bereits fünf Rayons unter ihre Kontrolle bringen. Nach diesem ersten raschen Vordringen verlangsamte sich der Vormarsch der deutschen Armee und erst am 29. Oktober 1942 konnte die Hauptstadt der Kabardino-Balkarischen ASSR Naltschik erobert werden.[73] Von Beginn der Kampfhandlungen auf dem Gebiet der ASSR sahen sich die Deutschen mit einem hohen Widerstandspotential der Bevölkerung und einer starken Partisanenbewegung – von August bis Oktober 1942 konnten acht Truppen mit bis zu 500 Mann gebildet werden - konfrontiert. Viele junge Männer aus der Republik dienten an der Front und diejenigen, die zurück geblieben waren, versuchten die Truppen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang erscheint interessant, dass sich auch viele Frauen aus der Kabardino-Balkarischen ASSR freiwillig für den Kriegsdienst meldeten. So schrieb beispielsweise eine Bewohnerin des Dorfes Gundelen, Z. Elshurkajewa, in einem Gesuch, dass ihr Mann und ihr Bruder sich an der Front befänden, und sie wünsche, „*gemeinsam mit ihnen gegen die faschistischen Feinde zu kämpfen.*“[74]
Den anhaltenden Widerstand in der Republik nahmen die Deutschen zum Anlass, um gegen Kriegsgefangene und Zivilisten entschieden vorzugehen: Während der Zeit der Besatzung wurden von den deutschen Einheiten 2.053 Kriegsgefangene und 2.188 Zivilisten unter dem Vorwand der Partisanentätigkeit bzw. der Unterstützung von Partisanen ermordet (Anm.: aus den Angaben geht nicht hervor, welchen Ethnien diese Opfer angehörten).[75] In dem kleinen Dorf Nishnij Tschegem wurden von den Nationalsozialisten beispielsweise 50, im Dorf Gundelen 41 Menschen erschossen.[76] Trotz dieser Maßnahmen der Nationalsozialisten sollte bei der Rückeroberung von Naltschik durch die Rote Armee am 4. Jänner 1943 die Unterstützung der Bevölkerung und die Partisanenbewegung wieder eine entscheidende Rolle spielen.[77]

Neben den hohen menschlichen Verlusten während der Zeit der Okkupation durch die Deutsche Wehrmacht, waren auch die Einbußen im Bereich der Volkswirtschaft beträchtlich. Auf ihrem Rückzug zerstörten die Deutschen wirtschaftliche Einrichtungen der Republik, stahlen landwirtschaftliche Gerätschaften und Waffen, und verursachten dadurch einen Schaden von rund 215 Millionen Rubel.[78]

---

[73] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 120

[74] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 120

[75] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 88

[76] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 121

[77] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 88

[78] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 121

Wie bereits erwähnt, war die Besatzungspolitik der Deutschen gegenüber der kaukasischen Bevölkerung weniger von Repressalien geprägt als dies in Bezug auf die slawische Bevölkerung der Fall war. Dass sich deshalb diese Teile der Bevölkerung der deutschen Besatzungspolitik nicht widersetzten, sondern ihre „Neuerungen", wie die Schließungen der Kolchosen und Sowchosen, die Wiedereröffnung der Gebetshäuser, etc. als zumindest nicht negatives Einschreiten in ihr Leben empfanden, kann unter Berücksichtigung der schwierigen, von Repressalien geprägten 1930er Jahre nachempfunden werden. Wie weit diese positive Resonanz der lokalen Bevölkerung ging, kann auszugsweise einem Bericht des Parteisekretärs der Provinz Kabarda Nikolai Mazin entnommen werden:

„Einige Kabardiner begrüßten die deutsche Armee… Die Sowjetbehörden [in einigen Bezirken] lösten sich schon vor Ankunft der Feinde auf… Viele Kabardiner, die in der Roten Armee kämpften, desertierten… Die Deutschen stellten die meisten Kommunisten an…[72 % jener die den Evakuierungsbefehl ignoriert hatten] für verschiedenen Arbeiten, und einige von ihnen kollaborierten aktiv mit den Deutschen… Kabardiner plünderten das Vermögen der Kolchosen und der Regierungseinrichtungen und holten sich das gesamte Vieh, das ursprünglich den Kolchosen gehörte."[79]

Nach der Rückeroberung der Kabardino-Balkarischen ASSR durch die Rote Armee im Frühjahr 1943 herrschte in dem Gebiet noch für kurze Zeit eine Art Machtvakuum, geprägt von Bandenaktivitäten und administrativem Chaos, bis die Sowjets die Kontrolle vollständig wiedererlangen konnten. Als großen Oppositionsfaktor muss hier der Widerstand der Balkaren, mit einem Bevölkerungsanteil von 13 %, berücksichtigt werden.[80]

Die deutsche Besatzung des Nordkaukasus währte tatsächlich nur wenige Monate. Während dieser kurzen Zeit blieb die besetzte Region, darunter die Kabardino-Balkarische ASSR und die autonome Provinz Karatschai, unter militärischer Verwaltung und konnte nicht der Ziviladministration des Deutschen Reiches unterstellt werden. Die Erlaubnis zur teilweisen Schließung der Kolchosen und Sowchosen wurde von der Zivilbevölkerung begrüßt, ebenso die Wiedereröffnung der Gebetshäuser und Moscheen. Besonders letztere Geste konnte ihre Wirkung bei der religiösen Bevölkerung kaum

[79] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 297

[80] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 88

verfehlen. Dennoch kam es mit Ausnahme einiger weniger lokaler Sympathisanten und den zurückkehrenden Emigranten, nicht zu einer großangelegten Kollaboration.[81]

Eine legendäre Episode, die später von der Sowjetischen Regierung als ein Beweis für die Kollaboration einiger kaukasischer Völker mit den Nationalsozialisten herangezogen wurde, sei hier noch kurz geschildert: Als Willkommensgeschenk für Adolf Hitler schickten je nachdem Tschetschenen oder Karatschaier ein weißes oder anders farbiges Pferd mit goldenem oder silbernen Sattelzeug nach Deutschland. Diese Geschichte wurde von der sowjetischen Propagandamaschinerie als Beweis für den Verrat und damit als Rechtfertigung für die spätere Bestrafung der kaukasischen Völker eifrig in Umlauf gebracht und je nach Bedarf variiert. Tschetschenen und Karatschaier bestritten jedoch seit Bekanntwerden dieser Geschichte vehement ihre Beteiligung an einem solchen Geschenk. Bei einer späteren Untersuchung von Archivmaterialien stellte sich heraus, dass tatsächlich ein Pferd – unbekannter Farbe – als Geschenk an Hitler nach Deutschland geschickt worden war, allerdings weder von Tschetschenen oder Karatschaiern, noch von Inguschen oder Balkaren, sondern von einer Gruppe Kabardinern.[82]

5.3 Hinter der Front: Tschetschenen und Inguschen

Nach den schwierigen Jahren des Bürgerkriegs und der Niederschlagung des Aufstandes unter der Führung von Said Bek 1921 wurde am 30. November 1922 das Tschetschenische Autonome Gebiet gegründet. Zwei Jahre später folgte am 7. Juli die Gründung des Inguschetischen Autonomen Gebietes. Beide Autonomen Gebiete wurden am 15. Jänner 1934 in dem Tschetscheno-Inguschischen Gebiet zusammengefasst, das am 5. Dezember 1936 den Status einer Autonomen Sozialistischen Sowjet Republik (ASSR) erhielt.[83]

Im Gegensatz zu den Karatschaiern und den Balkaren, die in ihren autonomen Republiken/autonomen Provinz jeweils nur einen kleineren Teil der Gesamtpopulation darstellten, bildeten Tschetschenen und Inguschen in ihrer ASSR die Mehrheit der Bevölkerung. Wie dem „*Kurzen Bericht über den ökonomischen und politischen Zustand der früheren Tschetscheno-Inguschetischen ASSR in der Periode von 1937 bis 1941*“[84], einem offiziellen Schriftstück, zu entnehmen ist, lebten in 24 Administrationseinheiten der

[81] Ebd., S. 74f

[82] Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005, S. 298

[83] Otto Pohl, Ethnic Cleansing in the USSR, 1937 - 1949, Westport 1999, S. 81

[84] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno vaschemu ukazaniju…“, Moskau 1995, S. 90

ASSR insgesamt 387.800 Tschetschenen und 75.000 Inguschen, und stellten damit mit 64,8 % den höchsten Bevölkerungsanteil. Außerdem lebten in der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR 205.800 Russen (mit einem Anteil von 27,8 %) und 57.000 Menschen (rund 7,4 % der Gesamtbevölkerung der ASSR), die eine andere Nationalität hatten.[85]

Als 1941 der 2. Weltkrieg auch die Sowjetunion erreichte befand sich die Tschetscheno-Inguschische ASSR nach Jahren der Unruhen, Verfolgungen und Repressionen, in einem wirtschaftlichen, sozialen und politisch desolaten Zustand. Die rigorosen Maßnahmen der dreißiger Jahre, wie Zwangskollektivierung, Beschränkungen in der Religionsausübung, Aufhebung traditioneller Lebensweisen, hatten in der muslimischen Bevölkerung zu wachsendem Unmut gegen den sowjetischen Machtapparat geführt.
Als der Krieg gegen Hitlerdeutschland losbrach und die sowjetische Führung zur Verteidigung des Vaterlandes zu den Waffen rief, meldeten sich jedoch zahlreiche Freiwillige aus der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR. M. Sawtschenko, Sekretär des Kurtschalojew des Bezirkskomitees der kommunistischen Partei schreibt in diesem Zusammenhang an den Sekretär des Obkom Ch. I. Isajew: *„Es fanden sich viele Wehrpflichtige unter den Tschetschenen, die eine Erklärung einreichten und freiwillig zur Roten Armee gingen, um ihren Willen zu bezeugen, mit der Waffe in der Hand das Vaterland verteidigen zu wollen.“*[86]
Zwischen 1942 und 1943 wurden in der Tschetscheno-Inguschischen ASSR 1476 wehrfähige Männer rekrutiert, im gesamten Kriegsverlauf meldeten sich rund 5.000 Freiwillige, um an der Front zu kämpfen.[87]

Zwei Freiwilligendivisionen wurden in der Tschetscheno-Inguschischen Republik gebildet, wovon eine direkt an den Kampfhandlungen teilnehmen und die zweite als Reserve dienen sollte. Wahrscheinlich wurde aufgrund von Erfahrungswerten der sowjetischen Führung aus den Zeiten des Bürgerkriegs und den 1930er Jahren jedoch die Bildung von rein tschetschenischen und inguschischen Einheiten nicht bewilligt. Stattdessen sollten Tschetschenen und Inguschen auf verschiedene Truppenteile aufgeteilt werden. Problematisch gestaltete sich hierbei allerdings die Kommunikation innerhalb der Einheiten und mit Vorgesetzten, denn viele Tschetschenen und Inguschen verstanden die russische Sprache nur unzureichend oder gar nicht. Außerdem waren die

[85] Nikolai F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno vaschemu ukazaniju…“, Moskau 1995, S. 90

[86] Nikolai F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo nardo, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990, S. 37

[87] Ebd., S. 37

muslimischen Inguschen und Tschetschenen gezwungen, dasselbe Essen einzunehmen wie alle anderen Soldaten der Roten Armee auch. Der Großteil der Essensrationen bestand jedoch aus Schweinefleisch. Dieses scheinbar unwesentliche Detail war mitunter hauptverantwortlich für die kurz nach Kriegsbeginn einsetzenden Massendesertationen.[88]
Was die Desertationen während des Kriegsverlaufes betrifft, zeigte sich zwar deutlich, dass es auch unter den in der Roten Armee dienenden Russen, Ukrainern, u.a. zu Desertationen kam, allerdings war der Anteil der aus dem Nordkaukasus stammenden Soldaten überproportional hoch. Von Juli bis April 1942 verließen mehr als 1.500 tschetschenische und inguschische Soldaten unerlaubt ihren Dienst. Von rund 1.666.891 Soldaten, die zwischen 1941 und 1944 desertierten oder dem Einberufungsbefehl nicht nachkamen, stammten etwa 62.751 aus dem Gebiet des Nordkaukasus.[89]

Die sowjetische Regierung sah sich veranlasst, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, und gab schließlich die Order, Tschetschenen und Inguschen vorerst nicht mehr in der Roten Armee aufzunehmen und bereits Dienende vom Dienst zu entlassen. Erst auf Intervention von einigen hochrangigen Militärs bei der sowjetischen Führung wurde die Zulassung von freiwilligen Tschetschenen und Inguschen in militärischen Formationen gestattet. Die zwei Divisionen von Freiwilligen aus der Tschetscheno-Inguschischen ASSR, von denen eine die Truppen der südlichen Front unterstützte, waren jedoch de facto nicht als Teile der Roten Armee anerkannt und bildeten somit „Wilde Divisionen“. Ihre Ausrüstung, Uniformen und Waffen, wurde nicht von der Roten Armee sondern von der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR zur Verfügung gestellt, die außerdem auch für ihre Verpflegung aufkommen musste. Wie Avtorkhanov berichtet, war die Ausstattung dieser Soldaten in der Regel zumindest mangelhaft: die meisten waren lediglich mit Schwertern, einige mit alten Gewehren bewaffnet und viele mussten aus Mangel an ordentlichem Schuhwerk barfuss gehen.[90]
Anfang August 1942 brach die südliche Front der Roten Armee weitestgehend zusammen und die Deutsche Wehrmacht erreichte die Grenzregion der Tschetscheno-Inguschischen ASSR. Viele der Soldaten aus der Wilden Division kamen dabei ums Leben, einige gerieten in Gefangenschaft, andere schafften gemeinsam mit den Soldaten der Roten Armee den Rückzug vor den Deutschen.

[88] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 179f

[89] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 82

[90] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 180

Obwohl nur wenige Tschetschenen und Inguschen an den Kampfhandlungen beteiligt waren, wurde ihnen später die Schuld für die Niederlage der südlichen Truppen zugeschoben. 18 Monate nach der Niederlage an der südlichen Front sollte das gesamte Volk der *vajnachi* für ihre Schuld gegen das Vaterland bestraft werden.[91]

Trotz des verschärften Vorgehens von NKWD und lokalen Behörden gegen „Bandenaktivitäten" und Guerillagruppen in den 1930er Jahren, stellten diese noch zu Kriegsbeginn einen konstanten Unsicherheitsfaktor für die Sowjetherrschaft dar. Vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR erlebte der Widerstand in den Gebieten Tschetscheno-Inguschetiens neuen Aufwind. N. F. Bugaj beschreibt dazu in seinem Beitrag „Die Wahrheit über die Deportationen" für die Zeitschrift "*Voprosy Istorii*" anhand verschiedener Aspekte und Entwicklungen mögliche Umstände, die bei der Begründung für das vermehrte Auftreten von Bandenaktivitäten berücksichtigt werden müssen.
Im Bereich der politischen Begründung kann zum einen ein verhältnismäßig langsamer „Demokratisierungsprozess" nach Revolution und Bürgerkrieg in den Gebieten des Nordkaukasus festgestellt werden. Die Verteilung der Macht wurde nach den stürmischen 1920er Jahren nur mäßig vorangetrieben und blieb unter der Oberherrschaft von Spezialbehörden. Der Nordkaukasus stand also zu einem Zeitpunkt, da man in der restlichen Union bereits mit dem Aufbau einer funktionierenden Zivilverwaltung begonnen hatte, noch für längere Zeit unter einer quasi militärischen Verwaltung. Die Funktion der Räte der Arbeiter und Bauern als Machtorgane der „arbeitenden Massen" übernahm ein allmählich erstarkter lokaler Parteiapparat, dem allerdings verschwindend wenige Tschetschenen und Inguschen angehörten. Zum anderen wirkte sich der in den dreißiger Jahren einsetzende Zentralisierungsprozess negativ auf das Verhältnis zwischen Staat und Völkerschaft aus. Die Maßnahmen der Regierung zur schrittweisen Entmündigung und Enteignung der schon in Zarenzeiten unterdrückten Völker führte dann zu einem weitern Vertrauensverlust. Auf Grund der von der Regierung diagnostizierten kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit wurde den „arbeitenden Massen" im Nordkaukasus die „volle Ausschöpfung" ihrer Rechte verwehrt, obwohl von Seiten der Regierung der Prozess zur Verwirklichung der nationalen Gleichheit für abgeschlossen erklärt worden war.[92]

[91] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 180

[92] Nikolai F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo nardo, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990, S. 34

Die überwiegende Mehrheit der Tschetschenen und Inguschen lebte in den ländlichen Gebieten ihrer Republik und bestritt ihren Lebensunterhalt mit Getreideanbau und -verarbeitung, Vieh- und Weidewirtschaft. In den wenigen urbanen Zentren von Tschetscheno-Inguschetien, in denen langsam eine eigene Industrie heranwuchs, lebten fast ausschließlich Russen.
Die Entwicklungen der Wirtschaft und die radikale Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik Anfang der dreißiger Jahre war sicherlich der Hauptfaktor für das schlechte Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft stellte einen massiven Eingriff in die traditionelle Wirtschafts- und Lebensweise der Tschetschenen und Inguschen dar. Wie auch in anderen Regionen der Union wurde die Kollektivierung nicht schrittweise und in Kooperation mit den Bauern, sondern durch administrativen Terror und Gewaltmaßnahmen vorangetrieben. Die Bereitschaft von Bevölkerungsteilen zum aktiven Widerstand wuchs unter diesen Voraussetzungen enorm.
Noch schwieriger gestaltete sich die Situation in den Gebirgsregionen der Republik, wo die Bevölkerung nicht wie in den Ebenen in kompakten Siedlungen, sonder weit verstreut lebte. In diesen Regionen hatte sich über Jahrhunderte hinweg die Weidewirtschaft halbnomadischen Typs als optimale Form für die Nutzung der geographischen Gegebenheiten und der natürlichen Ressourcen entwickelt. Nach dem Willen der Regierung sollte auch damit Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre Schluss sein. Diese Wirtschaftsform wurde als „reaktionär“ eingestuft und an ihrer Stelle sollte die Landwirtschaft bäuerlichen – also sesshaften – Typs durchgesetzt werden.[93]

Neben den Versäumnissen bei der politischen Arbeit und der Achtlosigkeit, mit der man die neue Wirtschaftspolitik gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen versuchte, zeigten sich auch sowohl im Bereich der Verbreitung ideologischer Grundsätze als auch im Bereich Soziales beachtliche Missstände.
Größere Teile der Bevölkerung des Nordkaukasus, besonders der indigenen Bevölkerung, waren politische Analphabeten, die mit dem in der Propaganda verbreiteten politischen Gedankengut nichts oder nur sehr wenig anzufangen wussten. Obwohl man versuchte, die ideologische Arbeit zu fördern und auszudehnen, blieben Teile der Bevölkerung, allen voran Frauen und Mädchen dafür schwer erreichbar. In den ersten 20 Jahren der Sowjetherrschaft hatte sich vor allem ihre Lebenswelt kaum gewandelt und ihre Hauptaufgaben lagen weiterhin in den Bereichen Familie, Kinder und Haushalt.

[93] Nikolai F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo nardo, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990, S. 34

Die propagierten Versprechen der „freien kulturellen Entfaltungsmöglichkeit“ waren angesichts des Vorgehens der Behörden gegen kulturelle und religiöse Einrichtungen nicht ansatzweise glaubhaft. Besonders die Vorgehensweise in Bezug auf religiöse Institutionen – Schließen von Moscheen, Glaubenshäusern und Koranschulen - und die Ignoranz gegenüber muslimischen Traditionen – Einrichtung von Schweinefarmen – schürten den Groll der Bevölkerung und begünstigten ein Klima des Widerstands.

In den ersten 20 Jahren der sowjetischen Herrschaft blieben Guerillabewegungen und „Bandentätigkeiten“ eine konstante Bedrohung. Vor dem Hintergrund des Krieges mit Hitlerdeutschland erlangten die Aktivitäten von Rebellengruppen einen neuen Aufschwung.
Im Gegensatz zu den Anführern früherer Generationen, die wie Imam Schamil oder Said Bek ihre Motivation aus einer stark religiös geprägten Umgebung zogen, entstammten die Köpfe späterer Bewegungen, wie Chasan Israilow und Mairbek Sheripow, einem intellektuellen Umfeld. Sie hatten ihre umfassende Bildung bereits an sowjetischen Schulen und Universitäten erhalten.
Chasan Israilov, geboren 1910 in Nashkoi in der Region Galantschosh, war Schriftsteller, und seit 1929 Mitglied der KPdSU. Er beteiligte sich trotz seiner Mitgliedschaft in der Partei nicht aktiv am politischen Geschehen, kritisierte jedoch in seinen Schriften politische und wirtschaftliche Missstände und Versäumnisse. Den Tenor seiner Artikel bildete die Kritik an der Ausbeutung Tschetscheniens durch die lokale Sowjet- und Parteiführung sowie die Fehldeutung von Gesetzen und Bestimmungen durch den administrativen Apparat. 1931 wurde er verhaftet und zu 10 jähriger Haft für „Konterrevolutionäre Tätigkeiten und Unterhaltung von Beziehungen zu Banden“ verurteilt. Nachdem sich einige seiner Anschuldigungen gegen Parteifunktionäre als wahr herausgestellt hatten, wurde Israilow nach nur drei Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen und voll rehabilitiert wieder in die Partei aufgenommen. Noch im Jahr der Freilassung 1934 ging er nach Moskau, um ein Studium zu absolvieren.
In seiner Zeit in Moskau begann Israilow aktiv an der Politik seines Landes teilzunehmen. Gemeinsam mit anderen Tschetschenen und Inguschen schrieb er eine Erklärung an die sowjetischen Machthaber mit der Mahnung, dass „*falls die Regierung an ihrer Politik festhielte, das unvermeidliche Ergebnis ein allumfassender Aufstand*“[94] sein würde. Israilow und seine Mitstreiter forderten eine grundlegende Änderung der politischen Linie, sowie die Absetzung des ersten Sekretärs des Regionalen Parteikomitees Jegorow und des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Rajew. Das Schreiben wurde von der

[94] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 182

Sowjetregierung in Moskau an die lokalen Autoritäten Tschetscheno-Inguschetiens weitergeleitet. Israilow wurde ein weiteres Mal verhaftet und abermals zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Als 1939 jedoch sowohl Rajew als auch Jegorow als Feinde des Volkes festgenommen wurden, entließ man Israilow vorzeitig aus seiner Haftstrafe.

Jegorows Nachfolger als erster Sekretär des Regionalen Parteikomitees Bykow wandte sich 1940 nach seiner Freilassung an Israilow und unterbreitete ihm den Vorschlag, um Wiederaufnahme in der Partei zu bitten. Israilow bat sich Bedenkzeit aus und sandte, bereits untergetaucht, eine Woche später an den Obkom folgende Antwort:

„Bereits 20 Jahre lang kämpfen nun die sowjetischen Autoritäten gegen mein Volk, mit der Absicht es Gruppe für Gruppe zu zerstören: zuerst die Kulaken, dann die Mullahs und die „Banditen", und dann die Bourgeois-Nationalisten. Ich bin mir nun darüber im Klaren, dass das wirkliche Ziel dieses Krieges die Vernichtung unserer Nation als Ganzes ist. Das ist der Grund, weshalb ich beschlossen habe, die Führung meines Volkes im Kampf für die Befreiung zu übernehmen. […] Ich verstehe nur zu gut, dass es für Tschetscheno-Inguschetien – tatsächlich für den gesamten Kaukasus – schwer werden wird, sich vom Joch des Roten Imperialismus zu befreien. Aber ein leidenschaftlicher Glaube an die Gerechtigkeit und die Hoffnung, dass die freiheitsliebenden Menschen des Kaukasus und der ganzen Welt uns zu Hilfe eilen werden, ermutigt mich in diesem Unterfangen, welches ihr als tollkühn und sinnlos betrachten werdet, welches für mich aber der einzig mögliche Weg scheint. Die tapferen Finnen haben bewiesen, dass diesem großen, auf Sklaverei aufgebauten Imperium die Kraft fehlt, wenn es mit einer kleinen freiheitsliebenden Nation konfrontiert wird. Der Kaukasus wird ein zweites Finnland sein und unserem Beispiel werden andere unterdrückte Nationen folgen."[95]

Der Anhängerkreis um Israilow dehnte sich rasch aus und Anfang Februar 1940 waren die Gebiete Galantschosh, Saysan, Tschaberlo und Teile der Shato Region unter ihrer Kontrolle. Mit, von ehemaligen Strafkommandos eroberten Waffen, gelang es den Aufständischen erste Teile in den Berggebieten zu erobern. In Galantschosh wurde ein Nationalkongress eingerichtet und gleichzeitig die Gründung einer provisorischen populär-revolutionären Regierung von Tschetscheno-Inguschetien unter der Führung von Israilow ausgerufen. Chasan Israilow setzte in seinem Kampf gegen die sowjetischen Machthaber einerseits auf die Unterstützung anderer kaukasischer Völker, sobald sich ein gewisser Erfolg eingestellt hatte und andererseits darauf, dass Stalin seine Position im Laufe des nach Ausbruch des Aufstandes begonnenen Krieges mit Deutschland nicht würde halten können.

[95] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 182

Israilows Gruppen waren vor und zu Beginn des 2. Weltkrieges durchaus erfolgreich. 1942, als die Deutsche Wehrmacht bereits bis auf 500 km an Tschetscheno-Inguschetien herangerückt war, konnte Mairbek Sheripow, der die Aufstände in Shato und Itum-Kali angeführt hatte, sich den Gruppen Israilows anschließen. Die unter Israilow, Sheripow und anderen vereinigten aufständischen Einheiten sahen sich mit der Möglichkeit einer Besetzung von Tschetscheno-Inguschetien durch deutsche Truppen konfrontiert. Israilow und Sheripow veröffentlichten deshalb im Juni 1942 einen Aufruf an die deutsche Führung, dass das Tschetscheno-Inguschische Volk die Deutschen nur dann als Gäste anerkennen würde, wenn diese im Gegenzug die völlige Unabhängigkeit von Tschetscheno-Inguschetien anerkennen würden. Gegen Ende des Jahres sandte das Nordkaukasische Nationalkomitee eine weitere Deklaration an das Ostministerium mit der Ankündigung, dass *„falls die „Befreiung" des Kaukasus nur den Austausch einer Kolonialmacht gegen eine andere bedeute, die Kaukasier dies lediglich als eine weitere Stufe im nationalen Befreiungskrieg betrachten werden."*[96]

Für die sowjetische Führung hatte die Bekämpfung des Aufstandes in der ohnehin unruhigen und unsicheren Kaukasus Region hohe Priorität. Während der Dauer des Aufstandes wurden verstärkt militärische Einheiten, Bodentruppen in den Gebirgsregionen stationiert. Dazu wurden von den Luftstreitkräften im Frühling 1942 zwei massive Angriffe auf die Gebiete Shato, Itum-Kali und Galantschosh geflogen. Hier wird deutlich, wie wichtig die Niederschlagung des Aufstandes für die sowjetische Führung gewesen sein muss, denn im Vergleich kam in den ersten beiden Kriegsjahren 1941 und 1942 die sowjetische Luftwaffe an der Kriegsfront nicht zum Einsatz.[97]
Über die Tätigkeiten der Rebellengruppen und die von Seiten der Behörden ergriffenen Maßnahmen gibt außerdem die in diesem Zusammenhang entstandene Berichterstattung regionaler Behörden und Funktionäre an Berija Auskunft. Die folgenden beiden Auszüge zeigen sehr deutlich, wie gut einerseits die Behörden über die Tätigkeiten der Rebellen und die Mitglieder der Gruppe informiert waren und veranschaulichen andererseits das gut funktionierende Netzwerk innerhalb Aufständischen:

Aus schriftlichen Materialien des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der Georgischen SSR (…) an L. Beria
18. September 1943

[96] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 182
[97] Ebd., S. 183

Über die Bandenaktivitäten tschetscheno-inguschischer Gruppen in Chewsuretia und Gornaja Tuschetia.
…Ch. Israilow (Terloew) wurde im Jahr 1933 zur Ausbildung (…) nach Moskau beordert…im Jahr 1935 wurde er zu einer fünfjährigen Haftstrafe in einem Besserungs- und Arbeitslager verurteilt. Im Jahr 1937 kam er aus Sibirien zurück…Terloew bildete eine Kampfgruppe im Bezirk Galantschosh, sowie eine Bande im Bezirk Itum-Kali (…). Ebenso wurden Gruppen in Borsoj, Charsinov, Dagi-Borzoi, und anderen Gebieten gebildet.
Im Jahr 1941 bereitete er einen Aufstand vor, schrieb das „Programm zur Verbesserung der Organisation Tschetscheno-Inguschetiens". Terleow setzte Stabsleiter ein. Zum 10.XI. 1941 führte Terloev 41 Zusammenkünfte illegaler Organisationen in 41 antisowjetisch gestimmten Auls durch. 5000 Personen legten den Eid auf die/den „OPKB" ab. Die Bevollmächtigten wurden in andere benachbarte Republiken entsandt."[98]

„An den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Union der SSR
Genossen Beria L. P.
Februar 1944
Schriftlicher Bericht
Bekanntgabe die agentischen Angelegenheiten betreffend, dass Dshawatschan Murtasaliew mit Hilfe seines Bruders Ajub und seines Sohnes Chas-Magomed, Israilow Chasan verbirgt, wir stellten am 13. Februar Dshawatschan und Ajub Murtasaliew heimlich unter Arrest.
Im Laufe der Verhöre machte Ajub M. die Aussage, dass Chasan sich in einer Höhle des Berges Batschu-Tschu, Dorfsowjet Dsumsoev, Rayon Itum-Kali, verbirgt.
In der Nacht von 14. auf 15. Februar wurde die Höhle, die uns von Ajub M. gezeigt worden war, von der operativen Gruppe unter der Leitung von Gen. Zereteli umzingelt und durchsucht.
Israilov Chasan war nicht dort.
Bei der Durchsuchung der Höhle wurden ein gut erhaltenes Maschinen Gewehr „Degtjareva" und 3 Batterien dafür gefunden, des weiteren ein englisches 10-ladiges Gewehr, ein iranisches Gewehr, ein russisches 3-läufiges Gewehr in gutem Zustand, 205 Stück Gewehrpatronen und Originalaufzeichnungen von Israilow Ch. über seine aufständischen Tätigkeiten (…).
In diesem Schreiben fand sich eine Liste von aufständischen Organisationen NSPKB [OPKB – N.B.], die verteilt über 20 Auls in den Rayons Itum-Kali, Galantschosh, Schatoewsk und Prigorod der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR, gesamt 540 Personen zählen, 35 Listen mit Mitgliedern der faschistischen Organisation „Kaukasische Adler" und einen Plan, den

[98] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 38 – S. 39

Israilov von deutschen Fallschirmspringern erhalten hat, mit Berechnungen zum Verkehr und der Tätigkeit deutscher Fallschirmspringer, die im Zeitraum zwischen 1942 und 1943 auf dem Territorium der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR abgesprungen waren.
Obwohl die Karte auf Deutsch verfasst ist, sind hervorgehobene Punkte erkennbar, die verteilt auf das Territorium der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR und der Georgischen SSR besiedelte Regionen erkennen lassen, in welchen sich die aufständischen Organisationen des NSPKBP befinden.
Isarilow Ch. wurde nicht in der Höhle gefunden. Wir forderten Ajub M. auf uns zu zeigen, wo Israilow Ch. seine Höhle verlassen könnte. Nachdem kurz Druck auf Ajub M. ausgeübt worden war, erzählte er, dass Chasan von Chas-Magomed, dem Sohn von Dshawatschan M. in eine andere Höhle fortgeführt worden war.
Am 15. Februar gelang uns die Festnahme Chas-Magomed M., der in Itum-Kalinsk zum Verhör durch Genossen Zereteli geführt wurde.
Die beschlagnahmten Listen der Beteiligten werden an die operativen Bevollmächtigten in den entsprechenden Rayons versandt.
I. Serow"[99]

Die Aufstandsbewegung unter Chasan Israilow beziehungsweise die Konsolidierung der Kräfte zum Kampf gegen die sowjetische Behörden begann bereits im Laufe des Jahres 1940. Der Beginn des Aufstandes fällt also in einen Zeitraum, als der am 23./24. August 1939 von Molotov und Ribbentrop unterzeichnete Nichtangriffs-Pakt zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland noch in Kraft war. Obwohl die Aufständischen auch nach der abrupten Beendigung des Vertrags durch Deutschland 1941 weitere Aktionen gegen die sowjetischen Machthaber unternahmen, kann also nur schwerlich von Kollaboration die Rede sein. Das erklärte Ziel Israilows war die Wiederherstellung eines unabhängigen Kaukasus, unabhängig also sowohl vom Einfluss der Sowjetunion als auch von einer „Protektion" Hitlerdeutschlands. Israilov macht dies in seinem Aufruf klar, wenn er schreibt, dass man eine deutsche Besatzung lediglich als eine Art Interregnum akzeptieren würde. Den sowjetischen Berichten ist zwar zu entnehmen, dass es zwischen den Aufständischen und den Deutschen zu Kollaboration kam, doch diese "Kollaboration" verfolgte eher den Zweck, für nötigen Nachschub (mglw. Waffen) zu sorgen, nicht aber der Deutschen Wehrmacht den Weg zum Sieg gegen die Sowjetunion zu ebenen. Ende 1943 verebbte die Aufstandsbewegung langsam. Was genau mit Israilow geschah, ist nicht bekannt, allerdings gibt es Vermutungen, dass es ihm gelang lange Zeit unterzutauchen, und so nie von den Behörden geschnappt werden konnte.

[99] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 45 – S. 46

6. Die Deportationen

6.1 Karatschaier

„Das Präsidium des Obersten Sowjets der SSSR beschließt: Alle Karatschaier, die auf dem Territorium des Gebietes leben, sind in andere Gebiete der SSSR umzusiedeln, das Autonome Gebiet Karatschai ist zu liquidieren…"

(aus dem Erlass *des Präsidiums des Obersten Sowjets der SSSR Nr. 115-136 vom 12. Oktober 1943, Resolution des SNK SSSR Nr. 1118 – 342ss vom 14. Oktober 1943 („Fragen des NKWD SSSR) über die Aussiedelung der Karatschaier aus dem Karatschai AO in die Kasachische und Kirgisische SSR* zitiert nach N. F. Bugaj: L. Berija – I. Stalinu:"Sglasno Vašemu Ukazaniju….", S. 62, Moskau 1995)

Nach dem Rückzug der deutschen Wehrmacht aus dem Autonomen Gebiet Karatschai im Jänner 1943 wurden von Seiten der Sowjetbehörden Maßnahmen ergriffen, um die Situation im Gebiet zu stabilisieren, vorherrschende Spannungen abzubauen und die alte Ordnung wieder herzustellen. Iwan A. Serow wurde vom NKWD der UdSSR mit dieser Aufgabe betraut und in das Gebiet Karatschai entsandt. Unter seiner Leitung fand eine Reihe von Konferenzen statt, deren Ergebnis der Beschluss zur Ergreifung operativer Maßnahmen gegen „terroristische Gruppen" und „Bandenaktivitäten" war. Nach den Berichten aus dem Gebiet wurden 1943 insgesamt 870 aktive Mitglieder organisierter Banden und 479 „terroristische" Einzelkämpfer festgestellt. Außerdem zählten die Behörden im ersten Quartal 1943 5.953 Personen, die unerlaubterweise den Dienst an der Waffe niedergelegt hatten und 7.238 Wehrdienstverweigerer, sowie 18 Personen, die mit den Deutschen sympathisiert hatten und 17 „Saboteure".[100]

Von den Organen der Zentralregierung wurde die Entwicklung im Gebiet Karatschai genau verfolgt. Basierend auf den Berichten lokaler Behörden, deren Wahrheitsgehalt jedoch in Frage gestellt werden kann, wurde mit der Ausarbeitung von Gegenmaßnahmen begonnen. Das Ergebnis, festgehalten in der Direktive Nr. 52-6927 des NKWD vom 15. April 1943, war der Beschluss zur zwangsweisen Aussiedelung der Familien von „Bandenanführern" und aller aktiven Mitglieder von „Banden". Am 9. August desselben Jahres wurden 110 Familien, insgesamt 472 Personen, aus dem Gebiet Karatschai zwangsausgesiedelt. Zwei Monate später, am 12. Oktober 1943, erging ein Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der SSSR mit dem Titel „Über die Liquidierung des Autonomen Gebietes Karatschai und die administrative Organisation des Territoriums" in dem den Karatschaiern folgendes zur Last gelegt wird:[101]

[100] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 60f

[101] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 61 – S. 62

„Im Zusammenhang mit diesem Gegenstand, wurden viele Karatschaier in der Periode der Okkupation des Territoriums des Autonomen Gebietes Karatschai durch die deutschen-faschistischen Eindringlinge zu Verrätern, wechselten in Organisationen der deutschen Truppen zum Kampf gegen die Sowjetmacht über, lieferten redliche sowjetische Bürger den Deutschen aus, (…) wiesen den deutschen Truppen den Weg, und wirkten nach der Vertreibung der Okkupatoren den eingeleiteten Maßnahmen der Sowjetmacht entgegen, verbargen Feinde und zurückgelassene deutsche Agenten vor den staatlichen Organen, boten ihnen Hilfe an. (…)"[102]

Aus den eben angeführten Gründen seien *„alle Karatschaier, die auf dem Territorium des Gebietes leben, in andere Gebiete der SSSR umzusiedeln"*[103], gleichzeitig erging der Beschluss das Autonome Gebiet Karatschai aufzulösen und Teile des ehemaligen Territoriums, die Bezirke Mikojan und Utschku-Lanskii, in die SSR Georgien einzugliedern. Die Planung zur Durchführung der Deportation der Karatschaier wurde von der Abteilung für Spezialsiedlungen des NKWD der UdSSR vorbereitet. Ausgehend von der Annahme, dass 62.842 Karatschaier, davon rund 37.249 Erwachsene, dem Aussiedlungsbefehl unterliegen, wurde ein erster Plan ausgearbeitet, in dem vorgesehen war, einen Teil der karatschaiischen Bevölkerung in das Gebiet Frunse zu deportieren. Später wurde dieser Plan korrigiert und folgende Aufteilung der karatschaiischen Bevölkerung beschlossen: insgesamt 26.432 Personen sollten in die Kirgisische SSR und 35.491 Karatschaier in die SSR Kasachstan deportiert werden; kleinere Kontingente sollten nach Tadschikistan, in das Gebiet Irkutsk, in den Fernen Osten und andere entlegene Regionen gebracht werden. Wie aus einem Bericht vom 6. Februar 1944 - also knapp drei Monate nachdem man den größten Teil der karatschaiischen Bevölkerung bereits deportiert hatte - ersichtlich weichen die Zahlenangaben zur karatschaiischen Bevölkerung jedoch nicht unerheblich von jenen aus der Planungs- und Vorbereitungsphase ab. In dem Bericht ist die Rede davon, dass im November 1943 insgesamt 68.938 Karatschaier aus ihrem autonomen Gebiet deportiert wurden. Dazu wird angeführt, dass nach der Aussiedelung des „Hauptkontingents" weitere 329 Karatschaier aus der Region Stavropol vom UNKWD ausfindig gemacht und ebenfalls in die Spezialsiedlungen gebracht wurden. Entgegen der 62.842 angegebenen Personen in den Dokumenten, die in der Planungsphase entstanden, wurden insgesamt 69.267 Karatschaier aus dem Autonomen Gebiet Karatschai, sowie aus anderen Gebieten der Sowjetunion deportiert. Die Karatschaier wurden, wie alle anderen Völker, denen ein ähnliches Schicksal zu Teil wurde, in Viehwagons zu den Plätzen ihrer Neuansiedlung gebracht. Die Umsiedlungen wurden ohne Verpflegung von außen, Versorgung mit Medikamenten und unter unvorstellbaren sanitären Zuständen durchgeführt. Über die Dauer

[102] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 61 – S. 62

[103] Ebd. S. 62

des Transports der Karatschaier nach Kasachstan und Kirgisien finden sich in den für diese Arbeit verwendeten Dokumenten keine Angaben.

Es kann aber angenommen werden, dass der Transport, in Anlehnung an die Daten zur Deportation der Tschetschenen und Inguschen, in einem ähnlichen Zeitrahmen, der durchschnittlich 16 Tage betrug, stattfand.[104]

Viele Karatschaier, vor allem Kinder und ältere Menschen, starben auf Grund der Umstände bereits auf dem Weg zu den Orten ihrer Neuansiedelung. Wie viele Opfer der Transport forderte, kann rückblickend nur geschätzt werden, da auch hierzu die zugänglichen Quellen keine Auskunft geben.

Nach ihrem Transport wurden die karatschaiischen „Spezialumsiedler" auf die vorher festgelegten Zielgebiete aufgeteilt, wobei etwa zwei Drittel in der Kasachischen SSR neuangesiedelt wurden. Gemäß einem Schreiben vom 26. Jänner 1944 an Tschernyschow, lebten zu diesem Zeitpunkt 12.543 karatschaiische Familien (insgesamt 45.501 Personen) in der Kasachischen SSR, aufgeteilt auf die Gebiete Dschambul und Südkasachstan.[105] Bei der Aufteilung der Spezialumsiedler wurde von Seiten der Behörden aus nicht angeführten Gründen oftmals nicht auf den Erhalt von bestehenden Familienstrukturen geachtet:

„[…] In allen Gebieten der Kasachischen und Kirgisischen SSR erhalten die Gebietsabteilungen und Kommandanturen des NKWD viele Anfragen im Zusammenhang mit der Suche nach Familienmitgliedern und ihrer Zusammenführung. Allein im Gebiet Dshambul gingen mehr als 2000 solcher Gesuche ein. […]"[106]

Über die Lage kurz nach der Ankunft der Spezialumsiedler in Kasachstan und Kirgisien gibt ein Auszug aus demselben Dokument, ein Bericht vom Dezember 1943 Auskunft. Die Situation wird demzufolge von den lokalen Behörden, NKWD der Kirgisischen SSR und dem UNKWD der Gebiete Dschambul und Südkasachstan der Kasachischen SSR als „anhaltend ruhig" bezeichnet. *„(…) Weder auf Seiten der Karatschaier noch auf Seiten der lokalen Bevölkerung kam es in der vergangenen Zeit zu Ausschreitungen. Im wesentlichen Teil der Kolchosen und ebenso der Sowchosen wurde der arbeitsfähige Teil der Karatschaier in die Betriebsarbeiten, zum Einsammeln von Baumwolle, zur Rübenernte und zu Säuberungen von Bewässerungssystemen, miteinbezogen. (…) Unter der lokalen Bevölkerung in der Kasachischen und Kirgisischen Republik konnte keine durch die Ansiedlung der Karatschaier hervorgerufene, antisowjetische Stimmung festgestellt werden. In einigen Siedlungspunkten*

[104] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 61 – S. 62

[105] Ebd., S. 62 – S. 63

[106] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii: Ich nado deportirovat. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 96

wurden auf Seiten der lokalen Bevölkerung Mitgefühlsbekundungen gegenüber den Karatschaiern festgestellt.“[107]

Unter den Karatschaiern sei es vereinzelt zu Unmutsbekundungen und "antisowjetischen Bemerkungen" im Zusammenhang mit ihrer Deportation gekommen. In dem Dokument wird dazu angegeben, dass "*sie [Anm. die Karatschaier] es nicht bereuten, den Deutschen geholfen zu haben, denn unter ihnen hätte man besser gelebt als jetzt.*" Befremdlich wirkt hingegen die Anmerkung in dem Bericht, dass sich unter den Spezialsiedlern auch positive Stimmung bemerkbar gemacht habe, die sich in Zufriedenheitsbekundungen der Spezialumsiedler über ihre Deportation nach Kasachstan äußerte. Demnach unterscheide "*sich Kasachstan nicht vom Kaukasus, es gebe viel gute Erde, Grün, Wasser, Sonne und Berge*"[108].

Von Anfang an zeigten sich bei der Versorgung der Spezialumsiedler mit Lebensmitteln und Wohnraum mit Engpässen verbundene Schwierigkeiten. Bereits im ersten Monat nach der Deportation, also im Dezember 1943, suchten viele Spezialsiedler bei den Behörden auf Bezirksebene um Hilfe bei der Lebensmittelversorgung an.[109] Die Situation hinsichtlich der Unterbringung der Spezialsiedler wird in einem weiteren Dokument, ein Bericht "Über die Arbeits- und Wirtschaftsorganisation und den politisch-moralischen Zustand der karatschaiischen Spezialumsiedler", vage und schönfärbend geschildert:

"(…) Die Spezialumsiedler, angesiedelt in den Kolchosen, sind im Wesentlichen zufriedenstellend mit Wohnraum versorgt. In einigen Fällen, in den Sowchosen und in den Unternehmen, steht es mit der Versorgung mit Wohnraum schlechter (…)".[110] Zweifellos lässt diese kurze Darstellung viel Platz für Interpretationen. Was „schlechtere Versorgung mit Wohnraum“ bedeutet, kann annäherungsweise aus anderen Berichten, die im Zusammenhang mit den Deportationen der Tschetschenen-Inguschen und Balkaren später entstanden, beschrieben werden. Im Gebiet Frunse beispielsweise standen für insgesamt 8.950 Familien von Spezialumsiedlern nur 1.675 Räume zur Verfügung; dies entspricht einer Aufteilung von einem Raum für etwa fünf Familien.[111]

[107] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii: Ich nado deportirovat. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 96

[108] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii: Ich nado deportirovat. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 96

[109] Ebd. S. 96

[110] Ebd. S. 97

[111] Ben Fowkes, Russia and Chechnia. The permanent crisis, Basingstoke 1998, S. 78

Die Deportation des Großteils der karatschaiischen Bevölkerung – dies betraf jene, die im Gebiet Karatschai oder in benachbarten Regionen lebten - war innerhalb weniger Tage „abgeschlossen". Insgesamt dauerte die Aktion aber wesentlich länger. Im Laufe des Jahres 1944 wurden nach und nach alle Karatschaier, die zum Beispiel in der Roten Armee dienten, an der Front im Einsatz waren oder aber in Regionen außerhalb des Nordkaukasus lebten, ebenfalls zwangsumgesiedelt. Gemäß der Weisung Nr. 0741 des GKO vom 3. März 1944 sollten beispielsweise die zurückgekehrten Soldaten, weder mit Nahrungsmitteln noch mit Kleidung versorgt, deportiert werden.[112]

Diejenigen Karatschaier, denen es gelungen war rechtzeitig vor ihrer Deportation unterzutauchen, oder denen es gelang aus den Spezialsiedlungen zurück in ihre Heimat zu fliehen, wurden noch lange nach der „eigentlichen" Aktion im November 1943 verfolgt.[113]

Am 15. April 1944 erging eine Mitteilung an Lawrenti Beria, in der es heißt, dass in den benachbarten Territorien des ehemaligen Gebietes Karatschai Karatschaier ausgemacht wurden. Die Umsiedelung der insgesamt 90 Personen umfassenden Gruppe (darunter 25 aus dem Gebiet Rostov am Don, 18 aus Aserbaidschan, 15 aus Dagestan) wurde für 5. bis 10. Mai 1944 angesetzt und durchgeführt.[114]

In den Spezialsiedlungen wurden die Karatschaier, wie in dem weiter oben zitierten Auszug aus einem Dokument vom Dezember 1943 bereits erwähnt, zu den Arbeiten in den Kolchosen, in Dorfwirtschaften und Viehbetrieben herangezogen. Zum Teil bildeten sie „nationale" Kolchosen und wurden in Arbeitsbrigaden organisiert. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Karatschaier in den Spezialsiedlungen leben mussten, blieben für lange Zeit schwierig. Zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung wurde im August 1944 vom Rat der Volkskommissare der UdSSR beschlossen, den karatschaiischen Spezialumsiedlern zusätzlich 600 Tonnen Korn und 150 Tonnen Graupen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten den Spezialumsiedlern kleine Parzellen – Gartengrundstücke - zugeteilt werden, die sie eigenständig bewirtschaften durften. Wie groß diese Flächen pro Familie waren und welche Mittel zur Nutzbarmachung des Bodens zur Verfügung standen, geht aus den verwendeten Quellen und der Literatur nicht hervor. Es lässt sich daher auch nicht feststellen, ob auf Grund dieser Maßnahmen eine Verbesserung der Lebenssituation der Spezialumsiedler erreicht wurde. Von einer „Normalisierung" der Lage kann in diesen ersten Monaten nach ihrer Umsiedlung aber kaum die Rede sein. Wie alle anderen Völker, die zum Opfer einer Zwangsumsiedelung wurden, empfanden wohl auch die Karatschaier die Deportation aus ihrer historischen Heimat als einen massiven Eingriff in ihr Leben, der das Aufbrechen ihrer sozialen Strukturen, den Verlust von Tradition und Volkskultur nach

[112] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 63

[113] Ebd., S. 63

[114] Ebd. S. 64

sich zog. Zu den Todesopfern, die der Transport oder die Lebensbedingungen in den Spezialsiedlungen forderten, gibt es keine aussagekräftigen Angaben. Auch Schätzungen sind auf Grund verschiedener Faktoren, wiederholte Umsiedlungen, Geburten, Flucht, natürliche Tote, nur schwer anzustellen. [115]

Gleich nach der Deportation der Karatschaier und der Auflösung des Autonomen Gebietes Karatschai Ende 1943 wurde ihr ehemaliges Gebiet auf andere administrative Einheiten aufgeteilt und mit Angehörigen „loyaler" Völker neubesiedelt. Im Dezember 1943 siedelte man in den Bezirken, die in die Georgische SSR eingegliedert worden waren, rund 2.115 Georgier an. Die russische Bevölkerung, die in diesen Bezirken gelebt hatte (etwa 5.672 Personen), blieb ebenfalls dort.[116]

Es stellt sich die Frage, warum die Karatschaier als erstes der vier nordkaukasischen Völker deportiert wurden. Obwohl die Sowjetische Führung und die für solche Aktionen zuständigen Behörden bereits in den Jahren des Großen Terrors und zu Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges" mit der Verschiebung großer Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise der Koreaner oder der Deutschen, Erfahrungen sammeln konnte, stellten wohl die geographischen Voraussetzungen im Kaukasus, aber auch die Widerstands-traditionen dieser Völker „Neuland" dar. Anhand der Deportation der Karatschaier, die im Vergleich zu den Tschetschenen-Inguschen eine verhältnismäßig kleine Population darstellten, und von denen man wahrscheinlich weniger Widerstand erwartete, konnten die Behörden testen und für spätere Aktionen einschätzen, mit welchem personellen (Soldaten, Bewachungspersonal, etc.) und materiellen Aufwand (Transportmittel, etc.) gerechnet werden musste. Dieses erste, erfolgreiche Austesten der notwendigen Kräfte konnte für die weiteren Aktionen als Richtschnur dienen.[117]

[115] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju….", Moskau 1995, S. 65

[116] Aleksandr M. Nekrich, The punished peoples, New York 1978

[117] Nikolaj F. Bugaj, Die stalinistischen Zwangsumsiedlungen kaukasischer Völker und ihre Konsequenzen in Uwe Halbach/Andreas Kappeler (HG), Krisenherd Kaukasus, Baden-Baden 1995, S. 229

6.2 Tschetschenen und Inguschen

„Alle Tschetschenen und Inguschen die auf dem Territorium der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und in den darin angrenzenden Gebieten leben, sind in andere Gebiete der SSSR umzusiedeln, die Tschetscheno-Inguschische ASSR ist aufzulösen.“

(Aus dem Beschluss des Obersten Sowjets der SSSR vom 7. März 1944, zitiert nach Nikolaj F. Bugaj, Repressirovannye narody Rossii: čečency u inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 49)

Am 3. Jänner 1943 musste die Deutsche Wehrmacht vor der Roten Armee aus den Bezirken Malgobek und Mozdok zurückweichen, den einzigen Bezirken der Tschetscheno-Inguschischen ASSR die während des Krieges kurzfristig von den Deutschen besetzt werden konnten.[118] Knapp ein Monat später, am 11. Februar 1943, fand ein Treffen von Mitgliedern des Politbüros statt, bei dem einem Bericht zufolge erstmals über die Möglichkeit der Deportation der Tschetschenen und Inguschen gesprochen wurde. Molotow, Schdanow, Wosnesenski, Andrejew und Kosygin regten die sofortige öffentliche Liquidierung der Republik Tschetscheno-Inguschetiens an. Mikojan gab daraufhin zu bedenken, dass ein solcher Schritt dem Ansehen der Sowjetunion großen Schaden bereiten könne, grundsätzlich teilte er jedoch die Ansicht, dass die Tschetschenen und Inguschen bestraft werden müssten. Woroschilow, Kaganowitsch, Kalinin, Chruschtschow, Beria und Stalin sprachen sich ebenfalls für eine Deportation der Tschetschenen-Inguschen aus, waren sich aber darüber einig, dass eine endgültige Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt gefällt werden sollte.[119]

Im November 1943 waren die Vorbereitungen zur Planung der Deportation der Tschetschenen-Inguschen, unter der obersten Leitung Lavrentin Berias, bereits in vollem Gange. Tschernyschow, der Stellvertreter Berias im Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR, führte im November mehrere Gespräche mit Vorsitzenden des UNKWDs der Bezirke Altai und Krasnojarsk, sowie der Gebiete Omsk und Novosibirsk über die Frage der zukünftigen Aufteilung der tschetschenischen und inguschischen Spezialumsiedler. In diesem Zusammenhang entstand ein erster Entwurf, dem gemäß bis zu 40.000 Personen auf die Bezirke Krasnojarsk und Altai und das Gebiet Omsk aufgeteilt werden sollten; 200.000 Menschen sollten im Gebiet Novosibirsk neuangesiedelt werden.[120]

---

[118] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 83

[119] Robert Conquest, The soviet deportation of nationalities, London 1960, S. 88

[120] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 38

Im Dezember 1943 entstand die endgültige Fassung eines Plans, der die Zwangsumsiedlung der Tschetschenen-Inguschen in die Kasachische und Kirgisische SSR vorsah, und der am 31. Jänner 1944 mit der GKO Resolution Nr. 5073 bestätigt wurde.[121] Einige essentielle Punkte dieser Resolution, die sich im Wesentlichen mit dem Aufbau und der Organisation der Spezialsiedlungen und verschiedenen Aspekten der Neuansiedlung der Tschetschenen-Inguschen in Kasachstan und Kirgisien befasst, waren folgende:

„Streng Geheim. Staatliches Verteidigungskomitee. Beschluss GKO Nr. 5073ss. 31. Jänner 1944 Moskau, Kreml.

Über die Maßnahmen zur Errichtung von Spezialsiedlungen in der Kasachischen SSR und der Kirgisischen SSR.

Das staatliche Verteidigungskomitee fasst den Beschluss:

1. Der NKWD der UdSSR ist im Zeitraum von Februar bis März d. J. mit der Ansiedelung von Spezialumsiedlern in der Kasachischen SSR – bis zu 400.000 Menschen und in der Kirgisischen SSR – bis zu 90.000 Menschen beauftragt. Der SNK der Kasachischen SSR und der Kirgisischen SSR ist verpflichtet die Aufnahme, Unterbringung und Arbeitsorganisation der ankommenden Spezialumsiedler zu gewährleisten.

2. Bei der Ansiedelung der ankommenden Spezialumsiedler sind Listen zur Arbeitskraftverwendung anzulegen, in erster Linie in landwirtschaftlichen Betrieben und in der Viehwirtschaft (Sowchosen, Hilfsbetriebe, Kolchosen), als Arbeiter und Angestellte in Betrieben die sich in der Region der Ansiedelung befinden und unter Berücksichtigung etwaiger Fachgebiete.

Das Ansiedeln der Spezialumsiedler erfolgt in erster Linie durch die Auslastung leerstehender Gebäude der Kolchosen, Sowchosen und anderer Betriebe.

Der NKWD der UdSSR ist dem SOWNARKOM der Kasachischen SSR und der Kirgisischen SSR zu rechtzeitiger Mitteilung betreffend den Zeitpunkt des Eintreffens von Transporten mit Spezialumsiedlern verpflichtet.

(…)

4. Für die Sicherstellung der Aufnahme und der Unterbringung der ankommenden Spezialumsiedler sind weitere Maßnahmen auszuführen:

a) Für die Verwaltung der Aufnahme und Unterbringung der Spezialumsiedler ist für die KSSR eine Kommission zu schaffen unter dem Vorsitz des Sekretärs des ZK KP(b) Kasachstans Genosse Skwortsow und der Mitglieder: Vorsitzender des SNK KSSR Genosse Undasynow, Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der KSSR Genosse Bogdanow.

Für die Kirgisische SSR unter dem Vorsitz des Sekretärs des ZK KP(b) Kirgisiens Genosse Wagow und die Mitglieder: Vorsitzender des SNK KirSSR Genosse Kulatow und Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Kirgisischen SSR Genosse Ptschelkin.

[121] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 83

b) In jedem Gebiet, in dem die Umsiedler eintreffen, ist für das jeweilige Gebiet eine Kommission in Zusammensetzung von OBLISPOLKOM, Sekretär des Gebietskomitees und Leiter des UNKWDs zu schaffen. (…)

g) In jedem Bezirk der Ansiedelung von Spezialumsiedlern ist eine Troika bestehend aus dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees, dem Sekretär der Kreisleitung und dem Vorsitzenden des RO NKWD zu organisieren. Der genannten Troika obliegen die Verantwortung des Sammelns der ankommenden Spezialumsiedler und ihre Weiterverschickung zu den Plätzen ihrer Ansiedelung.

d) Zum Zeitpunkt der Ankunft der Transporte mit den Spezialumsiedlern in den Stationen müssen die Stellvertreter der Kolchosen, Sowchosen und Hilfsunternehmen, in welche sich die Ankommenden einquartieren können, anwesend sein, ebenso muss eine ausreichende Menge von Transportmöglichkeiten für die Beförderung des Hab und Guts und der Kinder der Spezialumsiedler vorhanden sein.

e) Zu der Zeit der Ankunft der Spezialumsiedler am Ort der Ansiedelung muss Wohnraum zu ihrer Unterbringung vorbereitet sein.

(…)

7. Für die Gewährleistung der Ernährung der 490.000 ankommenden Spezialumsiedler in der Kasachischen SSR und der Kirgisischen SSR, ist der NARKOMZAG der UdSSR verpflichtet auf Anordnung des SNK der Kasachischen SSR bis zur neuen Ernte jedes 4. Monat 4800 Tonnen Mehl und 600 Tonnen Graupen zuzuteilen, und diese zu gleichen Teilen allmonatlich zu verteilen, Getreide und andere Produkte zur Deckung des Fonds werden von den Spezialumsiedlern gegen Tauschquittungen lokal in Empfang genommen.

8. Die Landwirtschaftbank (Genosse Krawtsow) ist verpflichtet an die Spezialumsiedler der Kasachischen SSR und der Kirgisischen SSR Darlehen von 5.000,00 Rubel pro Familie zur Errichtung von Häusern, zum Aufbau von Höfen und landwirtschaftlichen Unternehmen zu vergeben, auszuzahlen mit einer Laufzeit von 7 Jahren.

(…)

11. Dem SOWNARKOM der Kasachischen SSR wird erlaubt eine Umsiedlungsbehörde, welche dem SNK der Kasachischen SSR untersteht, einzurichten, die auf der Basis existierender Abteilungen zur Wirtschaftsorganisation (…) für alle Fragen in Zusammenhang mit den Spezialumsiedlern verantwortlich ist.

12. Dem SNK der Kirgisischen SSR wird bewilligt:

a) Organisation von Umsiedlungsgruppen zu 5 Personen in den Gebieten Osh, Dschalal-Abad und Frunse.

b) Zum Personaletat des Kreis-Exekutivkomitees der Bezirke der Unterbringung der Spezialumsiedler für das Jahr 1944 einen technischen Baumeister und zwei Vorarbeiter

aufzunehmen, welche praktische Hilfe bei Reparaturen, Wiederherstellung und Errichtung von Häusern von Spezialumsiedlern leisten.

Dem NARKOMFIN der UdSSR (Genosse Swerew) wird aufgetragen, die Ausgaben der in obiger Angelegenheit genannten Apparate, im Budget der Kirgisischen SSR zu berücksichtigen.

Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees. W. Molotow"[122]

Die Aufteilung der Spezialumsiedler auf die Kasachische SSR und die Kirgisische SSR wurde folgendermaßen festgelegt:[123]

Kasachstan:

Gebiet	Spezialumsiedler
Aktjubinsk	27.000
Nordkasachstan	50.000
Kustanaisk	50.000
Alma-Ata	50.000
Pawlodar	50.000
Akmola	50.000
Karaganda	30.000
Semipalatinsk	33.000
Ost-Kasachstan	45.000
Ksyl-Orda	15.000

Kirgisien:

Gebiet	Spezialumsiedler
Osh	31.000
Dschalal-Abad	23.000
Tian-Shalan	7.000
Frunse	29.000

Die Organisation des Transports, der, wie bei den Karatschaiern, mittels Eisenbahnzügen durchgeführt werden sollte, stellte einen weiteren Teil der Planung dar. Gemäß einer Anordnung musste das Volkskommissariat für Transport und Kommunikation (NKPS) zwischen 23. Jänner und 13. März täglich 350 überdachte Eisenbahnwagen, von 24. bis 28. Februar 400 und zwischen 4. und 13. März 100 Eisbahnwägen täglich zur Verfügung gestellt werden.[124]

[122] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 42 – S. 45

[123] Ben Fowkes, Russia and Chechnia: The permanent crisis, London/New York 1998, S. 70

[124] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 38

Zur Durchführung des Transportes der knapp eine halbe Million umfassenden tschetschenischen-inguschischen Bevölkerung wurden rund 152 Züge zu je 100 Eisenbahnwagen benötigt (14.200 überdachte Wagen und 1000 offene Plattformen).[125] Außerdem wurden Lastwagen bereitgestellt, um die betroffenen Menschen zu Sammelpunkten zu befördern von denen sie mit dem Zug weiter transportiert werden sollten. Die für diesen Zweck verwendeten LKWs, Studebaker Lastwagen, stammten aus dem Lend-Lease Programm mit den USA.[126]

Ende des Jahres 1943 wurden Truppen der sowjetischen Armee und des NKWD in die Tschetscheno-Inguschische ASSR verlegt. Der Bevölkerung wurde dieses Vorgehen unter dem Vorwand „taktischer Manöver unter Gebirgsbedingungen" durchführen zu wollen[127] bzw. mit der Begründung, den Soldaten eine Ruhepause vor ihrem erneuten Einsatz an der Front zu gönnen, erklärt.[128] Ein Student berichtet:

„*In der zweiten Jännerhälfte und der ersten Februarhälfte 1944 kamen Spezialabteilungen des NKWD in amerikanischen Studebaker Lastwagen an. Die Zeitung publizierte einen Aufruf an die Bevölkerung:"Lasst uns ein Beispiel an unseren Straßen und Brücken setzen", und "lasst uns unserer teuren und geliebten Roten Armee bei ihren Manövern in den Bergen helfen!". So besetzte die Armee die Berge und jedes Aul wurde mit einer eigenen Garnison versehen."*[129]

Die Soldaten wurden zu größeren Teilen bei der lokalen Bevölkerung einquartiert und lebten einige Wochen eng mit den tschetschenischen und inguschischen Familien zusammen.[130] Lyoma Bashirow war damals ein kleiner Junge und lebte mit seiner Familie in der Region Shali. Er erzählt, dass zwei sowjetische Soldaten bei seiner Familie einquartiert wurden, die

[125] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 38

[126] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 124

[127] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 38

[128] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 124

[129] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S.184f

[130] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 124

ihm als sehr offene und freundliche Menschen in Erinnerung geblieben waren. Eines Tages jedoch, am 19. Februar 1944, waren die zwei Männer plötzlich verschwunden.[131]

Wie einem Bericht vom 17. März 1944 zu entnehmen ist, wurden für die gesamte Aktion zur Aussiedelung der Tschetschenen, Inguschen, Kalmücken und Karatschaier 19.000 operative Arbeiter des NKWD-NKGB und SMERSCH sowie 100.000 Offiziere und Soldaten der Truppen des NKWD in den Kaukasus entsandt.[132]
Am 17. Februar 1944 richtet Beria ein Schreiben an Stalin und berichtet ihm über die Fortschritte bei der Vorbereitung:
„*An das staatliche Verteidigungskomitee. Genosse Stalin. 17. Februar 1944*
Die Vorbereitungen der Operation zur Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen kommen zum Ende. Nach der Berichtigung der Erfassung unterliegen 459.486 Personen der Umsiedelung, einschließlich jener, die in den an Tschetscheno-Inguschetien angrenzenden Bezirken Dagestans und in Wladikawkas leben. Unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Operation und der besonderen Gegebenheiten in den Gebirgsbezirken wurde beschlossen die Aussiedelung (einschließlich der Verladung der Personen in die Transporte) im Laufe von 8 Tagen durchzuführen (…).“[133]
Weiter heißt es, dass in den ersten drei Tagen alle in den Vorgebirgsregionen und Ebenen ansässigen Tschetschenen und Inguschen umgesiedelt werden sollten, insgesamt etwa 300.000 Menschen. In den übrigen Tagen würde die Operation dann auf die Gebirgsregionen ausgeweitet, die vorher rechtzeitig abgeriegelt werden würden. In dieser Etappe wolle man weitere 150.000 Personen umsiedeln. Abschließend bittet Beria auf Grund des Ausmaßes der Operation, vor Ort bleiben zu dürfen, um die Fortschritte zu überwachen.[134]
Am 20. Februar 1944 kommen Beria, Kabulow, Serow und Mamulow mit einem Sonderzug in Grosny an.[135] Zwei Tage später berichtet Beria in einem Telegramm an Stalin über den Stand der Vorbereitungen:
„*An das staatliche Verteidigungskomitee. Genosse Stalin. 22. Februar 1944*

[131] Robert Seely, Russo-Chechen conflict, 1800 – 2000. A deadly embrace, London 2001, S. 82

[132] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 54

[133] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 47f

[134] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 47f

[135] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 39

Für die erfolgreiche Durchführung der Operation zur Umsiedelung der Tschetschenen und Inguschen nach Ihrem Befehl, wurden (…) folgende weitere Maßnahmen durchgeführt:

1. Dem Vorsitzenden des SNK der Tschetscheno-Inguschetischen ASSR Molajew wurde die Entscheidung der Regierung über die Umsiedelung der Tschetschenen und Inguschen und die Motive vorgetragen, welche dieser Entscheidung zu Grunde gelegt wurden.

Molajew konnte nach meiner Mitteilung die Tränen kaum zurückhalten, er nahm sich aber zusammen und versprach alle Aufgaben, welche ihm im Zusammenhang mit der Umsiedelung gegeben werden, zu erfüllen. (…)"[136]

Außer Molajew wurden von Beria noch weitere Personen über die kurz bevorstehende Zwangsumsiedelung in Kenntnis gesetzt. Darunter befanden sich, neben leitenden tschetschenischen und inguschischen Arbeitern und lokalen Aktivisten, auch einflussreiche Geistliche, die, glaubt man den Berichten, ebenfalls ihre Mithilfe zusicherten. Der Beginn der Aktion wurde auf die frühen Morgenstunden des 23. Februar 1944 festgelegt. Geplant sei, so Beria weiter, die entsprechenden Bezirke und Ortschaften gründlich abzuriegeln, um eine mögliche Flucht ins Hinterland zu verhindern. Die Bevölkerung werde zu Zusammenkünften eingeladen, ein Teil der Personen dürfe zum Packen der beweglichen Güter die Versammlungen verlassen. Alle Übrigen wurden entwaffnet und zu Sammelplätzen gebracht werden, von wo aus der Transport beginnen wird. Beria zeigte sich zuversichtlich, und merkte abschließend an, dass die Operation der Umsiedlung ohne Komplikationen durchgeführt werden wird.[137]

„*An das staatliche Verteidigungskomitee. Genosse Stalin. 23.02.1944*

Heute, 23. Februar, im Morgengrauen begann die Operation zur Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen. Die Aussiedelung verläuft planmäßig. Es gibt keine bemerkenswerten Zwischenfälle. Es gab sechs Fälle von versuchtem Widerstand seitens einzelner Personen, die mittels Arrest oder den Einsatz von Waffen unterbunden wurden. (…) Bis 11 Uhr morgens wurden aus den bewohnten Gebieten 94.741 Personen abtransportiert, das sind mehr als 20 % der Personen, die der Aussiedelung unterliegen, davon wurden 20.023 Personen in die Eisenbahnwagen verladen.

L. Beria"[138]

Wie in dem Telegramm vom 22. Februar angekündigt, wurden tschetschenische und inguschische Männer am 23. Februar zu einer Zusammenkunft eingeladen, um gemeinsam den „Tag der Roten Armee" zu begehen. Auf diesen Treffen wurde den Männern eröffnet,

[136] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 48

[137] Ebd., S. 48

[138] Ebd., S. 94

welches Schicksal auf sie und ihre Familien wartete. Lyoma Bashirow – der kleine Junge aus der Region Shali – erinnert sich, wie sein Vater von dem Treffen zurück kam und der Familie mitteilte, was geschehen würde:

„Vater kam zurück und sagte, dass wir deportiert werden würden. Sehr bald kamen die Soldaten. Sie erklärten uns, was wir mitnehmen durften. Ich erinnere mich nicht, daran wie viele Soldaten da waren. Ich denke drei oder vier. Sie kamen in unser Haus und sagten, dass wir uns mit dem Packen beeilen sollten und dass wir Essen mitnehmen sollten. All das geschah früh am Morgen. Ich erinnere mich genau daran, weil meine Mutter gerade damit begonnen hatte Frühstück zu machen. Mein Vater hatte noch nicht gegessen und sagte, er würde auch nicht mehr die Zeit haben, um fertig zu essen. Die Soldaten, die uns abholten, sagten, dass es gut sei, dass unser Vater zurück [zum Haus] gekommen sei, denn andere Familien waren getrennt worden bevor man sie in die Züge verlud. (…)"[139]

All jene, die nicht zu den Versammlungen erschienen waren, hauptsächlich Frauen und Kinder, die nicht wie im Fall von Lyoma von einem Familienmitglied informiert werden konnten, wurden von Soldaten in Kenntnis gesetzt. Die Soldaten gingen von Haus zu Haus um den Bewohner ihre bevorstehende Deportation anzukündigen. Die Bewohner hatten oftmals nur eine halbe Stunde Zeit - einige mehr, einige weniger - um ihre Habseligkeiten zu packen, und bei den Sammelpunkten zu erscheinen.[140]

Widerstand bei der Abholung der Tschetschenen und Inguschen wurde nicht geduldet, wie der folgende Bericht zeigt. Der Vorsitzende eines Dorfsowjets, Tusha ein achtzigjähriger Mann, der den Soldaten noch bei der Organisation des Abtransportes der Bewohner seines Dorfes geholfen hatte, weigerte sich sein Haus zu verlassen:

„Tusha sprach einen georgischen Offizier an und sagte in seinem gebrochenen Russisch ,"ich geboren hier, ich hier sterben. Ich nirgendwohin gehen." Tusha breitete seine Arme aus und stellte sich vor die Türe seines Hauses. Seine Schwiegertochter hatte verstanden. Sie schrie laut auf, drückte ihr Kind an ihre Brust und ergriff ihren Schwiegervater. Immer wieder laut aufschreiend versuchte sie ihn zu der Gruppe zu schieben, "Vater, Vater, bitte! Sie werden dich töten." Dies alles passierte in wenigen Augenblicken. Der Offizier gab Befehl an einen russischen Soldaten mit seinem Gewehr im Anschlag. "Erschießen! Alle drei"' Der Soldat erbleichte und taumelte. Er sagte, "Den Mann werde ich erschießen, aber nicht die Frau und das Kind." Der Offizier feuerte seine TT Pistole ab. Noch bevor der Soldat seine letzten Worte fertig sprechen konnte lag er, mit einem Kopfschuss, am Boden. Im gleichen Moment hatte der Offizier Tusha, seine Schwiegertochter und ihr Neugeborenes getötet."[141]

---

[139] Robert Seely, Russo-Chechen conflict, 1800 – 2000. A deadly embrace, London 2001, S. 83

[140] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 124

[141] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 58f

Beria informiert Stalin auch nach Beginn der Operation regelmäßig über den Verlauf der Deportation. In seinem Telegramm vom 26. Februar 1944 schrieb er:

„An das staatliche Verteidigungskomitee. Genosse Stalin

Die Operation zur Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen verläuft planmäßig. Bis zum Abend des 25. Februar wurden 342.647 Personen in die Eisenbahnwägen verladen. Von der Station der Verladung sind 86 Transporte zum Platz der Neuansiedelung aufgebrochen."[142]

Auch die folgenden Berichte an Stalin lauten ähnlich und lassen kaum erahnen, welche Ereignisse sich hinter der Floskel „alles verläuft planmäßig" verbergen. Erst der Vergleich mit Berichten von beteiligten Soldaten und betroffenen Tschetschenen und Inguschen ermöglichen einen differenzierten Einblick. Besonders stark zeigt sich die Divergenz von offizieller Berichterstattung und Erlebnisberichten am Beispiel des Auls Chaibach, gelegen in der Gebirgsregion Tschetscheno-Inguschetiens im Gebiet Galantschosh.

Oberst Gweschiani war Verantwortlicher für die Zwangsaussiedelung der tschetschenischen Bevölkerung aus dem Gebiet Galantschosh, die zwischen 27. Februar und 28. Februar durchgeführt werden sollte. In einem nicht datierten Telegramm von Oberst Gweschiani an Beria heißt es:

„An das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten. Genosse L. P. Beria

Nur für Ihre Augen bestimmt.

(…) um die vorgegebenen Frist der Operation "Gebirge" einhalten zu können, mussten mehr als 700 nichttransportfähige Bewohner des Ortes Chaibach liquidiert werden."[143]

D. G. Malsagow war zur Zeit der Deportationen stellvertretender Justizkommissar der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und sollte später zu einem „Hauptankläger" für die Verbrechen während der Deportationen werden. Seine Erinnerungen wurden in den neunziger Jahren in verschiedenen Zeitungen publiziert.

Bei einem streng geheimen Treffen mit Iwanow - dem ersten Sekretär des regionalen Komitees der Partei, Molajew, Serow und Kruglow wurde ihm mitgeteilt, dass er bei der Zwangsaussiedelung der Bevölkerung im Gebiet Galantschosh assistieren müsse. Er wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei der Deportation der Tschetschenen-Inguschen um eine streng geheime Angelegenheit handle, die auf keinen Fall bekanntgemacht werden dürfe. Am 24. Februar 1944 brachen Malsagow, Gweschiani und andere in Richtung Chaibach auf. Drei Tag später erreichten sie ihren Zielort.[144]

---

[142] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 50

[143] Zajndi Šachbiev, Sud'ba Čečeno-Ingušskogo naroda, Moskau 1996, S. 251

[144] http://www.kafkas.org.tr/perspektif/text/7.txt, 23. März 2009, 10:58

Was dann geschah schildert Malsagow folgendermaßen:

„Am 27. Februar wurden die Leute aus allen benachbarten Dörfern in Chaibach zusammengetrieben. Ein NKWD Offizier befahl jenen, die nicht zu Fuß gehen konnten, in ein Gebäude [die Stallungen der Kolchose] zu gehen, das speziell für sie vorbereitet worden war; Heu war geliefert worden, um es wärmer zu machen. Eine große Zahl von Menschen, Frauen und Kinder, Kranke und deren Verwandte sammelten sich dort. Auch jene, die zu spät waren kamen dorthin, sie dachten, dass man sie mit LKWs und Schlitten abholen würde. Einige dachten, man würde sie mit Flugzeugen abholen. Ich denke zwischen 650 und 700 Menschen waren in den Stallungen. (…)

Zwischen 10 und 11, als die gesunden Einwohner bereits weggebracht worden waren, wurde das Tor zum Stall verschlossen. Dann hörte ich den Befehl: ‚Anzünden!' In diesem Moment brach das Feuer aus und überflutete sogleich die Stallungen. Es stellte sich heraus, dass alles bereits im Vorhinein vorbereitet und mit Kerosin getränkt worden war. Als das Feuer die Giebel der Stallungen erreichte, brachen die Menschen das Tor auf und stürzten, verzweifelt schreiend nach draußen. Oberst Gweschiani, der sich in der Nähe aufhielt, befahl: ‚Feuer!' Die aus den Stallungen laufenden Menschen wurden mit Maschinengewehrsalven getötet. Vor dem Stall lag ein Haufen toter Körper. Ein junger Mann lief hinaus und wurde auf der Stelle erschossen. Zwei andere Männer wurden ebenfalls getötet. Ich war schockiert, trat an Gweschiani heran und bat ihn, den Befehl zu geben das Feuer einzustellen. Ich sagte, alles was hier geschehe, sei Willkür. Gweschiani erwiderte, dass er den Befehl von Beria und Serov erhalten habe und warnte mich davor mich einzumischen. Er drohte mir mit Exekution. Gromov war ebenfalls entrüstet von den Taten der Truppe, aber niemand hörte auf ihn. Wir waren nicht in der Lage irgendetwas zu tun."[145]

Nach diesem Erlebnis wurde Malsagow, auf Befehl von Gweschiani und eskortiert von Soldaten in ein Dorf mit dem Namen Malchesty gebracht. Dort eröffnete sich ihm ein schreckliches Bild. Die Wege waren gesäumt von den toten Körpern der ehemaligen Bewohner. *„Im Dorf selber konnten wir kein einziges Haus ohne Leichen getöteter Tschetschenen finden.*"[146] Einige Tage später traten Malsagow und Gromow ihren Rückweg an. Auf ihrem Weg sahen sie immer wieder getötete Tschetschenen, die von den Truppen in Berghöhlen erschossen worden waren. „*Ich erinnere mich immer noch an die Leiche einer Frau, die ihre zwei Kinder, einen 2 bis 3 Jahre alten Bub und ein Baby, festhielt.*"[147] Malsagow und Gromow entkamen nur knapp einem Erschießungskommando, das auf der Suche nach ihnen war (unvorsichtigerweise erzählten sie einem georgischen Offizier über ihr Vorhaben, bei Beria und Serov einen Bericht über die Gräueltaten von Chaibach

[145] http://www.kafkas.org.tr/perspektif/text/7.txt, 23. März 2009, 10:58

[146] Ebd., 23. März 2009, 10:58

[147] Ebd., 23. März 2009, 10:58

abzuliefern). In Grosny traf Malsagow mit Serov zusammen und erstattete Bericht. Serov reagierte ungehalten und verlangte von Malsagov absolutes Stillschweigen. Andere Konsequenzen gab es nicht.[148]

Im Gegensatz zu Malsagows ausführlicher Schilderung über die Ermordung von mehr als 700 Menschen, geben die "offiziellen" Berichte keine Auskunft darüber, wie die "Liquidierung" vorgenommen wurde. Dass Malsagow's Bericht kein Auswuchs seiner Phantasie war bestätigen viele weitere Berichte von Personen, die in benachbarte Ortschaften lebten oder die sich kurz nach dem Ereignis in der Nähe des Auls aufhielten. Elbert Chamsatow beispielsweise hielt sich kurz nach den Geschehnissen in der Umgebung von Chaibach auf und berichtet:

"Als wir in Chaibach ankamen, sahen wir den verbrannten Rest der Scheune der Kolchose, die den Bewohnern der Gehöfte gehörte. Heil geblieben waren bloß zwei Seitenwände, die aus massivem Stein gebaut geworden waren (…). Dort, wo früher die Tür gewesen war, lagen chaotisch auf einem Haufen etwa sieben Leichen. Auf ihnen lagen die zusammengestürzten Teile der verbrannten Scheune und Steine. 30 bis 40 Meter von der Scheune entfernt sah ich die Leiche einer schwangeren Frau. Bei ihr waren keine Anzeichen von Verbrennungen erkennbar, und als wir sie beisetzten, sahen wir, dass sie Wunden im Bauch und im Rücken hatte (…). Als wir die Brandstätte vom verkohlten Rest des Daches befreiten, sahen wir darunter eine große Menge verbrannter Körper. Anhand der Menge der Leichen und anhand ihrer Lage erkannte ich, dass die Scheune vor dem Feuer vollständig mit Menschen gefüllt worden war."[149]

Die Aktion des NKWD in Chaibach war kein willkürlicher Exzess der Truppen gegen die Bewohner des Dorfes. Die sorgfältige Planung der Aktion und die Vorbereitungen, über die Malsagow berichtet, sprechen dafür, dass diese Operation von den höchsten Stellen zumindest gebilligt wurde. Bestätigt wird diese Vermutung von einem Schreiben des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten an Gweschiani:

„(Stadt) Grosny, UVD, Gweschiani.

Für Ihre entschlossene Haltung im Zuge der Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen im Bezirk Chaibach werden sie für eine Regierungsauszeichnung mit einer Beförderung im Dienstgrad vorgeschlagen. Ich gratuliere.“[150]

[148] http://www.kafkas.org.tr/perspektif/text/7.txt, 23. März 2009, 10:58

[149] http://pda.kavkaz.tv/russ/content/2007/02/25/49754.shtml, 23. März 2009, 11:23

[150] Zajndi Šachbiev, Sud'ba Čečeno-Ingušskogo naroda, Moskau 1996, S. 251

Zu Fuß oder mit den erwähnten Studebaker LKWs wurden die Menschen zu ausgewählten Bahnhöfen gebracht, wo sie in die Fahrzeuge verladen wurden.[151] Der Transport der Zwangsumsiedler wurde, wie bereits erwähnt, mit Güterzügen durchgeführt, und dauerte zwischen 9 und 23 Tage. Zur Ausstattung der Züge legte Beria vor dem Transport folgende Richtlinien fest:

„2c) Jeder Waggon muss für den Transport von Menschen ausgestattet sein, es müssen Pritschen, ein Ofen, und andere notwendige Gegenstände vorhanden sein.

3) Der Kommandant des Zuges hat die Pflicht, den Deportierten an bestimmten festgelegten Punkten entlang der Route Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Jedem Zug müssen ein Arzt und zwei Krankenschwestern, sowie die notwendigen Medikamente und Instrumente, zugeteilt werden.“[152]

Der Ingusche Ch. Arapijew, ein Überlebender eines solchen Transports, beschreibt die Reise hingegen folgendermaßen:

„In den Viehwaggons, die bis an ihre Grenze gefüllt waren, ohne Licht oder Wasser, reisten wir etwa einen Monat lang zu dem uns unbekannten Bestimmungsort...Der Typhus griff in den Wagen um sich…Während der kurzen Stopps in der Nacht an unbewohnten Bahnstationen, wurden die Toten in den Schnee, gleich neben den Zug gelegt (sich weiter als fünf Meter vom Waggon zu entfernen wurde mit sofortiger Erschießung bestraft)…“[153]

Um den Transport zu optimieren wurden im Zuge der Operation weitere Maßnahmen gesetzt, über die der stellvertretende Volkskommissar Kabulow in einem Bericht („*Bericht über die Durchführung der Spezialtransporte im Zusammenhang mit der Aussiedelung der Tschetschenen, Inguschen, Balkaren*“[154]) vom 18. März 1944 in Kenntnis gesetzt wurde. So heißt es, dass angesichts des sehr hohen Kinderanteils (40 – 50 %) die Anzahl von Menschen pro Waggon von 40 auf 45 erhöht werden konnte. Außerdem wurde durch das Verbot, schwere und platzraubende Gegenstände mitzunehmen, zusätzlich Platz geschaffen. Mit anderen Worten haben es diese Maßnahmen ermöglicht „*erheblich bei der Anzahl verwendeter Waggons und ihrer Einrichtung einzusparen.*[155]“

[151] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 124

[152] Ben Fowkes: Russia and Chechenia: The permanent crisis, London/New York, 1998, S. 74

[153] Ebd., S. 74

[154] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 57

[155] Ebd., S. 57

Von den Verhältnissen in den Transporten waren besonders Kinder betroffen. Sie und alte Menschen hatten bedeutend schlechtere Chancen, die Reise zu den Plätzen der Neuansiedelung zu überstehen. Die sanitären Zustände – berichten zu Folge gab es zwar Eimer die als Toilettenersatz in die Waggons gestellt wurden, allerdings hielten die Züge nicht oft genug um diese in sauberem Zustand zu halten; Waschmöglichkeiten gab es keine[156] - führten dazu, dass viele Zwangsumsiedler an Typhus erkrankten und noch auf der Reise starben.[157]

Die Geschichte des Mädchens Albika, erzählt von einem Studenten, der im gleichen Waggon mit dem Mädchen und seiner Mutter transportiert wurde, veranschaulicht beispielhaft die Zustande während des Transports:

„Wir, einige Studenten der Aslanbedowskij Schule für Mechanik, in der Nähe von Sernovodsk, fuhren in einem Eisenbahnwagen mit Einwohnern aus den umliegenden Dörfern. In der einen Hälfte des Wagens hielten sich die Frauen und Kinder auf, in der anderen die Männer. Unter den weinenden Kindern, die manchmal still wurden, stach ein ununterbrochen weinendes Mädchen hervor, welches etwa 3 Jahre alt war. Pausenlos weinend, bat sie ihre Mutter nach Hause zurück zu kehren. Nach fünf Tagen kam der Transport zu der Stadt Orsk, wo der Frost besonders heftig war. Das Mädchen, welches Albika hieß, hatte nicht aufgehört zu weinen. Die Mutter sagte zu den umstehenden Menschen, dass das Mädchen konstant hohes Fieber habe. Nach diesem Tag magerte das Mädchen stark ab, das hübsche Gesichtchen wurde hohlwangig, in den schwarzen Augen erschien ein fiebriger Glanz. Es tat mir sehr leid um das Mädchen.

Während eines längeren Aufenthaltes an irgendeiner Haltestelle stellte ich mich zur Waggontür und hämmerte stark dagegen. Die Türe wurde geöffnet und es erschien ein in Pelz gekleideter, verschneiter Begleitsoldat mit Gewehr und Bajonett in den Händen.

-Wer klopft hier? rief er feindselig

-Ich klopfe! antwortete ich dem Soldaten – Wir brauchen ein Medikament gegen Fieber, in unserem Wagon ist ein schwer erkranktes Kind.

- Wenn ihr an eurem Platz angekommen seid, könnt ihr um Medikamente bitten, und falls du noch einmal klopfst, jage ich dir eine Kugel durch den Kopf.

Die Erwachsenen vernahmen den Dialog und zogen mich von der Türe zurück. Fluchend warf der Soldat heftig die Türe zu und schob den Riegel vor.

Das Mädchen Albika hatte weiterhin Fieber. Ihre Mutter, die sie dauernd umsorgte, hatte schon mehrere Tage nicht mehr geschlafen. Am zweiten Tag nach dem beschriebenen Vorfall, hörte Albika auf zu weinen und mit leiser schwacher Stimme rief sie: „Pisu-Pisu“. So

[156] Robert Seely, Russio-Chechen conflict, 1800 – 2000, A deadly embrace, London 2001, S. 83

[157] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 125

hieß die Hauskatze, die in Sernowodsk geblieben war, und die ihr Rufen nicht hören konnte, aber das Mädchen rief mit ihrer leisen schwächer werdenden Stimme immer fort die ganze Zeit nach ihr. Sie begann immer wieder die Katze zu rufen, aber diese kam nicht. Der ganze Waggon lauschte, mit stockendem Atem, der Stimme des sterbenden Mädchens. Und da, einer der Männer nahm seine Pelzmütze ab und reichte sie der Mutter, die sie in die Hände ihrer Tochter legte. Das Fell spürend, lächelte Albika und drückte die Mütze schwach an sich. Bald darauf sank das Köpfchen des Mädchens zur Seite, und sie schloss die Augen. Albika bewegte sich nicht mehr. Sie war tot."[158]

Obwohl auf strenge Geheimhaltung bei Aussiedelung und beim Transport Wert gelegt wurde, konnte das plötzliche Verschwinden von einer derart großen Zahl von Menschen nicht vollkommen unbemerkt von statten gehen. Während eines Aufenthalts auf einer Reise Richtung Moskau beobachtete der abchasische Schriftsteller Dimitri Gulia beispielsweise folgendes:

"…ein extrem langer Zug, bestehend aus beheizbaren Güterwaggons, vollgestopft mit Menschen, die aussahen wie kaukasische Bergbewohner. Sie alle wurden irgendwohin in Richtung Osten gebracht, Frauen, Kinder, alte Menschen, alle. Sie sahen fürchterlich traurig und jammervoll aus…Sie alle waren Tschetschenen und Inguschen, und sie alle reisten nicht freiwillig. Sie wurden deportiert. Sie hatten sich "sehr schweren Verbrechen gegen das Vaterland schuldig gemacht."…

"Auch diese Kinder?" [platzte Gulia heraus]

"Die Kinder gehen mit ihren Eltern."

"Und die alten Männer und Frauen?"

"Sie gehen mit ihren Kindern."…"[159]

In den ersten Märzwochen 1944 erreichten die Züge mit den tschetschenischen und inguschischen Spezialumsiedlern ihre Bestimmungsorte. Dem Bericht des OSP NKWD der UdSSR zu Folge waren von 180 geplanten Transporten 124 (mit 344.589 Personen) in Kasachstan und 28 (mit 75.342 Personen) in Kirgisien eingetroffen. Weiteren Bericht ist zu entnehmen, dass zum 11. März 1944 die Verladung der Personen soweit abgeschlossen war, und dass bis am 17. März auch die letzten neun Transporte losgeschickt werden konnten.[160] Weiter heißt es, dass 468.583 Spezialumsiedler „ausgeladen" und bereits auf die Bezirke der Neuansiedelung aufgeteilt wurden. Demnach ergab sich folgende regionale

[158] http://www.chechenpress.org/events/2007/02/23/01.shtml, 24. März 2009, 11:53

[159] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 86f

[160] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 56

Aufteilung, die zahlenmäßig nicht unerheblich von der ursprünglich geplanten Aufteilung abweicht[161]:

Gebiet Dschalal-Abad	29.089
Gebiet Ost-Kasachstan	34.167
Gebiet Süd-Kasachstan	20.808
Gebiet Nord-Kasachstan	39.542
Gebiet Aktjubinsk	20.309
Gebiet Semipalatinsk	31.236
Gebiet Pawlodar	41.230
Gebiet Karaganda	37.938

Gleichzeitig mit der Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen hörte die Tschetscheno-Inguschische ASSR auf zu bestehen. An ihrer Stelle wurde die Region Grosny gebildet. Die Bezirke und Orte der ehemaligen Republik erhielten neue Namen und alles, was noch an ihre ehemaligen Bewohner erinnern konnte, wurde zerstört. Tschetschenische und inguschische Bücher aus der Volksbibliothek in Grosny wurden verbrannt, die alten steinernen Grabsteine der *vajnachi* wurden von den Friedhöfen geholt und zum Bau von Straßen und Gebäuden verwendet.[162]
Anstelle der Tschetschenen und Inguschen, die mehr als 50 % der Gesamtbevölkerung der ehemaligen ASSR ausgemacht hatten, wurden Russen, Awaren, Osseten, und andere „loyale" Völker angesiedelt. Einerseits war die schnelle Neubesiedelung der verlassenen Gebiete notwendig, um die Wirtschaft der Region nicht zu gefährden, andererseits sollte so einer möglichen, zukünftigen Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen Republik oder einer Rückkehr der Deportierten entgegen gewirkt werden.[163]

Im April 1944 begannen die Behörden mit der Zwangsumsiedelung all jener Tschetschenen und Inguschen, die in der Roten Armee dienten, in Lagern des NKWD interniert waren oder in anderen Gebieten der Sowjetunion lebten. Die an der Front kämpfenden tschetschenischen und inguschischen Soldaten, aber auch Karatschaier und Balkaren in der Roten Armee, wurden von einer Filtrationskommission ausfindig gemacht und dem Befehl des Vorsitzenden der Filtrationskommission des NKWD der 3. Ukrainischen Front gemäß nach Alma-Ata geschickt. Am 19. Mai 1944 erhielt Tschernyschow ein Schreiben der Hauptabteilung der Roten Armee, in dem ihm mitgeteilt wird, dass bis zum 10. Juni weitere

[161] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 41

[162] Carlotta Gall/Thomas de Waal, Chechnya. Calamity in the Caucasus, New York 1998, S. 62

[163] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S.

1000 armeeangehörige Tschetschenen, Inguschen und Karatschaier in der 33. Reserveschützenbrigade gesammelt werden, die allesamt der Entlassung aus der Armee unterliegen. Insgesamt wurden laut offiziellen Informationen 710 Offiziere, 1696 Unteroffiziere und 6488 Soldaten aus der Roten Armee entlassen. Laut Angaben der Vertreter aller deportierten Völker waren es aber erheblich mehr (5.943 Offiziere, 20.209 Sergeanten, 130.691 Soldaten).[164]

Auch alle Tschetschenen und Inguschen, die in einem der Straflager inhaftiert waren, wurden in die Spezialsiedlungen geschickt. Ende Juni 1944 bestätigt Tschernyschow in einem Schreiben an Beria, beispielsweise, dass alle Tschetschenen und Inguschen aus dem Lager Karaganda „zwangsumgesiedelt" wurden.[165]

Obwohl die Zwangsaussiedelung der Tschetschenen und Inguschen aus ihrer Republik relativ rasch abgeschlossen war (bis am 29. Februar 1944 hatte man 478.479 Menschen, davon 91.250 Inguschen abtransportiert[166]), lief die gesamte Aktion noch bis ins Jahr 1945.

Immer wieder wurden Tschetschenen und Inguschen ausgemacht, die sich der Deportation irgendwie entzogen hatten. Bereits im Mai 1944 erfolgte diesbezüglich eine Weisung Berias, dass schnellst möglich ein Verfahren eingeleitet werden müsse, um alle "Angehörigen" der deportierten Völker aufzufinden und ebenfalls umzusiedeln. Alleine in Dagestan, Aserbeidschan, Georgien sowie im Bezirk Krasnodar, in den Gebieten Rostov am Don und Astrachan wurden etwa 4.146 Tschetschenen, Inguschen, Kalmücken, Karatschaier und Balkaren entdeckt und deportiert.[167]

Im September 1945 wurden alle Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren, die noch in der Roten Armee dienten und sich beispielsweise in den von der Sowjetunion besetzten westlichen Gebieten aufhielten, aus der Armee ausgeschlossen. Gemäß dem Befehl sollten sie nach Novosibirsk geschickt werden, von wo aus sie nach Alma-Ata und dann in die Spezialsiedlungen gebracht werden sollten. [168]

Während die tschetschenischen und inguschischen Spezialsiedler noch von ihrer alten Heimat nach Kasachstan und Kirgisien transportiert wurden, konnten, glaubt man dem folgenden Bericht, die Vorbereitungen in den Spezialsiedlungen abgeschlossen werden.

„Aus dem Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der SSSR L. Beria
29. Februar 1944, Alma-Ata

[164] Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii Nr. 7 Juli 1990, S. 41

[165] Ebd., S. 41

[166] Ebd., S. 53

[167] Ebd., S. 42

[168] Ebd., S. 42

Die Vorbereitung zur Aufnahme und Ansiedelung der Spezialumsiedler in der Kasachischen SSR sind im Wesentlichen abgeschlossen. Die Spezialumsiedler werden in den Kolchosen – 309.000 Personen, in den Sowchosen – 42.000 Personen, in den Unternehmen – 49.000 Personen untergebracht. Für den Transport wurden 1590 Autos, 57.000 Fuhrwerke, 103 Traktoren … mobilisiert. In den Gebieten der Ansiedelung wurden 145 Bezirks- und Siedlungs-Spezialkommandanturen des NKWD mit 1358 Mitarbeitern organisiert."[169]

Bis 1944 unterstanden die Spezialumsiedler direkt dem GULag, erst im Laufe des Jahres wurde eine eigene Verwaltung für die Spezialsiedlungen eingerichtet, die als unabhängige Abteilung (OSP = Abteilung für Spezialsiedlungen) dem NKWD unterstellt war. Der Leiter dieser Behörde beschreibt die Gründe für die Einrichtung und die Rolle des OSP folgendermaßen:

"Die Abteilung für Spezialsiedlungen des NKWD wurde am 17. März 1944 ins Leben gerufen. Die Basis für die Errichtung einer unabhängigen Abteilung für Spezialsiedlungen innerhalb der Struktur des NKWD der UdSSR war der signifikante Anstieg an Umsiedelungen von neuen Kontingenten von Spezialumsiedlern aus dem Nordkaukasus (…) in nördlichere und östlichere Regionen der UdSSR zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges."[170]

In einem Dekret des SOWNARKOM vom 8. Jänner 1945 wurde der Status der Spezialsiedler festgelegt. Einmal im Monat mussten sich die Spezialumsiedler am Ort ihrer Neuansiedelung registrieren lassen. Ohne eine Genehmigung der zuständigen Spezialkommandos war es ihnen nicht erlaubt, den Ort zu verlassen. Im § 3 des Dekrets vom 8. Jänner 1945 wurde die Bewegungsfreiheit der Spezialsiedler folgendermaßen festgelegt:

"*Die Spezialumsiedler haben nicht das Recht sich, ohne die Erlaubnis des Kommandanten des Spezialbüros des NKWD, außerhalb der, vom Spezialbüro bestimmten Grenzen der Spezialsiedelung zu bewegen. Bewusste Abwesenheit von der Spezialsiedelung, verwaltet vom Spezialbüro, wird als Flucht betrachtet und macht den Beschuldigten für die Konsequenzen des Verbrechens haftbar.*"[171]

Tschetschenen und Inguschen durften sich nicht weiter als drei Kilometer von dem Ort ihrer Neuansiedelung entfernen. Ein kompliziertes Paßsystem machte die notwendige Überwachung der Spezialsiedler möglich, und ließ kaum Schlupflöcher für eine Flucht.[172]

Die Lebensbedingungen, unter denen die Spezialumsiedler in den ersten Jahren leben mussten, waren außergewöhnlich schwierig. Die zitierten Dokumente zur Einrichtung der

[169] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S.

[170] Ebd., S. 76

[171] Ebd., S. 77

[172] Ebd., S. 78

Spezialsiedlungen und zu den Zuständigkeiten lassen zwar den Eindruck entstehen, dass man die Angelegenheit von behördlicher Seite durchdacht und gemäß den Anweisungen Vorbereitungen traf; dies war allerdings nur eingeschränkt der Fall. Besonders schlecht war die Situation hinsichtlich der Unterbringung der Spezialumsiedler. Von den im Gebiet Taldy-Kurgan eigentlich geplanten 1.400 Wohnhäusern beispielsweise, konnten bis zum Eintreffen der Spezialumsiedler erst 23 errichtet werden. In den Gebieten Dschambul und Karaganda hatte man mit dem Aufbau von Wohnhäusern noch gar nicht begonnen, als die Deportierten dort ankamen. Anfang September 1946 hatten in der Kirgisischen SSR von 31.000 Spezialumsiedler-Familien nur 4.973 eine dauerhafte Unterkunft. In Regionen in denen im Winter Temperaturen im zweistelligen Minusbereich keine Seltenheit darstellen, hausten viele der Spezialumsiedler in provisorischen, nicht beheizbaren Behausungen.[173] Auch ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung war in den ersten Jahren nach der Deportation nicht gegeben. Viele, vor allem Kinder und Frauen, waren völlig auf sich alleine gestellt und mussten versuchen sich aus eigener Kraft zu versorgen. Tausende starben in diesen ersten Jahren an Hunger und Kälte.[174] Die Erinnerungen von zwei Augenzeugen verdeutlichen dieses Bild:

CH. I. Kutujew berichtet: "*Als Ergebnis der unzufriedenstellenden Lebensbedingungen, Erschöpfung und Auszehrung, des abrupten Klimawechsels, der Unfähigkeit sich den lokalen Gegebenheiten anzupassen und des Ausbruchs von Epidemien, hauptsächlich Typhus, starben in Kasachstan und Kirgisien viele, die umgesiedelt worden waren.*"[175]

A. Dudajew erzählt folgendes: "*Der schrecklichste und unabänderlichste Rückschlag traf das tschetschenische und inguschische Volk in den ersten zwei oder drei Jahren, als Hunger und fürchterliche Krankheiten sie dazu verurteilten zehn, hundert tausende ihrer Taipbrüder in der Steppe Zentralasiens begraben zu müssen.*"[176]
Wie viele Menschen durch die Deportation und ihre Nachwirkungen ums Leben kamen ist nicht genau bekannt. Lediglich basierend auf den vorhandenen Daten in den Dokumenten des NKWD und anderer Behörden können Rückschlüsse gezogen werden; die angegebenen Zahlen in diesen Dokumenten wurden aber zweifellos nach unten korrigiert. Im Zeitraum vom Beginn der Deportation am 23. Februar bis Ende Februar 1944 starben annäherungsweise 3.000 Menschen durch „Säuberungen“, darunter auch die Opfer des Massakers in Chaibach.

[173] Ben Fowkes: Russia and Chechenia: The permanent crisis, London/New York, 1998, S. 78f

[174] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 126

[175] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 118

[176] Ebd., S. 118

Während des Transports in den versiegelten Waggons, bei eisigen Außentemperaturen ohne Heizung, Nahrung und Wasser kamen nach Schätzungen mehr als 10.000 Menschen ums Leben. Die meisten Opfer gab es aber in den ersten Jahren nach der Deportation auf Grund der menschenunwürdigen, schrecklichen Lebensbedingungen in den Spezialsielungen. In der verwendeten Literatur finden sich Angaben zwischen 100.000 Toten[177] und mindestens 50 % der Gesamtpopulation (rund 250.000 Toten) in den Jahren danach.[178]. Angesichts der einflussnehmenden Faktoren von Kälte, Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit und möglicher Willkür durch die staatlichen Organe, markiert die Schätzung von etwa 100.000 Todesopfern eher eine Untergrenze, wohingegen eine Opferquote von 50 % der tschetschenischen-inguschischen Gesamtbevölkerung als zu hoch angesetzt erscheint.

Überraschenderweise und entgegen der langen Widerstandstradition der *vajnachi* gab es während der gesamten Aktion nur sehr vereinzelt Widerstand. Am ersten Tag der Deportation beispielsweise berichtet Beria in seinem Telegramm an Stalin von nur sechs Fällen, in denen Widerstand geleistet wurde. Bereits im Vorfeld, und möglicherweise in Hinblick auf die spätere Zwangsumsiedlung, waren mehr als 2.000 Personen „anti-sowjetische Elemente“ festgenommen worden, während der Operation wurden 842 Tschetschenen und Inguschen vom NKWD verhaftet.[179]

Am 7. März 1944 wurde vom Präsidium des Obersten Sowjets ein Dekret erlassen „Über die Liquidierung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und über die administrative Organisation ihres Territoriums“. Darin wird die Deportation der Tschetschenen und Inguschen folgendermaßen gerechtfertigt:

„*Im Zusammenhang damit, dass in der Periode des Großen Vaterländischen Krieges, besonders in der Zeit der Operationen der deutschen-faschistischen Truppen im Kaukasus, viele Tschetschenen und Inguschen das Vaterland verrieten, das Land den faschistischen Okkupatoren überließen, sich den Reihen der Saboteure und Agenten anschlossen, die von den Deutsche im Rücken der Roten Armee eingeschleust worden waren, auf Anordnungen der Deutschen bewaffnete Banden zum Kampf gegen die Sowjetmacht bildeten, und sich im Laufe dieser Zeit nicht mit ehrlicher Arbeit beschäftigten, sondern räuberische Angriffe auf die Kolchosen der benachbarten Gebiete ausführten, sowjetische Bürger beraubten und töteten, beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets der SSSR:*

[177] Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 125

[178] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 186

[179] Otto Pohl, ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 84f

1. Alle Tschetschenen und Inguschen die auf dem Territorium der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und in den darin angrenzenden Gebieten leben, sind in andere Gebiete der SSSR umzusiedeln, die Tschetscheno-Inguschische ASSR ist aufzulösen. (…)"[180]

Weitere vier Punkte folgen, in denen die Aufteilung des ehemaligen Gebietes der Tschetscheno-Inguschischen ASSR festgelegt wurde. Unterfertigt wurde das Dokument von Kalinin, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets und Gorkin, dem Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. [181]

Einer eingehenden Prüfung halten diese Anschuldigungen kaum stand. Besonders die Anschuldigungen, dass Tschetschenen und Inguschen mit den Deutschen kollaboriert und auf deren Anweisungen Banden gebildet hätten, um die Sowjetmacht zu destabilisieren, ist nicht haltbar. Der Deutschen Wehrmacht gelang nur ein zeitlich auf wenige Wochen beschränkter Vorstoß in die Randgebiete der Tschetscheno-Inguschischen ASSR (Malgobek und Mozdok), deren Population nur zu einem kleinen Teil von Tschetschenen und Inguschen gebildet wurde. Den weitaus größeren Bevölkerungsteil bildeten Russen. Auch die Aktionen von „Guerillabanden", wie beispielsweise jene unter der Führung Israilovs, nahmen ihren Ursprung nicht in der Zeit der Okkupation durch die Deutsche Wehrmacht. Der aktive Widerstand gegen die Sowjetmacht stellte eher einen kontinuierlichen Problemfaktor in der Region dar, der den Behörden bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren immer wieder Schwierigkeiten bereitete. Darin ist wohl auch der eigentliche Grund für die Zwangsumsiedelung der Tschetschenen und Inguschen zu suchen. Mit ihrer Deportation konnte man sich eines dauerhaften Problems entledigen und einen immer wieder aufflammenden Brandherd beseitigen. Die geographische Lage der Republik nahe dem Rand des Sowjetstaates dürfte dabei außerdem eine Rolle gespielt haben. Hinsichtlich internationaler Spannungen und möglicher zukünftiger Konflikte konnte sich die Sowjetmacht durch die Deportation problematischer Völker und die Ansiedelung loyaler Völker in den Grenzgebieten absichern. Durch eine so geschaffene „Pufferzone" konnte für den Fall eines Angriffes von außen Vorsorge getroffen werden.[182] Dem ist aber hinzuzufügen, dass andere „problematische Völker" in grenznahen Regionen, wie zum Beispiel die Völker Dagestans, nicht deportiert wurden.

[180] Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994, S. 76

[181] Ebd., S. 76

[182] Aleksandr Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 103

6.3 Balkaren

„Alle Balkaren, die auf dem Territorium der Kabardino-Balkarischen ASSR leben, sind in andere Gebiete der UdSSR umzusiedeln. (…) Die Kabardino-Balkarische ASSR ist in Kabardinische Autonome Sowjetische Sozialistische Republik umzubenennen.“

(Aus dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom April 1944, zitiert nach Nikolaj. F. Bugaj, Ich nado deportirovat‘. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 116f)

Insgesamt fünf Monte lang war die Kabardino-Balkarischen ASSR durch die Deutsche Wehrmacht besetzt. Anfang August 1943 gelang es der Roten Armee mit tatkräftiger Unterstützung der Bevölkerung, die Deutschen vom Territorium der Republik zurück zu drängen. Im gleichen Jahr wurde mit der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in Kabardino-Balkarien begonnen, die durch die Monate der Okkupation schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war.[183]

Bereits im April 1943 wurde vom SNK der RSFSR ein Komitee ins Leben gerufen, das mit der Aufgabe der Wiederherstellung der Volkswirtschaft betraut wurde. Mit dem Beschluss Nr. 435 „Über die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den Städten und Bezirken Kabardino-Balkariens, befreit von den deutschen Besatzern“ vom 23. April 1943 wurde der Wiederaufbau in der Republik eingeleitet; mit den Beschlüssen Nr. 494 vom 7. Mai 1943 hinsichtlich der Aufnahme der Arbeiten im Bezirk Stawropol und Nr. 580 vom 22. Mai 1943 den Bezirk und die Stadt Krasnodar betreffend wurde der Wiederaufbau weiter vorangetrieben. Innerhalb kurzer Zeit konnten zerstörte Brücken wieder aufgebaut werden, Krankenhäuser und Polikliniken, Schulen, Kinderkrippen und Kindersanatorien, Elektrizitätswerke und Möbelfabriken nahmen ihren Betrieb wieder auf. Wie auch in anderen durch die Besatzung in Mitleidenschaft gezogenen Regionen der UdSSR wurden der Republik Kredite gewährt, die zum Großteil für den Wiederaufbau von zerstörten Wohnhäusern verwendet wurden. Noch im selben Jahr erreichte die Bruttoproduktion der Volkswirtschaft der Kabardino-Balkarischen ASSR 30 % vom Stand vor dem Krieg 1940.[184]

Parallel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau wurde viel daran gesetzt, das kulturelle und soziale Leben in der Republik wieder herzustellen. 1943 konnten bereits 186 Schulen ihren Betrieb wieder aufnehmen, außerdem wurde begonnen, die Bevölkerung zu moralischer und praktischer Unterstützung der Soldaten an der Front zu motivieren. So konnten zum Beispiel in dem Dorf Srednaja Balkaria im Bezirk Tschereksk 4.000 Rubel an Spendengeldern gesammelt werden. Ferner stellte die Bevölkerung des Dorfes Tuch, Leder, Schuhwerk und Mais für die Verpflegung der Frontsoldaten zur Verfügung.[185]

[183] Nikolaj. F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 121

[184] Ebd., S. 121f

[185] Ebd., S. 121f

Den Angaben in Berichten zufolge erholte sich die Kabardino-Balkarische ASSR relativ rasch von der Zeit der Besatzung und den daraus resultierenden Schwierigkeiten. Die beinahe durchwegs positiven Berichte aus der Republik lassen nicht vermuten, dass zu diesem Zeitpunkt die Deportation der Balkaren beschlossene Sache war. Parallel zu den Wiederaufbauarbeiten in Kabardino-Balkarien hatte eine Abteilung des NKWD allerdings bereits mit der Planung und Vorbereitung der Aktion zur Aussiedelung der Balkaren begonnen.
Die Begründungen hierfür waren ähnlich wie im Falle der Karatschaier und der Tschetschenen-Inguschen. Zu den Vorwürfen der Kollaboration mit dem Feind, Verrat am Vaterland und Illoyalität, wurde den Balkaren aber auch die „Unfähigkeit den Elbrus erfolgreich zu verteidigen" vorgeworfen.[186]

Wie bereits angedeutet hatte es auch in Kabardino-Balkarien immer wieder aufkeimenden Widerstand gegen Sowjetregierung und lokale Behörden in Form von „terroristischen Banden" gegeben. Einem Schreiben an den Leiter der Abteilung des Kampfes mit dem Banditentum des NKWD der UdSSR Klepow ist zu entnehmen, dass die lokalen Behörden auch nach dem Kriegseintritt der UdSSR 1941 mit aktiven Banden zu kämpfe hatten. Mitte Dezember 1941 wurden in diesem Zusammenhang auf dem Territorium Elbrus und in den Bezirken Tschemsk und Zolsk 500 Personen festgenommen.[187]
Ein weiterer schriftlicher Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der Kabardino-Balkarischen ASSR bestätigt diese Problematik auch für das 2. Kriegsjahr:
„Aus dem schriftlichen Bericht „über die agentische-operative Arbeit der Abteilung des Kampes mit dem Banditentum des NKWD der Kabardino-Balkarischen ASSR von April bis Juni 1942"

Im Jänner 1942 wurden durch die Abteilung des Kampfes mit dem Banditentum des NKWD der Kabardino-Balkarischen ASSR antisowjetische banditische aufständische Gruppen, vorhanden in der Region Elbrus, welche konterrevolutionäre Agitation durchführten,

[186] Ebd., S. 122

[187] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:"Ich nado deportirovat…". Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 109

provokative Gerüchte verbreiteten, um sich herum feindliche Element gruppierten und banditische aufständische Kader vorbereiteten, aufgedeckt und liquidiert.

Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Kabardino-Balkarischen ASSR
S. I. Filatow.“[188]

Auch nach der Rückeroberung der Gebiete Kabardino-Balkariens durch die Rote Armee wurde die Berichterstattung über Bandenaktivitäten in der Republik fortgesetzt. Nach Angaben der Abteilung des Kampfes mit dem Banitentum des NKWD der UdSSR waren in der Kabardino-Balkarischen ASSR im Mai 1943 rund 44 terroristische Gruppen mit insgesamt 941 Mitgliedern aktiv. Damit war die Zahl an behördlich bekannten „Bandengruppen“ im Vergleich zu der Zeit vor der Okkupation erheblich gestiegen. Bekannt wurde außerdem, dass in einigen Gruppen auch örtliche Parteimitglieder und Funktionäre beteiligt waren. In den Bezirken Tschereksk und Elbrus beispielsweise waren unter den 46 registrierten Personen, um nur einige zu nennen, fünf Mitglieder des Büros des RK VKP(b), sechs Dorfsowjetvorsitzende, sechs Schuldirektoren, fünf Sekretäre der primären Parteiorganisation, etc.[189]
Schenkt man diesen Angaben Glauben, ergibt sich dadurch eine mögliche Erklärung, warum die Behörden lange Zeit nur über einige Gruppen und nicht über das volle Ausmaß der antisowjetischen Aktivitäten informiert waren. K. B. Bziaw, der S. I. Filatow in seiner Funktion als Volkskommissar für innere Angelegenheiten der Kabardino-Balkarischen ASSR ablöste, stellt in einem schriftlichen Bericht vom 10. Juni 1943 an Beria die Sachlage folgendermaßen dar:
„*Unter Aufnahme meiner Aufgabe vom ehemaligen Volkskommissar für innere Angelegenheiten, und jetzigen Volkskommissar für Staatssicherheit der Kabardino-Balkarischen ASSR Oberst der Staatssicherheit S. I. Filatow, hat sich eine Tendenz der Geheimhaltung der tatsächlichen Lage der Arbeit zum Kampf mit dem Banditentum, die sich in der Verringerung der Menge von Bandengruppen und ihres zahlenmäßigen Bestandes gezeigt hat. Außerdem konnte ich bei der Überprüfung der Berichte zum Kampf mit dem Banditentum Betrug am NKWD der UdSSR feststellen und die Verheimlichung der tatsächlichen Sachlage in der Kabardino-Balkarischen ASSR. (…)*
Im Monatsrechenschaftsbericht über die Arbeit zum Kampf mit dem Banditentum, gesandt an den NKWD der UdSSR, wurde die Zahl der Bandengruppen, der Gruppen bewaffneter

[188] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 109f

[189] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 124

Deserteure und ihr mengenmäßiger Bestand maximal verringert. Mit den Maßnahmen zur Liquidierung der operierenden Banden wurde nicht begonnen. (…)[190]"

Personen, die Zugang zu diesen Daten hatten und gleichzeitig mit den „Banden" sympathisierten, hätten hierbei möglicherweise realistische Chancen gehabt, die Zahlen entsprechend zu korrigieren. Belege für eine derartige spekulative Annahme gibt es allerdings in den verwendeten Quellen und der Literatur nicht.

Bereits im Vorfeld zu dem oben zitierten Schreiben führte Bziaw am 5. Juni Gespräche mit den Leitern der Kreisabteilung des NKWD, operativen Funktionären der Abteilung des Kampfes mit dem Banditentum und der Leitung der lokalen Miliz. Dabei sollte die Frage erörtert werden, wie eine Umgestaltung bzw. ein Strategiewechsel in der operativen Arbeit aussehen könne, und wie gegen nunmehr 44 terroristische Gruppen mit etwa 997 Mitgliedern vorgegangen werden solle.[191]

Nachdem nicht genügend Kräfte zur Verfügung standen, wurden „qualifizierte" Arbeiter des NKGB-NKWD und der Miliz aus anderen Gebieten, zum Beispiel aus der Ukraine und der Krim, abgezogen und in die Republik geschickt. 881 Mann wurden als truppentechnische Verstärkung in die Kabardino-Balkarische ASSR abkommandiert. Zusätzlich wurden vom SNK der Kabardino-Balkarischen ASSR Arbeitsbataillone gebildet, die ebenfalls gegen die aufständischen Banden ins Feld ziehen sollten. Die hier angeführten Angaben stellen nur einen kleinen Querschnitt durch die von den Behörden ergriffenen Maßnahmen dar. Sie geben aber eine Vorstellung von dem Aufwand, den man zur Ergreifung von Aufständischen anstellte. Im ersten Quartal 1944 sank gemäß den Berichten des NKWD die Zahl von aktiven Banden auf 10 Gruppen mit 139 Mitgliedern.[192]

Im Jänner 1944 begannen intensive Beratungen des Staatlichen Verteidigungskomitees um verschiedenen Fragen zur Deportation der Balkaren zu erörtern. Im Februar kam Beria nach Ordshonikidse und überwachte von dort aus die Vorbereitungen. Ch. I. Chutujew war ein Mitarbeiter des MWD der Kabardino-Balkarischen ASSR und erinnert sich:

„…Im Februar 1944 kam L. Beria in Ordshonikidse an und lebte dort in seinem spezial Wagon. Und von dort aus begannen Anfragen darüber einzulangen, in welchen Dörfern Balkaren lebten, wie viele Bewohner in jedem Dorf, ob die Weg für die Durchfahrt in die balkarischen Auls von Lastkraftwagen nutzbar waren, und so weiter…"[193]

---

[190] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:"Ich nado deportirovat…". Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 110

[191] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju…" Moskau 1995, S. 124f

[192] Ebd., S. 126

[193] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:"Ich nado deportirovat…". Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 111

Zwei Wochen vor Beginn der Aktion, am 25. Februar 1944 fand ein Treffen zwischen Beria, Serow, Kobulow und dem Sekretär des Kabardino-Balkarischen Gebietskomitees Z. D. Kumechow statt. In diesem Gespräch teile Beria Kumechow mit, dass, auf Grund des massiven Bandenunwesens, der Befehl zur Aussiedelung der Balkaren erteilt worden war. Der Beschluss zur Deportation ergab sich aus einer Weisung Stalins, die, wie auch bei Tschetschenen, Inguschen und Karatschaiern, vom Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der SSSR durchgeführt werden sollten.[194]

Zwar lässt sich diese Weisung Stalins nicht schriftlich belegen, doch es können basierend auf einem Bericht von Beria an Stalin vom 25. Februar 1944 und den daraufhin gesetzten Maßnahmen Rückschlüsse gezogen werden. In dem schriftlichen Bericht vom 25. Februar 1944 gab Beria ausführliche Informationen über den Zustand in der Kabardino-Balkarischen ASSR und über das Verhalten der Balkaren, sowohl zum Zeitpunkt des Vormarsches der deutschen Wehrmacht, als auch bei ihrem Rückzug.[195]

Beria erklärte, dass im Zuge der Operationen gegen antisowjetische Elemente zwischen 1942 und 1943 etwa 1.227 verdächtige Personen festgenommen worden waren. Unter diesen arretierten Personen befanden sich auch 186 Kommunisten und Komsomolzen. Aus diesen und weiteren Gründen schlug Beria also folgendes vor:

„*Im Zusammenhang mit der bevorstehenden endgültigen Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen erschiene es zweckmäßig, Teile der bewaffneten Truppen und Tschekisten für die Organisation der Aussiedelung der Balkaren aus dem Nordkaukasus zu nutzen, mit der Absicht diese Operation zwischen 15. Und 20. März dieses Jahres (…) abzuschließen. (…) Falls es ihrer Anordnung entspricht, könnte ich bis zur Rückkehr nach Moskau vor Ort die notwendigen Maßnahmen, im Zusammenhang mit der Aussiedelung der Balkaren, organisieren. [Ich] Bitte um Ihren Befehl.*“[196]

Der Befehl zur Durchführung kam umgehend und wurde in einer Weisung Berias vom 26. Februar 1944 umgesetzt. Bei dem Dokument Nr. 00186 s/s handelt es sich fast ausschließlich um organisatorische Fragen und die Festlegung der Weisungsbefugnis für die bevorstehende Aktion. Einige wesentliche Punkte daraus lauteten folgendermaßen:

„*Befehl*

Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR

26. Februar 1944, Nr. 00186 s/s, (Stadt) Moskau

Über die Maßnahmen zur Aussiedelung des Balkarischen Volkes aus der Kabardino-Balkarischen ASSR

[194] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 122

[195] Ebd., S. 127f

[196] Ebd., S. 128

Für die Organisation notwendige vorbereitende Maßnahmen und die Durchführung der Operation der balkarischen Bevölkerung aus der Kabardino-Balkarischen ASSR ordne ich an:

1. Die Leitung der vorbereitenden Maßnahmen und die Durchführung der Operation der Aussiedelung der Balkaren wird General Major Pijaschew auferlegt.

(…)

3. Folgende fünf operative Sektoren sind zu organisieren:

a) Erster operativer Sektor – Elbrus, bestehend aus dem Bezirk Elbrus; Ort der Stationierung ist das Dorf Nishnij Baksan;

b) Zweiter operativer Sektor – Tschegem, bestehend aus dem Bezirk Tschegem, Ort der Stationierung ist das Dorf Nishnij Tschegem;

v) Dritter operativer Sektor ist Chulamo-Besengiew bestehend aus dem Bezirk Chulamo-Besengiewsk, Ort der Stationierung ist das Dorf Kaschkamau;

g) Vierter operativer Sektor ist Tschereksk bestehend aus dem Bezirk Tschereksk, Ort der Stationierung ist das Dorf Kustparty;

d) Fünfter operativer Sektor – Naltschik, bestehend aus der Stadt Naltschik, dem Dorf Taschly-Tala Bezirk Leskensk, dem Dorf Chabas und dem Bezirk Kutschmalka Nagorno, Ort der Stationierung – Stadt Naltschik

(…)

5. Für die Durchführung der Operation werden folgende Verbände und Truppenteile des NKWD ausgewählt:

(…) – Gesamtzahl von 17.000 Mann.

6. Für die Sicherstellung der notwendigen operativen Maßnahmen werden 4000 operative Arbeiter des NKWD-NKGB ausgewählt.

7. Die Frist der Sammlung der Truppe und des operativen Bestandes wird auf 5. März 1944 festgelegt.

(…)

9. Für die Sicherstellung des Geleitschutzes der Auszusiedelnden wird das 244. Regiment der Begleittruppe des NKWD ausgewählt. Der Termin zur Versammlung der Truppe in (der Stadt) Naltschik wird auf 1. März 1944 festgelegt.

(…)

15. Die Leiter der operativen Sektoren haben unverzüglich mit der Durchführung der notwendigen praktischen Maßnahmen zur bevorstehenden Operation zu beginnen, in Übereinstimmung mit den Instruktionen des NKWD der SSSR vom 29. Jänner 1944.

(…) Die Festnahme von antisowjetischen Elementen, die dem Arrest unterliegen, hat vor Beginn der Operation zur Aussiedelung, nach der Abriegelung der Siedlungspunkte zu erfolgen.

16. Der Tag des Beginns der Operation zur Aussiedelung der Balkaren wird auf 10. März 1944 festgelegt.
17. Über den Verlauf der Ausführung des gegenständlichen Befehls ist General-Major Pijaschew täglich durch Telegramm an den NKWD der SSSR Meldung zu machen, beginnend am 5. März dieses Jahres.
Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Union der SSR
General Kommissar für Staatssicherheit Beria L. P."[197]

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die nicht zitierten Punkte dieser Weisung die Verteilung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Bewachung, Verladung, Sicherstellung des Begleitschutzes, etc. behandeln.[198]
Am 29. Februar 1944 informiert Beria Stalin in einem Telegramm über einen Zeitplan, in dem die Aktion abgewickelt werden soll. Er schreibt:
„*Staatliches Verteidigungskomitee I. V. Stalin*
29. Februar 1944
Für die Gewährleistung der Vorbereitung und die erfolgreiche Durchführung der Operation zur Aussiedelung der Balkaren werden alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.
Die vorbereitende Arbeit wird bis zum 10. März 1944 abgeschlossen sein, und bis zum 15. März wird die Aussiedelung der Balkaren ausgeführt werden. Heute werden wir die Arbeit hier [Anm.: Tschetscheno-Inguschetien] zu Ende bringen und in einem Tag nach Kabardino-Balkarien reisen und von dort nach Moskau.
L. Beria"[199]
Am 2. März kam Beria in seinem Sonderzug, begleitet von Kobulow und Mamulow in Naltschik an. Dort kam es zu neuerlichen Treffen mit dem Sekretär des Kabardino-Balkarischen Gebietskomitees Z. D. Kumechow. Beria deutete gegenüber Kumechow bei diesen Treffen an, dass der Bezirk Elbrus nach der Aussiedelung der Balkaren an die Georgische SSR gehen solle. Beria war offenbar der Meinung, dass Georgien eine Verteidigungsgrenze am nördlichen Abhang des Kaukasusgebirges benötige, „*denn zur Zeit der Okkupation überließ Kabarda dieses Gebiet den Deutschen*"[200]. Bei der Erörterung der Frage der Grenzkorrekturen stellte sich im Laufe der Gespräche heraus,

[197] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju…" Moskau 1995, S. 128ff
[198] Ebd., S. 128 – S. 130
[199] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:"Ich nado deportirovat…". Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 112
[200] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:"Soglasno Vašemu ukazaniju…" Moskau 1995, S. 123

dass nur der Bezirk Prielbrus, sowie die Städte des kaukasischen Gebietes Mineralnye Wody (Kislowodsk, Essentuki, Piatigorsk, Schelesnowodsk) an Kabarda gehen sollten.[201]

Ähnlich der Vorbereitungs- und Planungsphase der Operationen zur Aussiedelung der Karatschaier und Tschetschenen-Inguschen wurden in den darauf folgenden Tagen verschiedene Resolutionen, Befehle und Weisungen erlassen, die einen reibungslosen Ablauf der Aktion garantieren sollten. Wenige Tage vor der eigentlichen Aktion erfolgte beispielsweise eine Resolution des GKO über die Aufteilung der Spezialumsiedler und ihre vorläufige Versorgung:

„*Durch die Resolution des GKO Nr. 5309ss vom 5. März 1944 wird festgelegt:*
In Ergänzung zur Resolution GOKO Nr. 5073 vom 31. Jänner 1944 wird der NKWD der SSSR verpflichtet 40 Tausend Spezialumsiedler aus der Kabardino-Balkarischen ASSR in die Kasachische und die Kirgisische SSR zu verschicken. In die Kasachische 25 Tausend und in die Kirgisische SSR 15 Tausend.
(…)
Das Volkskommissariat für Agrarbeschaffung der UdSSR verpflichtet nachträglich zur Resolution Nr. 5073 vom 31. Jänner 1944 den SNK der Kasachischen SSR abzugeben: 300 Tonnen Mehl, 150 Tonnen Graupen; und den SNK der Kirgisischen SSR: 200 Tonnen Mehl, 100 Tonnen Graupen für die Ernährung der Spezialumsiedler aus der Kabardino-Balkarischen ASSR.
(…)“[202]

Obwohl der Beginn der Deportation der Balkaren gemäß dem eben zitierten für Mitte März geplant war, wurde mit der Aussiedelung bereits am 8. März 1944 begonnen. Der Ablauf der Deportation der Balkaren unterschied sich nicht von den anderen beiden Aktionen. Die Dörfer und Siedlungspunkte wurden militärisch abgeriegelt, Soldaten informierten die Betroffenen über die kurz bevorstehende Aussiedelung. Diese mussten nach kurzer Zeit mit einigen wenigen Habseligkeiten an vorher festgelegten Sammlungspunkten erscheinen und wurden von dort aus zu den Bahnstationen gebracht, von wo aus sie, verladen in Güterzügen, nach Kasachstan und Kirgisien gefahren wurden.[203]

[201] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 123

[202] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 112

[203] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 132

Am 11. März 1944, also nur drei Tage nach Beginn der Operation berichtet Beria in einem Telegramm an das Staatliche Verteidigungskomitee, zu Handen Stalin, über die Fortschritte:

„*Der NKWD berichtet, dass die Operation zur Aussiedelung der Balkaren aus der Kabardino-Balkarischen ASSR am 9. März beendet wurde. In die Transporte wurden 37.103 Balkaren verladen und zu den Plätzen der neuen Ansiedelung in der Kasachischen und der Kirgisischen SSR abgeschickt, außerdem wurden 478 antisowjetische Elemente arretiert. 288 einzelne Schusswaffen wurden konfisziert.*

Während der Durchführung der Operation gab es keine bemerkenswerten Zwischenfälle…

Für die Sicherstellung der Ordnung und Bewachung in den Gebirgsbezirken Balkariens wurden temporär operative-tschekistische Gruppen mit bewaffneten Mannschaften zurückgelassen.

Volkskommissar für innere Angelegenheiten der SSSR

L. Beria“[204]

Wie dem Telegramm zu entnehmen ist konnte die Deportation der Balkaren also in nicht mehr als zwei Tagen ohne nennenswerte Zwischenfälle abgeschlossen werden. Doch wie Beria in dem Schreiben bereits andeutet, war damit das eigentliche Problem in Kabardino-Balkarien, die durch „Banden“ verursachte instabile Lage, nicht gelöst. Ebenfalls am 11. März wurde deshalb der Befehl Nr. 76-5000/33 erlassen, in dem weitere Maßnahmen gesetzt wurden:

„*In einer Reihe von Bezirken sind operative Gruppen mit bewaffneten Garnisonen zu organisieren und alle Kräfte zur Liquidierung von 7 tätigen Banden (89 Mitglieder) und 14 banditischen Einzelkämpfern zu mobilisieren.*

Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten der Nord Ossetischen ASSR Takajew hat die Beteiligung an der Liquidierung der Banden in Lenskij, Uranskij, im Bezirk Tschreksk, angrenzend an Nord-Ossetien zu übernehmen, 2 – 3 Aufklärungsgruppen zu bilden, (und) die Bewachung der Lebensmittel zu sichern.

L. Beria“[205]

Einem Bericht über den Verlauf der Transporte aus der Kabardino-Balkarischen ASSR zum Stand 17. März 1944 ist zu entnehmen, dass insgesamt 37.713 Personen aufgeteilt auf 14 Züge unterwegs zu den Plätzen ihrer neuen Ansiedelung waren. Die

[204] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 112

[205] Ebd., S. 113

Spezialumsiedler in den Zügen sollten auf die folgenden Gebiete und Bezirke in Kasachstan und Kirgisien aufgeteilt werden: [206]

Kirgisien	Gebiet Frunse	5446
	Gebiet Issyk-Kul	2702
	Gebiet Pawlodar	2614
	Gebiet Dschalal-Abad	2650
Kasachstan	Gebiet Semipalatinsk	2742
	Gebiet Alma-Ata	5541
	Gebiet Süd-Kasachstan	5278
	Gebiet Akmola	5219
RSFSR	Gebiet Omsk	5521

Die zuständigen Abteilungen für den Transport der Spezialumsiedler aus dem Nordkaukasus meldeten keine Zwischenfälle. Durch die Optimierung der Aufteilung der Spezialumsiedler in den Zügen und durch die Einschränkungen beim Gepäck konnte man außerdem den Materialaufwand (Wagone und Plattformen) reduzieren. Für die Begleitung und den „Schutz“ der Transporte wurde eine Brigade aus Piatigorsk herangezogen, zusätzlich wurde jeder Transport von 35 Rotarmisten begleitet.

Am 23. März 1944 berichtete der Leiter der Abteilung Transport des NKWD der SSSR Arkadjew in einem Telegramm an Tschernyschow, dass der Transport mit den Balkaren auf der Eisenbahnstrecke Omsk unterwegs wäre. Er schreibt weiter, dass sich in den 14 Transporten 37.618* Personen befänden die auf die folgenden Gebiete in Kasachstan und Kirgisien aufgeteilt werden würden:[207]

Kirgisien	Gebiet Frunse	5416
	Gebiet Issyk-Kul	2702
	Gebiet Pawlodar	2614
	Gebiet Dschalal-Abad	2650
Kasachstan	Gebiet Semipalatinsk	2742
	Gebiet Alma-Ata	5541
	Gebiet Süd-Kasachstan	5278
	Gebiet Akmola	5124
RSFSR	Gebiet Omsk	5521

(*obwohl die Gesamtsumme dieser Tabelle 37.588 Personen ergeben würde, wird im erwähnten Dokument die Gesamtsumme mit 37.618 angegeben; es ergibt sich eine Differenz von 30)

[206] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 113 – S. 114

[207] Ebd., S. 116

Die Bedingungen während der Aussiedelung der Balkaren und während des Transportes waren nicht weniger unmenschlich als jene, unter denen schon Karatschaier, Tschetschenen und Inguschen zu leiden hatten. Im Gegensatz zu den drei anderen deportierten Völkern aus dem Nordkaukasus geben im Falle der Balkaren Unterlagen des NKWD Auskunft über die Todesopfer während des Transportes. So sollen auf der mehrere Wochen dauernden Fahrt 562 Menschen gestorben sein. Bedenkt man aber, dass auch die Balkaren ohne Verpflegung mit Wasser und Nahrungsmitteln, in unbeheizten Zügen, ohne Sanitäreinrichtungen zu ihren neuen Siedlungsorten verschickt wurden, kommen diesbezüglich gerechtfertigte Zweifel auf. [208]

Auch die Situation nach ihrer Ankunft war nicht besser als bei den anderen ausgesiedelten Völkern. Besonders betroffen von mangelndem Wohnraum und unzureichender Verpflegung waren wiederum Frauen, alte Menschen und Kinder, die gemeinsam weit über die Hälfte der deportierten balkarischen Bevölkerung ausmachten.[209]

So konnten beispielsweise im Gebiet Koktschetaw bis Ende Oktober 1945 nur 79,2 % der für die Deportierten geplanten Wohnungen errichtet werden.[210]

Nach und nach wurden die balkarischen Spezialumsiedler, wie auch Tschetschenen, Inguschen und Karatschaier, in die Arbeitsprozesse in den Gebieten, in denen man sie zwangsweise neuangesiedelt hatte, eingebunden. Viele wurden in lokalen Kolchosen, Sowchosen, Traktorenstationen und Unternehmen beschäftigt.[211]

Kurz nach der Operation im März 1944 begann der NKWD auch mit der Aussiedelung von Balkaren, die außerhalb der Kabardino-Balkarischen ASSR lebten. Zwischen 5. und 10. Mai 1944 wurden so weitere 20 Familien, die auf dem Gebiet des ehemaligen Karatschaiischen Autonomen Gebietes lebten deportiert. Mit der Rückkehr der balkarischen Frontsoldaten stieg die Zahl der Deportierten weiter an. Die Direktive Nr. 140 des MWD der UdSSR vom 22. August 1945 regelte in weiterer Folge, dass alle demobilisierten Soldaten, die einer der ausgesiedelten Völker angehörten, zu den Plätzen der jeweiligen Neuansiedelung gebracht werden sollten.[212]

Einige Wochen nachdem man die gesamte balkarische Bevölkerung aus der Kabardino-Balkarischen ASSR deportiert hatte, wurde im April 1944 diese Angelegenheit nunmehr

[208] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 133f

[209] Ebd., S. 135

[210] Ebd., S. 139

[211] Ebd., S. 138

[212] Ebd., S. 136

auch "offiziell" geregelt. In dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR "Über die Umsiedelung der Balkaren, angesiedelt in der Kabardino-Balkarischen ASSR, und über die Umbenennung der Kabardino-Balkarischen ASSR in Kabardinische ASSR" werden die Gründe für die Deportation folgendermaßen dargelegt:

"*Im Zusammenhang damit, dass in der Periode der Okkupation des Territoriums der Kabardino-Balkarischen ASSR durch die deutsch-faschistischen Eindringlinge viele Balkaren das Vaterland verrieten, in organisierte deutsche bewaffnete Truppen eintraten, Zersetzungsarbeit gegen Einheiten der Roten Armee führten, den faschistischen Okkupatoren in der Eigenschaft als Führer auf die kaukasischen Gebirgspässe Hilfe leisteten, und nach der Vertreibung des Heeres der Feinde vom Kaukasus durch die Rote Armee in organisierte deutsche Banden für den Kampf gegen die Sowjetmacht eintraten, beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets der SSSR:*

1. Alle Balkaren, die auf dem Territorium der Kabardino-Balkarischen ASSR leben, sind in andere Gebiete der SSSR umzusiedeln. (…)"[213]

Weiters wird in dem Erlass die Nachbesiedelung der verlassenen Gebiete geregelt. Bestimmt wurde, dass diese von Kolchosbauern aus weniger ertragreichen Regionen der Kabardinischen ASSR übernommen werden sollten. Die Kabardino-Balkarische ASSR wurde in einem weiteren Punkt aufgelöst und in "Kabardinische Autonome Sowjetische Sozialistische Republik" umbenannt. Teile der ehemaligen Kabardino-Balkarischen ASSR gingen in den Bestand der Georgischen SSR über, womit auch der Grenzverlauf in dem Erlass neu geregelt werden musste. Unterfertigt wurde das Schriftstück vom Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. Kalinin, und dem Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Gorkin.[214]

Wie auch im Falle der Tschetschenen und Inguschen war die „Problematik des kontinuierlich auftretenden Widerstands auf dem Gebiet der Kabardino-Balkarischen ASSR“ offenbar rechtfertigend für die Entscheidung die Balkaren zu deportieren. Nach der Besatzung der Republik durch die Deutsche Wehrmacht wird in den Berichten des NKWD zur „Bandensituation“ immer wieder erwähnt, dass einige der aktiven Gruppen von den Deutschen Unterstützung erhielten. Auch von deutschen Fallschirmspringern, die auf dem Gebiet landeten und mit den Banden agierten, ist immer wieder die Rede.[215]

[213] Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1992, S. 116 – S. 117

[214] Ebd., S. 116 – S. 117

[215] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 126f

Im Zusammenhang mit der Begrünung von massiven Bandenaktivitäten muss aber nochmals angemerkt werden, dass auch nach der Zwangsaussiedelung der Balkaren aus der Kabardino-Balkarischen ASSR das Bandenunwesen in den Gebieten der Republik weiter bestand.[216]

Gleichzeitig mit den Balkaren wurden einige Hundert kabardinische Familien ausgesiedelt. Wie bereits erwähnt hatten sie in etwa in demselben Ausmaß mit den Deutschen kollaboriert bzw. nicht kollaboriert wie die Balkaren. Auch der Widerstand gegen die Sowjetmacht war bei Kabardinern und Balkaren etwa gleich stark. Deshalb lässt sich die Entscheidung kaum nachvollziehen, warum alle Balkaren deportierte wurden, die Kabardiner aber nicht. In der verwendeten Literatur und in den Dokumenten finden sich keine Hinweise, die diese Frage beantworten könnten.

[216] Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995, S. 127

7. Ausblick

7.1 Im Exil

Nach den Ereignissen im Winter 1943/44 wurde es vorerst still um die vier deportierten Völker. Von Seiten der Regierung gab es über die Zwangsaussiedelung der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren vorerst keine Stellungnahme.

In den Ausgaben verschiedener lokaler Zeitungen wurde vor der Deportation 1943 noch sehr ausführlich über die Freude und den Enthusiasmus der kaukasischen Völker über die Befreiung von den deutschen Besatzern geschrieben. Man berichtete über das große Leid, das diese Völker durch die Deutschen erfahren mussten und über lokale Helden wie den tschetschenischen Scharfschützen Chanashpe Nuradilow, den balkarischen „Helden der Sowjetunion" Konkoshew und den berühmten Piloten Sultan-Chan, ein Krimtatare, wurden Lobeshymnen angestimmt. In den Ausgaben von 1944 ist über die deportierten Völker sowohl aus dem Kaukasus als auch aus anderen Regionen der UdSSR kein Wort mehr zu finden. Weder in den lokalen Medien noch in der zentralen Presse. Am 25. Februar 1944 hätte die Tschetscheno-Inguschische ASSR ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Glückwünsche aus Moskau blieben aus. Das zentrale Presseorgan der Tschetscheno-Inguschischen ASSR die Zeitung *Groznenskii rabočii* erschien am 3. März 1944 zum letzten Mal.[217]

Erst zwei Jahre nach den Zwangsaussiedelungen der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren wurde erstmals offiziell über die Auflösung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR berichtet. Am 26. Juni 1946 wurde ein Erlass publiziert, der am Tag zuvor vom Vorsitzenden des Präsidiums der RSFSR I. Wlasow und dem Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR P. Bachmurow unterfertigt wurde. In der *Izvestija* war zu lesen:[218]

"*Gesetz betreffend die Auflösung der Tschetscheno-Inguschischen Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik und die Änderung der Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik Krim in das Gebiet Krim*

Während des Großen Vaterländischen Krieges, als die Völker der UdSSR heldenhaft die Ehre und Freiheit ihres Vaterlandes im Kampf gegen die deutschen faschistischen Eindringlinge verteidigten, traten viele Tschetschenen und Krimtataren, auf Anstiftung von deutschen Agenten, freiwillig in von den Deutschen organisierte Einheiten ein und nahmen

[217] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 87f

[218] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 34f

gemeinsam mit den deutschen Truppen am bewaffneten Kampf gegen die Einheiten der Roten Armee teil; ebenfalls auf Angebot der Deutschen bildeten sie für den Kampf im Rücken der Sowjetmacht Banden; währenddessen ergriff der Großteil der Bevölkerung der Tschetscheno-Inguschischen und der Krim ASSR keine Gegenmaßnahmen gegen die Verräter des Vaterlandes.

Im Zusammenhang damit, wurden die Tschetschenen und Krimtataren in andere Gebiete der UdSSR umgesiedelt, wo sie Land erhielten, gemeinsam mit der notwendigen staatlichen Unterstützung für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Auf Antrag des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR und durch Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde die Tschetscheno-Inguschische ASSR aufgelöst und die ASSR Krim in das Gebiet Krim umgewandelt. Der Oberste Sowjet der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik beschließt:

1. Die Auflösung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR und die Umwandlung der ASSR Krim in das Gebiet Krim werden bestätigt.

2. Die notwendigen Änderungen und Zusätze zu Artikel 14 der Verfassung der RSFSR werden veranlasst.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR, I. Wlasow
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR, P. Bachmurow
Moskau, Kreml, 25. Juni 1946"[219]

Im Großen und Ganzen wurden in diesem Erlass jene Anschuldigungen gegen Tschetschenen und Inguschen wiederholt, die bereits in früheren, nicht publizierten Dokumenten zu finden sind. Hinweise über die Aussiedelung der Karatschaier und Balkaren fehlen allerdings. Zu diesen beiden Völkern wurde auch zu einem späteren Zeitpunkt nichts verlautbart.

Im Exil kämpften die Karatschaier, Inguschen, Balkaren und Tschetschenen noch lange Zeit mit den unmenschlichen Lebensbedingungen, die man ihnen aufgezwungen hatte. Die Situation in den Spezialsiedlungen besserte sich unter den gegebenen Vorraussetzungen nur langsam. Erschwerend für die Situation der Spezialumsiedler war sicherlich auch die Tatsache, dass in der ersten Zeit nach ihrer Aussiedelung nach wie vor Krieg herrschte. Auf Grund des Arbeitskräftemangels wurden die lokalen Behörden deshalb angehalten, aus der Arbeitskraft der Spezialumsiedler maximalen Nutzen zu ziehen. Das Einkommen der Spezialsiedler lag im Durchschnitt um 20 % bis 30 % unter jenem, das ein "normaler" Arbeiter in derselben Fabrik erhielt. Problematisch hinsichtlich ihrer Beschäftigung war außerdem, dass die Spezialsiedler oftmals nicht über die notwendigen Fähigkeiten

[219] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 34f

verfügten, die in den jeweiligen Betrieben benötigt wurden. Das gleiche gilt auch für die Spezialumsiedler, die in den Kolchosen und Sowchosen eingesetzt wurden. Durch den schlechten Gesundheitszustand eines Großteils der Spezialumsiedler war ihre Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt, besonders im Vergleich zu anderen lokalen Arbeitern. 1945 arbeitete ein Spezialumsiedler durchschnittlich 133,3 Tage (*trudodni*). Im Vergleich dazu schafften die lokalen Arbeiter durchschnittlich zwischen 220 und 240 Tage. Durch die Gegebenheiten unter denen die Spezialumsiedler leiden mussten, die ungewohnten Arbeitsbedingungen, das fremde Klima und die mangelhafte Ernährung, waren die meisten in ausgesprochen schlechter Verfassung.[220] Dies wiederum bildete einen guten Nährboden für Seuchen und Epidemien, die immer wieder um sich griffen. In einer Resolution vom Oktober 1945 wandte sich die Führung von Kirgisien zum Beispiel an eine zentrale Stelle und bat um Hilfe und um Ergreifung intensiverer Maßnahmen, um eine Epidemie, die bereits viele Todesopfer gefordert hatte, zu bekämpfen.[221]
Immer wieder kamen ähnliche Gesuche aus Kirgisien und Kasachstan in Moskau an. Meistens waren es Bittgesuche um wirtschaftliche Hilfe, durch die man sich eine langsame Normalisierung der Lebensbedingungen der Spezialumsiedler erhoffte. Ein Jahr nach der Ansiedlung der deportierten Völker in Kasachstan und Kirgisien wandten sich der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans persönlich an Molotow. Er wurde darum ersucht der Republik Hilfe zu zusichern, um die wirtschaftliche und vor allem die arbeitstechnische Situation der Deportierten zu verbessern. Offenbar wurde das Gesuch, wie auch ein ähnliches Schreiben aus der Kirgisischen ASSR an Malenkow, von den zentralen Stellen nicht zur Kenntnis genommen.[222]

Die Regionen, die man für die Spezialumsiedler ausgewählt hatte, zählten nicht unbedingt zu den wirtschaftlich prosperierenden Gegenden der UdSSR und auch die lokale Bevölkerung in Kasachstan und Kirgisien hatte tagtäglich mit schwierigen Lebensumständen zu kämpfen. Interessant erscheint hierbei aber, dass es zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Spezialumsiedlern nicht zu nennenswerten "nationalen" Konflikten kam. Professor Ruslan I. Chasbulatow, der spätere Vorsitzende des Obersten Sowjets, verbrachte gemeinsam mit seiner Familie einen Großteil seiner Kindheit im Norden von Kasachstan, in einem Dorf namens Poludino. Am 17. Juni 1988 wurde in einer Zeitung ein Interview mit ihm publiziert, in dem er über seine Kindheit folgendes berichtet:
"*Das Dorf war multinational. Neben meiner Mutter, zwei älteren Brüdern und meiner Schwester, gab es (…) etwa 30 Wolgadeutsche, Koreaner und Tataren. Die nationale*

[220] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 125

[221] Ebd., S. 125

[222] Ebd., S. 125

Mehrheit bildeten Russen. Wir lebten zehn Jahre lang dort, während dieser Zeit kann ich mich nicht an einen einzigen nationalen Konflikt erinnern, abgesehen von der Tatsache, dass wir Deportierte waren. Warum mussten wir in diesem abgelegenen Dorf nicht unter derselben Gewalt leiden, die wir vom Staat erdulden mussten? Seitdem ich fünf oder sechs Jahre alt war, versuchte ich wie die anderen Jungen meiner Mutter und meiner Familie zu helfen. Meine Mutter arbeitete als Melkerin in der Kolchose. Was mich betrifft, ich tat was ich konnte, wie die anderen auch: Ich holte Wasser vom Brunnen, tränkte das Vieh, reinigte den Kuhstall im Winter, hütete die Kälber bei Temperaturen von bis zu – 40 °C, und so weiter. Alle in dem Dorf saßen im selben Boot – gleich arm – mit kaum genug Brot zu essen. Die Löhne waren in besonderem Maße niedrig…Die Mütter der anderen Jungen arbeiteten Seite an Seite mit meiner und auch sie schwitzten Blut. Es waren Russen, Kasachen, Deutsche und Koreaner. Meine erste Lehrerin, Vera Wladimirowna, ging jeden Tag 5 Kilometer weit zu unserem Haus. Warum tat sie das für einen Jungen aus einer "kriminellen Familie", wenn sie es doch auch ganz einfach hätte vermeiden können? Wenn ich an sie zurückdenke, kommt mir in den Sinn, dass sie uns Unterricht in Internationalismus und Güte gab. Meine Erinnerungen an Vorgesetzte sind assoziiert mit zwei Unteroffizieren und dem Vorsitzenden der Kolchose. Sie waren streng aber gerecht. Sie verurteilten meine Mutter nicht – im Gegenteil, sie munterten sie auf in dem sie ihr sagten, dass sie die beste Melkerin sei. Selbstverständlich war das eine Gleichheit unter Bettlern, aber es war genug um nationale Konflikte zu vermeiden."[223]

Die Lage von Ruslan I. Chasbulatow und seiner Familie gestaltete sich wie die von vielen anderen äußerst schwierig. Dennoch konnte er sich im Vergleich zu Tausenden anderen Kindern glücklich schätzen, unter derartigen Bedingungen die Möglichkeit bekommen zu haben zu lernen. Der Kinderanteil bei den Deportierten war, wie zuvor erwähnt, ausgesprochen hoch und lag bei etwa 50 % des gesamten ausgesiedelten Kontingents. Jene Kinder, die den langen, beschwerlichen Transport überlebt hatten, hätten eigentlich unterrichtet werden sollen. Doch nur 16.000 von insgesamt 50.232 Kindern von Spezialsiedlern in Kasachstan im Schulalter besuchten 1944 eine Schule. In Kirgisien wurden 1945 lediglich 6.643 von 21.015 Kindern im schulfähigen Alter unterrichtet. Die Gründe hierfür waren vielfältig und werden in einem Parteidokument folgendermaßen geschildert:

„*Die Situation in Bezug auf den Schulbesuch der Kinder von Spezialumsiedlern hat sich im Vergleich mit der anfänglichen Phase geringfügig gebessert; jedoch ist sie bis zu diesem*

[223] Abdurahman Avtorkhanov, The Chechens and Ingush during the Soviet Period and its Antecedents, S. 146 – S. 194 in Marie Bennigsen Broxup, The North Caucasus Barrier, London 1992, S. 189f

Zeitpunkt nicht zufriedenstellend. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die meisten dieser Kinder beherrschen die Sprache nicht, in der der Unterricht an dem Ort, wo sie leben geführt wird; es gibt vereinzelte Fälle in denen sich die Eltern einem Schulbesuch der Kinder in den Weg stellen; und auf Grund von mangelhaftem Schuhwerk und Kleidung, ist der Großteil der Kinder die die Schule besuchen gezwungen den Schulbesuch im Winter auszusetzen."[224]

Der Abschluss einer Primarschule war damit für einen großen Teil der Kinder keine Selbstverständlichkeit. Eine weiterführende Ausbildung in einer Sekundarschule war für viele Kinder nicht im Bereich des Möglichen. Die Gründe dafür waren eng mit den restriktiven Bestimmungen für Spezialumsiedler verbunden. Auf der einen Seite gab es nicht in jedem Ort eine Sekundärschule und die Bestimmungen für Spezialsiedlungen legten diesbezüglich klar fest, dass es Spezialumsiedlern, selbst Schulkindern, nicht gestattet war den Ort ihrer Neuansiedelung zu verlassen. Auf der anderen Seite ergaben sich, selbst wenn es vor Ort eine Sekundärschule gab, weitere zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten. Häufig wurde Kindern von Spezialumsiedlern der Zugang zu weiterführenden Schulen von Schulleitern, die vor möglichen Unannehmlichkeiten mit den Autoritäten zurückschreckten, verweigert. Kinder und Jugendliche, die grundsätzlich die Erlaubnis hatten eine höhere Schule oder eine Universität zu besuchen, standen dann wiederum vor den oftmals unüberwindbaren Problemen Unterkunft und finanzielles Auskommen. [225]
Selbst nach vier Jahren hatte sich die Situation der Spezialumsiedler erst ansatzweise gebessert. Doch immer noch wurden etwa 118.259 Spezialumsiedler gezählt, deren Lebensstandard weit unter dem Durchschnitt lag: sie litten nach wie vor an Hunger und Unterernährung. 2.590 von ihnen waren auf Grund der extrem mangelhaften Ernährung und Auszehrung an Dystrophie erkrankt.[226]

Vier Jahre nach den Ereignissen, am 26. November 1948, wurde vom Obersten Sowjet der UdSSR ein Dekret erlassen, in dem festgelegt wurde, dass es sich bei den Deportationen all dieser Völker nicht um eine temporäre, sondern um eine dauerhafte Maßnahme handelte. Den Spezialumsiedlern wurde damit das Recht auf eine Rückkehr in ihre Heimat verweigert, außerdem wurde ihre Bewegungsfreiheit – sofern man in diesem Zusammenhang überhaupt davon sprechen kann – empfindlich eingeschränkt. Die Überschreitung dieser Bestimmung sollte fallweise mit Gefängnisstrafen oder Zwangsarbeit, in einem Strafausmaß von bis zu 25

[224] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 126

[225] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 126

[226] Ebd., S. 125

Jahren, geahndet werden. Auch die Beihilfe zur Flucht oder einen "Straftäter" zu verstecken sollte mit bis zu fünf Jahren harter Zwangsarbeit bestraft werden.[227]

Auf Grund der überaus restriktiven Bestimmungen, die in den Spezialsiedlungen herrschten, wäre es aber ohnehin kaum möglich gewesen, sich unerlaubterweise von den zugewiesenen Siedlungspunkten zu entfernen. Jeder Spezialsiedler, vom Säugling bis zum Greis, war in einer speziellen Liste registriert. Die Bewohner einer Spezialsiedlung mussten einmal monatlich ihre Wohnadresse in einem Registrierungsbüro des MWD bekanntgeben. Keinem war es erlaubt, den Ort der Ansiedelung ohne Kenntnis und Erlaubnis des MWD zu verlassen. So durften sich beispielsweise Tschetschenen und Inguschen nur innerhalb eines Radius von drei Kilometern um ihren Wohnplatz "frei" bewegen. Die Spezialsiedlungen wurden durch Straßensperren und Truppenposten abgeriegelt. Weiters wurde ein strenges Passsystem eingeführt, um besonders jene Spezialumsiedler kontrollieren zu können, die nicht unmittelbar an ihrem Wohnort arbeiteten. Die Pässe, die jeder Spezialumsiedler immer bei sich zu haben hatte, mussten auf Verlangen jeder Zeit vorweisbar sein.

Einigen Spezialumsiedlern, die ihre Mitgliedschaft in der Partei behalten hatten durften, wurde gestattet, an Parteisitzungen teilzunehmen. Dazu wurden sie allesamt auf Lastwagen verladen und zu den Treffen gefahren, selbstverständlich streng bewacht von bewaffneten Wachmannschaften.[228]

Besonders die Kommandanten des MWD nutzten diese strengen Bestimmungen oftmals aus, um die Spezialsiedler zu schikanieren. Auf einem Familienpicknick in den Wäldern von Karaganda (Kasachstan) beispielsweise wurden die Teilnehmer plötzlich von Spezialeinheiten des MWD, angeführt von ihrem Kommandanten überrascht. Alle Anwesenden wurden aufgefordert, ihre Dokumente zur Kontrolle vorzuweisen. Als festgestellt wurde, dass alle Dokumente in Ordnung waren, verkündete der Kommandant, dass es verboten sei zu spielen und den Tanz "*lezginka*" zu tanzen, denn dabei handle es sich um Banditenmusik.[229]

Das Leben, das Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren in den Spezialsiedlungen für viele Jahre führten, beschränkte sich im Großen und Ganzen auf den Versuch zu überleben. Wie hier kurz umrissen, bestanden die großen Herausforderungen darin, den Alltag mit schwerer Arbeit und unzureichender Verpflegung in notdürftigen Unterkünften zu bewältigen. Die kulturelle Entwicklung dieser Völker kam dabei in dieser Zeit fast völlig zum Stillstand.[230] Nach den ersten, ausgesprochen harten Jahren begann sich die

[227] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 118

[228] Ebd., S. 118f

[229] Ebd., S. 120

[230] Ebd., S. 127

Situation für die Spezialumsiedler langsam zu „normalisieren“. Schritt für Schritt gelang es ihnen, ihren Sonderstatus als „Angehörigen krimineller Völker“ abzulegen.[231]

[231] A. Nekrich, The punished peoples, New York 1978, S. 129

7.2 Rehabilitation

Für viele Jahre wurde die Existenz der Balkaren, Karatschaier, Tschetschenen und Inguschen in der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Erst 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod und zwölf Jahre nach den Deportationen, finden sich in Presseartikeln wieder vereinzelte Hinweise auf die vier Völker, zum Beispiel über ein tschetschenisch-inguschisches Kunsttheater in Kasachstan.[232] Diese ersten leisen Andeutungen wurden allerdings erst durch einen langsam einsetzenden politischen Wandel möglich, der durch die Geheimrede von Nikita Chruschtschow am 20. Parteitag der KPdSU einen ersten denkwürdigen Höhepunkt feierte. Chruschtschow distanzierte sich in dieser Rede von den Verbrechen, die während Stalins Diktatur begangen worden waren. Zu diesen Verbrechen zählte er auch die Deportationen von ganzen Völkern, wie der folgende Auszug aus seiner Rede zeigt:

„(…) Umso ungeheuerlicher sind die Taten, die auf Veranlassung Stalins begangen wurden und schwere Verstöße gegen die fundamentalen leninistischen Grundsätze der Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates darstellen. Wir meinen die Massendeportationen ganzer Völkerschaften mitsamt allen Kommunisten und Komsomolzen, ohne jede Ausnahme. Diese Deportationen waren durch keinerlei militärische Überlegungen diktiert. So wurde bereits gegen Ende des Jahres 1943, als sich im Großen Vaterländischen Kriege durch die Durchbrüche unserer Armee an den Fronten das Blatt zugunsten der Sowjetunion wendete, ein Beschluss über die Deportation sämtlicher Karatschaier aus ihrem angestammten Lande gefasst und durchgeführt. Im gleichen Zeitraum, Ende Dezember 1943, ereilte die gesamte Bevölkerung der Autonomen Kalmückenrepublik dasselbe Schicksal. Im März 1944 wurden sämtliche Tschetschenen und Inguschen deportiert, und die Autonome Republik der Tschetschenen und Inguschen wurde aufgelöst. Im April 1944 wurden alle Balkaren aus dem Gebiet der Autonomen Republik der Kabardiner und Balkaren in entlegene Gebiete verschleppt und die autonome Republik selbst wurde in Autonome Kabardinische Republik umgetauft. Die Ukrainer entgingen diesem Schicksal lediglich deshalb, weil sie zu zahlreich sind und kein Raum vorhanden war, wohin man sie hätte deportieren können. Sonst hätt er auch sie deportiert. (Gelächter und Heiterkeit im Saal.)

Kein Marxist-Leninist und überhaupt kein vernünftiger Mensch kann verstehen, wie es möglich ist, ganze Völker, samt Frauen und Kindern, alten Leuten, Kommunisten und Komsomolzen, für feindliche Handlungen verantwortlich zu machen, Massenrepressalien gegen sie anzuwenden und wegen der Schädlingsarbeit einzelner und kleinerer Gruppen der Not und dem Elend auszusetzen. (…)“[233]

---

[232] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 130

[233] Reinhard Crusius/Manfred Wilke, Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt am Main 1977, S. 519f

Wie dem Auszug zu entnehmen ist, stellte Chruschtschow klar fest, dass es sich bei den Deportationen der Tschetschenen, Balkaren, Inguschen und Karatschaiern um nicht gerechtfertigte Strafaktionen handelte, und nicht um eine militärische oder kriegstechnische Maßnahme. Er bestätigt zwar, dass es von einzelnen Personen und Gruppen verbrecherische Aktionen gegeben hat, doch waren diese offenbar nicht derart gewichtig, um Massenrepressionen zu rechtfertigen oder zu begründen. Diese Aussage lässt deshalb auch die vielen, in den Berichten des NKWD beschriebenen "massiven" Bandenaktivitäten und Aktionen "terroristischer Gruppen" in einem anderen Licht erscheinen. Dass es sie gab, kann nicht geleugnet werden; das Ausmaß in dem diese Aktionen in den Berichten beschrieben werden kann aber durchaus in Frage gestellt werden.[234]

Vorerst folgten der Geheimrede Chruschtschows, deren Inhalt bald weithin bekannt war, aber keine rechtlichen Schritte. Die Rede wirkte dennoch als eine Art Initialzündung, wodurch man in den höchsten Stellen bald die Notwendigkeit erkennen musste, in Bezug auf die zwangsausgesiedelten Völker den Worte Taten folgen zu lassen. Im Februar 1957 wurde auf einer Sitzung des Obersten Sowjet die Rehabilitation der deportierten Völker beschlossen.

A. Gorkin, dessen Unterschrift man auf den Deportationsbeschlüssen von 1943/44 wiederfindet, hielt in diesem Zusammenhang eine offizielle Ansprache. Folgendermaßen erklärte er darin die Sachlage und wie weiter vorgegangen werden würde:

"Durch den Erlass vom 9. Jänner 1957, empfiehlt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR dem Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR die Fragen zu prüfen und die Entscheidungen anzunehmen:

Über die Reorganisation der Kabardinischen ASSR in die Kabardino-Balkarische ASSR

Über die Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR innerhalb der Struktur der RSFSR

Über die Formierung des Autonomen Gebietes Kalmückien innerhalb der Struktur der RSFSR

Über die Reorganisation des Autonomen Gebiets Tscherkessien als Karatschai-Tscherkessische Autonome Gebiet.

In Übereinstimmung mit diesen Entscheidungen nimmt das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR die Entscheidungen über die Reorganisation der Kabardinischen ASSR als Kabardino-Balkarische ASSR, über die Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR, über die Formation des Autonomen Gebietes Kalmückien und über die Reorganisation des Autonomen Gebietes Tscherkessien in das Karatschai-Tscherkessische Autonome Gebiet an. Gleichzeitig bestätigt das Präsidium des Obersten Sowjets der

[234] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 133

RSFSR, für die Lenkung und Organisation all dieser Arbeit in Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Autonomie, bevorstehenden Wahlen der führenden Sowjetorgane, Organisationskomitees bestehend aus Repräsentanten der betreffenden Nationalitäten für die Tschetscheno-Inguschische ASSR und das Autonome Gebiet Kalmückien.

(...)

Genossen, Delegierte! Die praktische Umsetzung der Maßnahmen zur Wiederherstellung der nationalen Autonomie dieser Völker benötigen gewisse Zeit und die Ausführung vieler Arbeitsschritte (…). Ebenfalls notwendig ist ein großer Aufwand an Material und Geldmitteln.

Deshalb muss die Wiederansiedlung der Bürger der genannten Völker, die ihrem Wunsch Ausdruck verliehen haben, in die Gebiete ihrer ehemaligen Ansiedelung zurückzukehren, auf geordnete Arte und Weise abgewickelt werden, in kleinen Gruppen, in festgelegten Zeiträumen und in einer bestimmten Reihenfolge. Diese Zeiträume und Reihenfolgen, und ebenso alle praktischen Fragen der Arbeit und der alltäglichen Regelungen werde von den Organen der Staatsmacht der zu bildenden Autonomen Republiken und Autonomen Gebiete bestimmt und gelöst.

Eine solche Ordnung wird es möglich machen, bestimmte Komplikationen nicht zuzulassen und Schwierigkeiten für die Bevölkerung dieser Völker in Bezug auf Arbeit und Lebensregelungen zu vermeiden. Es sollte außerdem beachtet werden, dass eine unorganisierte Wiederansiedlung für die Wirtschaft, darunter Kolchosen, Sowchosen und Unternehmen in denen Arbeiter dieser Völker zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschäftigt sind ernsthaften Schaden anrichten kann. Es ist deshalb notwendig, allen Versuchen einer unorganisierten Wiederansiedelung vorzubeugen.

(…) wird vorgeschlagen, die Wiederansiedlung der Personen aus den Völkern der Balkaren, Kalmücken und Karatschaier auf dem Gebiet der wiederhergestellten Autonomien in einem Zeitraum zwischen 1957 und 1958 abzuwickeln und Arbeit für sie zu organisieren.

Was die Tschetschenen und Inguschen betrifft, da sie die zahlreichsten sind, wird vorgeschlagen, die Maßnahmen in Zusammenhang mit der Wiederherstellung ihrer nationalen Autonomie über eine längere Periode, zwischen 1957 und 1960 durchzuführen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass Republiken, Länder und Gebiete, auf deren Territorium die Balkaren, Tschetschenen, Inguschen, Kalmücken und Karatschaier zum gegenwärtigen Zeitpunkt leben, die notwendige Unterstützung in der ordentlichen Abwicklung der Wiederansiedelung jener, die zu ihren ehemaligen Siedlungsplätzen zurückzukehren wollen, erteilen werden, und zur gleichen Zeit für jene Menschen, die sich entschieden haben in diesen Republiken zu leben, Gegebenheiten für ihre aktive Teilnahme in der Wirtschafts- und Kulturaufbau gemeinsam mit den Völkern dieser Länder und Gebiete schaffen werden.

Im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Tschetscheno-Inguschischen ASSR durch den Erlass vom 11. Jänner 1957 ratifizierte das Präsidium des Obersten Sowjets der

Georgischen SSR und das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR eine Resolution über die Übergabe von Teilen des Territoriums der Gebiete Dushet und Kazbek von der Georgischen SSR an die RSFSR und über die derartige Wiederherstellung der Grenzen zwischen diese n Unionsrepubliken, die bis 7. März 1944 existierten.
Im Zuge der Ratifizierung der Erlässe über die Wiederherstellung der nationalen Autonomie dieser erwähnten Völker wird es notwendig sein, in den Artikel 22 der Konstitution der UdSSR adäquate Änderungen einzufügen. (Prawda, 12. Februar 1957)"[235]

Die Völker waren damit offiziell vollkommen rehabilitiert und die Rückkehr in ihre ehemalige Heimat wurde ebenfalls in Aussicht gestellt. Festgelegt wurde aber, dass die Deportierten, die zu ihren ehemaligen Siedlungsplätzen zurückkehren wollten, in Gruppen und etappenweise rückgeführt werden sollten. Viele Zwangsausgesiedelte aus dem Nordkaukasus ignorierten diese Weisung jedoch und machten sich illegal auf den Weg zurück. Die Migration der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren erfolgte auf zum Teil chaotische Weise und auch die neuerliche Ansiedelung im Nordkaukasus gestaltete sich äußerst schwierig. 1957 lebten bereits 19.256 Balkaren wieder auf dem Gebiet der Kabardino-Balkarischen ASSR.[236] Zwischen 1957 und 1961 kehrten 384.000 Tschetschenen und 84.000 Inguschen zurück in den Nordkaukasus. Ein Großteil davon siedelte sich in der wiederhergestellten Tschetscheno-Inguschischen ASSR an, 28.000 Tschetschenen gingen nach Dagestan, 8.000 Inguschen nach Nord-Ossetien. In Kasachstan und Kirgisien lebten 1961 noch 34.000 Tschetschenen und 22.000 Inguschen.[237]

[235] Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960, S. 135f

[236] Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999, S. 105

[237] Ebd., S. 107

8. Resümee

Die Frage, warum die Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren deportiert wurden, lässt sich nur schwer beantworten. Die Faktoren, die für die Entscheidung dieser Aktion ausschlaggebend waren, sind vielschichtig und lassen sich nicht anhand einzelner herausragender Ereignisse festmachen.

Offiziell wurde die Operation zur Aussiedelung der vier nordkaukasischen Völker mit anhaltendem Widerstand gegen den Sowjetstaat, Organisation von und Teilnahme in "terroristischen" Banden und der Kollaboration mit dem Feind begründet.

Der aktive und passive Widerstand in der Region Nordkaukasus war, wenn man den Dokumenten Glauben schenkt, weitaus heftiger als in anderen Gebieten der UdSSR. Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre gab es in der Region Nordkaukasus häufig aktiven Widerstand der Bevölkerung sowie verschiedene Aufstandsbewegungen, von denen eine exemplarisch geschildert wurde. Allerdings muss angemerkt werden, dass dies in den Jahren der Zwangskollektivierung kein charakteristisch „nordkaukasisches Phänomen“ war. Betrachtet man die Ereignisse in anderen Regionen der UdSSR, kann festgestellt werden, dass sich überall Widerstand in unterschiedlichem Ausmaß gegen die Kollektivierung regte. Dass sich im Nordkaukasus vor allem lokale Völker, wie Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren daran beteiligten, kann durch ihren sehr hohen Anteil bei der Landbevölkerung erklärt werden. [238]

Das zweite wesentliche Argument, das für die Zwangsumsiedelung der Karatschaier, Tschetschenen, Balkaren und Inguschen von der Regierung geltend gemacht wurde, war der Vorwurf der Kollaboration. Dazu müsste aber vorerst geklärt werden, was genau unter „Kollaboration“ in diesem Zusammenhang zu verstehen ist. Wenn „Kollaboration“ bedeutet, dass die Bevölkerung der besetzten Gebiete keine offene Konfrontation mit den deutschen Besatzern gesucht hat, so trifft dies auf große Teile der besetzten Regionen des Nordkaukasus zu. Wenn aber unter dem Begriff „Kollaboration“ verstanden wird, dass die, in besetzten Gebieten lebende Bevölkerung, sich mehrheitlich auf die Seite der Okkupatoren geschlagen und die Besatzer aktiv im Kampf unterstützt hat, ist der Vorwurf kaum haltbar. Die Tschetscheno-Inguschische ASSR wurde von den Deutschen nur für kurze Zeit in den Randgebieten besetzt. Das Überlaufen von großen Bevölkerungsteilen auf die Seite der Deutschen bzw. mehrheitliche Kollaboration wäre nicht möglich gewesen. Nur einige wenige Tschetschenen und Inguschen, die beispielsweise bereits in den Jahren vor dem Krieg in den Westen emigriert waren, schlossen sich, hauptsächlich aus politischen Motiven, den Deutschen an.

[238] Vgl. Lynn Viola, Peasant rebels under Stalin, Collectivization and the Culture of Peasant armed Resistance, New York 1996

Im Falle der Karatschaier und Balkaren gestaltet sich die Situation insofern anders, als sowohl das Autonome Gebiet Karatschai als auch die Kabardino-Balkarische ASSR zumindest für kurze Zeit von der Deutschen Wehrmacht besetzt werden konnte. Große Teile der balkarischen und karatschaiischen Bevölkerung nahmen die Besatzung durch die Deutschen weitestgehend hin und widersetzten sich ihr nicht aktiv. Die Intention bei vielen Betroffenen lag dabei nicht darin, der Sowjetmacht zu schaden oder die deutschen Besatzer zu unterstützen, sondern sich einer gegebenen Situation zu stellen, ohne Schaden zu nehmen. Nur einige wenige Karatschaier und Balkaren schlossen sich den Deutschen an und unterstützten sie in bewaffneten Organisationen. Dies trifft in ähnlichem Maße auch auf die Kabardiner zu, denen also derselbe Vorwurf hätte gemacht werden können. Dennoch wurden sie nicht deportiert.

Was waren nun aber die Motive der Sowjetregierung für die Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren?

Das dauerhaft gespannte Verhältnis zwischen diesen vier nordkaukasischen Völkern und der zentralen Sowjetmacht stellte sicherlich das Grundproblem dar. Vor allem die im Untergrund agierenden Banden und Guerilla Gruppen, die oftmals von der Bevölkerung unterstützt wurden, waren für die Regierung und die lokalen Behörden eine permanente Bedrohung.

Offene Aufstände waren hierbei nicht das eigentliche Problem. Wie in einigen Beispielen gezeigt, war offen ausgetragener Widerstand für die Staatsmacht durch ausreichendes militärisches Aufgebot verhältnismäßig einfach zu bekämpfen. Die „Banden“ hingegen waren eine Bedrohung ohne konkrete Gestalt: vorhanden, aber nicht greifbar. Das spannungsgeladene Verhältnis, das sich daraus ergab und die Region zu einem permanenten Konfliktherd machte, war wahrscheinlich eines der Hauptargumente für die Zwangsumsiedelungen.

Als weiteres Argument kann geltend gemacht werden, dass es sich bei den Deportierten um Ethnien handelte, die im traditionellen Geschichtsbild als "Verräter" und "Feinde" der Russen galten.[239] Für dieses Argument würde die getroffene Auswahl auch in Bezug auf die Völker des Nordkaukasus sprechen: Im Gegensatz zu beispielsweise den Tschetschenen und Karatschaiern fielen die Kabardiner traditionell nicht unter die Kategorie der „Feinde Russlands“ und wurden - möglicherweise deshalb - auch nicht deportiert.

Die Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren stellen in einem größer gefassten zeitlichen Kontext eine von vielen Zwangsumsiedelungen dar. Bereits im 19. Jahrhundert bediente man sich der Methode der Vertreibung, um strategisch wichtige Regionen von „gefährlichen“ Völkern zu befreien. So wanderten beispielsweise in

[239] Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich, München 2001, S. 309

den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als Folge von staatlichen Repressionen, beinahe alle Tscherkessen in das Osmanische Reich aus.[240]

„Kulaken“ und andere „Klassenfeinde“ stellten bis in die Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts das Hauptziel der staatlichen Verfolgung dar. Erst mit der Einführung der rechtlichen Kategorie des „Volksfeindes“ – so die These von Amir Weiner – verlagerte sich die Verfolgung durch den sowjetischen Staat, der sich selber mit dem Attribut „internationalistisch“ schmückte, auf „nationale Feinde“.[241]

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurden bereits ganze Volksgruppen, hauptsächlich aus den Grenzgebieten, ausgesiedelt. Neben Deutschen und Polen, die aus dem Westen in Richtung Zentralasien deportiert wurden, siedelte man auch Finnen, Koreaner und Chinesen in andere Gebiete um. Besonders die Zwangsumsiedelung der Koreaner nach Kasachstan im Herbst 1937 sollte für spätere Deportationen richtungsweisend sein. Die Deportation der Koreaner stellte insofern einen Präzedenzfall dar, als die Sowjetregierung erstmals ein Volk als Ganzes deportierte. Im Zuge der Deportation der Koreaner konnte getestet werden, welche Faktoren für das Gelingen einer Operation in dieser Größenordnung wichtig waren. Es wurden Transportmethoden entwickelt, um große Menschengruppen in Zügen zu befördern. Für die Durchführung wurden eigene Spezialeinheiten des NKWDs ausgebildet.[242]

Die Deportationen der Koreaner, der Deutschen, der Polen, der Finnen und anderer Völker, unterscheiden sich jedoch in einem wichtigen Punkt von den späteren Zwangsumsiedlungen der zum Beispiel nordkaukasischen Völker. Bei den früheren Umsiedlungen, die ethnische Gruppen betrafen, wurden fast ausschließlich Völker aus Grenzregionen ins Landesinnere deportiert. Dies waren im Wesentlichen "Präventivmaßnahmen", um Grenzgebiete zu sichern und diese von möglicherweise „illoyalen“ Minderheiten zu befreien.[243]

Im Gegensatz dazu handelte es sich bei den Deportationen während des zweiten Weltkrieges nicht um Präventivmaßnahmen – Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren wurden erst deportiert, als die feindlichen Besatzer bereits wieder vertrieben waren – sondern um Strafdeportationen, die in ihrem Ausmaß eher mit den Deportationen der „Kulaken“ in den dreißiger Jahren vergleichbar sind.[244]

Abschließend stellt sich die Frage, wie die Ereignisse bewertet werden können: Handelt es sich um einen Fall von Vertreibung, von „Ethnischer Säuberung“ oder von Völkermord? Die Meinungen zu dieser Frage gehen weit auseinander. Einige wenige, wie beispielsweise der

[240] Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich, München 2001, S. 153

[241] Norman M. Naimark, Flammender Hass, Frankfurt am Main 2008, S. 114f

[242] Ebd., S. 114f

[243] Ebd., S. 115

[244] Ebd., S. 115

tschetschenische Historiker Zajndi Šachbiev, vertreten die These, dass es sich bei den stalinistischen Deportationen um Völkermord handelt. Dem entgegen stehen die Meinungen westlicher Historiker, wie Pohl, Naimark und Barth, die die These vertreten, dass es sich bei diesen Ereignissen um eine „sowjetische Variante“ von „Ethnischer Säuberung“ handle. Barth argumentiert, dass es der Sowjetmacht bei diesen Aktionen um die Bekämpfung von jedweder Form von Eigenständigkeit ging und dass nationale und ethnische Minderheiten in erster Linie auf Grund ihres möglichen Widerstandspotenzials Ziel einer Verfolgung wurden. „Nationalität“ oder „Ethnizität“ an sich spielten dabei nicht die entscheidende Rolle. Die Absicht des stalinistischen Regimes lag bei den Deportationen, so Barth, nicht darin, die Angehörigen der Völker vollständig physisch zu vernichten, sondern ihre „nationale Identität“ effektiv zu zerstören. Bei den stalinistischen Deportationen handle es sich also nicht um Völkermord, sondern um einen "potenziell genozidalen Prozess".[245] Zieht man die entsprechenden Ausführungen in den UN Konventionen zum Völkerrecht hinzu, lässt sich ein ähnlicher Schluss ziehen.

Die Tathandlungen – Deportation und Auferlegung von Lebensbedingungen, die geeignet sind eine vollständige oder teilweise Zerstörung der Gruppe herbeizuführen – würden den Verdacht auf Völkermord bestätigen. Allerdings lässt sich nicht nachweisen, dass es in der Absicht der Sowjetmacht lag, die Völker an sich vollständig oder teilweise zu vernichten.[246]

[245] Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert, München 2006, S. 146f

[246] Georg Dahm, Jost Delbrück, Rüdiger Wolfram, Völkerrecht Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002, S. 1077f

9. Abkürzungsverzeichnis

(in alphabethischer Reihenfolge)

ASSR	Autonome Sowjetische Sozialistische Republik (*Avtonomnaja sovetskaja socialističeskaja respublika*)
GKO (GOKO)	Staatliches Verteidigungskomitee (*Gosudarstvennyj komitet oborony*)
GPU	Staatliche politische Verwaltung (*Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*), Organisation zur Bekämpfung von Opposition
GULag	Hauptverwaltung der Lager (*Glavnoe upravlenie lagerej*)
KGB	Komitee für Staatssicherheit (*Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti*)
KirSSR	Kirgisische Sowjetische Sozialistische Republik (*Kirgizskaja sovetskaja socialističeskaja respublika)*
Kolchose	Kollektivwirtschaft (*Kollektivnoe chozjajstvo*)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
Kraikom	Regionskomitee (*Kraevoj komitet*)
KSSR	Kasachische Sowjetische Sozialistische Republik (*Kazachskaja sovetskaja socialističeskaja respublika)*
MWD	Ministerium für innere Angelegenheiten (*Ministerstvo vnutrenich del*)
NKWD (NKVD)	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (*Narodnyj komissariat vnutrennich del*)
NARKOMFIN	Volkskommissariat für Finanzen (*Narodnyj komissariat finansov)*
NÖP (NĖP)	Neue Ökonomische Politik (*Novaja ėkonomičeskaja politika*)
Obkom	Gebietskomitee (Oblastnoj komitet)
OBLISPOLKOM	Bezirksexekutivkomitee (*Oblastnoj ispolnitel'nyj komitet*)

OGPU	Vereinigte staatliche politische Verwaltung (*Ob-edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*)
OPKB (NSPKB)	Außerordentliche Partei kaukasischer Brüder (Osobaja partija kavkazskich brat'ev)
OSP NKWD	Abteilung für Spezialsiedlungen des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten
Rajkom	Bezirkskomitee (*Rajonnyj komitet*)
RK VKP(b)	Bezirkskomitee der Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiken (Rajkom *vsesojuznaja kommunističeskaja partija bol'ševikov)*
RSFSR	Russländische Sowjetische Föderative Sozialistische Republik (*Rossijskaja Sovetskaja Federtivnaja Socialističeskaja*)
SMERSCH	Hauptverwaltung für Spionageabwehr SMERSCH (*Smert' špionam)* des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR
SNK	Rat der Volkskommissare (Sovet narodnych komissarov)
Sowchose	Sowjetwirtschaft (*Sovetskoe chozjajstvo*)
SOWNARKOM	Rat der Volkskommissare *(Sovjet narodnych komissarov)*
SSR	Sowjetische Sozialistische Republik (*Sovetskaja socialističeskaja respublika)*
Tscheka (ČK)	Außerordentliche Kommission (*Črezvyčajnaja komissija*), sowjetische Staatsicherheit und politische Polizei
UdSSR (SSSR)	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (*Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik*)
VKP(b)	Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiken (*Vsesojuznaja kommunističeskaja partija bol'ševikov*)
ZK	Zentralkomitee (*Central'nyj komitet*)

10. Bibliographie

1. Shirin Akiner, Islamic people of the soviet union, London 1983

2. Marie Bennigsen Broxup (HG), The North Caucasus Barrier, London 1992

3. Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert, München 2006

4. Alexandre Bennigsen, Chantal Lemercier-Quelquejay, Le Soufi et le Commissaire, Les confrèries musulmanes en URSS, Paris 1986

5. Alexandre Bennigsen, S. Enders Wimbush, Muslims of the soviet Empire. A guide, Indiana University Press 1986

6. Horst Boog, Jürgen Färster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Schäfer (HG), Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg, Bd. 4, Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983

7. Bernd Bonwetsch, Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, Berlin 1985

8. Nikolaj F. Bugaj, Iosif Stalin – Lavrentiju Berii:“Ich nado deportirovat…“. Dokumenty, Fakty, Kommentaraii, Moskau 1992

9. Nikolaj F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu:“Soglasno Vašemu ukazaniju…“ Moskau 1995

10. Nikolaj F. Bugaj, Repressirovanye narody Rossii. Čečenci i Inguši. Dokumenty, Fakty, Kommentarii, Moskau 1994

11. Nikolaj F. Bugaj, Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo nardo, S. 32 – S. 44 in Voprosy Istorii No. 7, Moskau Juli 1990

12. Robert Conquest, Soviet deportation of nationalities, New York 1960

13. Reinhard Crusius/Manfred Wilke (HG), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt am Main 1977

14. Georg Dahm, Jost Delbrück, Rüdiger Wolfram, Völkerrecht Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002

15. Ben Fowkes, Russia and Chechenia: The permanent crisis, London/New York 1998

16. Carlotta Gall/Thomas de Waal, Chechnya. Calamity in the Caucasus, New York 1998

17. Uwe Halbach/Andreas Kappeler (HG), Krisenherd Kaukasus, Baden-Baden 1995

18. Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner, Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Köln 1989

19. Andreas Kappeler, Russland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte - Zerfall, München 2001

20. Rudolf Mark, Die Völker der Sowjetunion. Ein Lexikon, Opladen 1989

21. Ronald Grigor Suny/Terry Martin (HG), A state of nations. Empire and Nation-Making in the age of Lenin and Stalin, Oxford 2001

22. Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004

23. Aleksandr Nekrich, The punished peoples. The deportation and fate of Soviet minorities at the end of the second world war, New York 1978

24. Otto Pohl, Ethnic cleansing in the USSR, 1937 – 1949, Westport 1999

25. Zajndi Šachbiev, Sud'ba Čečeno-Ingušskogo naroda, Moskau 1996

26. Robert Seely, Russio-Chechen conflict, 1800 – 2000, A deadly embrace, London 2001

27. Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986

28. Alexander Statiev, The nature of anti-soviet armed resistance, 1942 – 44, S. 285 – S. 318 in Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History, Vol. 6, No. 2, 2005

29. Joseph L. Wieczynski (HG), The modern Encyclopedia of Russia and Soviet History, Band 3 und Band 15, Academic International Press

Weblinks

http://www.stalinwerke.de/band04/b04-088.html; 6.5.2009; 02:44

http://www.kafkas.org.tr/perspektif/text/7.txt, 23. März 2009, 10:58

http://pda.kavkaz.tv/russ/content/2007/02/25/49754.shtml, 23. März 2009, 11:23

http://www.chechenpress.org/events/2007/02/23/01.shtml, 24. März 2009, 11:53

http://www.kavkazcenter.com/eng/content/2009/02/23/10566.shtml, 16.4.2009, 19:32

11. Anhang

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit behandelt das Thema der Deportationen von vier nordkaukasischen Völkern: Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren wurden, neben anderen Völkern, während des zweiten Weltkrieges nach Kasachstan und Kirgisien zwangsumgesiedelt. Die Sowjetregierung rechtfertigte diese Operation mit der Begründung, dass diese vier Völker, während der kurzen Okkupationszeit von Teilen des Nordkaukasus durch die Deutsche Wehrmacht, mit den feindlichen Besatzern kollaboriert hätten und versucht hätten, die Sowjetmacht durch "Bandenaktivitäten" beziehungsweise "terroristische Akte" zu destabilisieren.

In dieser Arbeit soll deshalb der Frage nachgegangen werden, welche möglichen Gründe, neben der "offiziellen" Rechtfertigung, für die Zwangsaussiedelungen ausschlaggebend waren. Um diese Fragestellung zu bearbeiten, ist es notwendig, zeitlich weiter auszuholen, und das wechselhafte, oftmals spannungsgeladene Verhältnis zwischen der Sowjetmacht und den Völkern des Nordkaukasus in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zu skizzieren: Ausgehend von der Entwicklung einer "sowjetischen Nationalitätenpolitik", über die verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Phasen dieser beiden Jahrzehnte, dem überfallartigen Angriff auf die Sowjetunion und der kurzen Besatzungszeit von Teilen des Nordkaukasus durch die Deutsche Wehrmacht. Im Zentrum der Betrachtungen liegen einerseits die immer wieder auftretenden Widerstands- und Aufstandsbewegungen im Nordkaukasus, ihre möglichen Ursachen und ihre Auswirkungen. Andererseits soll, in Bezug auf die "offizielle" Rechtfertigung für die Deportationen, beschrieben werden, wie sich das Verhältnis zwischen Besatzern und der lokalen Bevölkerung gestaltete, und wie sich die Besatzung auf das Verhältnis der nordkaukasischen Völker zur Sowjetmacht auswirkte.

Als im Frühjahr 1943 die Deutsche Wehrmacht aus dem Nordkaukasus zurückgedrängt worden war, begann die Planungsphase zu den Deportationen der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren. Die einzelnen Phasen der Deportationen, die Planung, Vorbereitung und Durchführung, stellen den Hauptteil dieser Arbeit dar und werden anhand von behördlichen Dokumenten und Berichten von Betroffenen und Beteiligten geschildert. Ein Hauptaugenmerk liegt darauf, exemplarisch die Divergenz zwischen der behördlichen Dokumentation der Deportationen einerseits, und den persönlichen Berichten von Betroffenen andererseits, zu veranschaulichen. Die

Deportation der vier Völker wurde in drei Etappen durchgeführt, wobei sich die Abläufe während der einzelnen Phasen ähneln und teilweise überschneiden.
Nach der Deportation wurden die Balkaren, Inguschen, Tschetschenen und Karatschaier in sogenannten "Spezialsiedlungen" in Kasachstan und Kirgisien neu angesiedelt. Bis zu ihrer Rehabilitation, die durch die Rede von Nikita Chruschtschow am 20. Parteitag eingeleitet wurde, lebten und arbeiteten sie unter strengen Auflagen als "Spezialumsiedler" im Exil.

Lebenslauf

Name:	Atzmannstorfer
Vornamen:	Johanna Julia
Geburtsdatum/-Ort:	10. März 1983, Ried/Innkreis
E-Mail:	johanna.atzmannstorfer@gmx.at
Staatsbürgerschaft:	Österreich

Schulbildung:

1989 - 1993 Musikvolksschule Fischlham Oberösterreich
1993 – 1997 WRG der Franziskanerinnen in Wels
1997 – 2002 BHAK 2 Wels
Ausbildungsschwerpunkt: Marketing und internationale Geschäftstätigkeit

Studium:

2002 Diplomstudium Geschichte an der Universität Wien mit Studienschwerpunkt auf Osteuropäische Geschichte:
Nationalitäten und nationale Minderheiten im Russländischen Imperium im ausgehenden 19. Jahrhundert und in der Sowjetunion;
Mittelalterliche und Frühneuzeitliche Stadtgeschichte in Polen, Litauen und der Rus‘;
Nationalitäten, regionale Minderheiten und nationale Konflikte in Böhmen im 19. Jahrhundert
Freie Wahlfächer aus den Bereichen Slawistik, Publizistik und Kommunikationswissenschaft und Afrikanistik

Publikation:

Publikation einer kurzen wissenschaftlichen Arbeit in dem Sammelband „Der Wiener Hof im Spiegel der Zeremonialprotokolle 1652 - 1800“ herausgegeben von Irmgard Pangerl/Martin Scheutz/Thomas Winkelbauer in der Reihe „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 47“

Berufserfahrung (Auswahl):

2005 (ab März) Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebs GmbH (Museumsaufsicht und Guide im Museum Kaiserappartements, Sisi Museum und Silberkammer) bis Mai 2006 und ab November 2006 bis März 2007
2006 (Juni) Verlag Christian Brandstätter (Administrationshilfe im Rahmen eines Werbeprojekts)
2007 (ab März) Wolf Theiss Rechtsanwälte GmbH (Personal Assistent)

Kenntnisse und Fähigkeiten:

Deutsch, Muttersprache
Englisch, in Wort und Schrift einschl. Wirtschaftssprache
Russisch, erweiterte Grundkenntnisse in Wort und Schrift
Französisch, Grundkenntnisse in Wort und Schrift
EDV Kenntnisse (Microsoft Word, Excel, PowerPoint, Dreamweaver, Outlook, Advokat)